





Journalismus in Österreich Herausforderungen, Dynamiken, Widerstände Festschrift für Fritz Hausjell

Umtriebig, sichtbar und relevant – ein Grußwort für Fritz Hausjell Jörg Matthes

Kommunikation als Konfrontation und Kontroverse Roland Steiner

Der Österreichische Rundfunk im Kontext von Regulierungstraditionen Roman Hummel

> Zensur an der Quelle Josef Barth

Qualitätsjournalismus – revisited Hans Heinz Fabris

Propaganda für die Volksabstimmung 1938 Wolfgang Duchkowitsch

Am Rande, daneben und dazwischen – die Stimmen der Anderen Gaby Falböck & Christian Schwarzenegger

Heimatlos, staatenlos, bildlos Marion Krammer & Margarethe Szeless

Der Nutzen einer Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft? Maximilian Brockhaus & Klaus Kainz

HerausgeberInnen: Gaby Falböck, Wolfgang Duchkowitsch & Erik Bauer 3/2019

Jahrgang 34

medien & zeit

Inhalt

Umtriebig, sichtbar und relevant – ein Grußwort für Fritz Hausjell Jörg Matthes	2
Kommunikation als Konfrontation und Kontroverse Für Fritz Hausjell Roland Steiner	3 v
Editorial – Zum Inhalt der Ausgabe Gaby Falböck, Wolfgang Duchkowitsch & Erik Bauer	5
Qualität im Journalismus im Spannungsf medienpolitischer Interessen	eld
Der Österreichische Rundfunk im Kontext von Regulierungstraditionen Roman Hummel	
Zensur an der Quelle Ein Journalismus ohne Recht auf Informatior Josef Barth	
Qualitätsjournalismus – revisited Hans Heinz Fabris	20
Kommunikationsgeschichte und ihre Relevanz für die Gegenwart	
Propaganda für die Volksabstimmung am 10. April 1938 Wolfgang Duchkowitsch	
Am Rande, daneben und dazwischen – die Stimmen der Anderen Ethnische Minderheiten und die Medien in Österreich Gaby Falböck & Christian Schwarzenegger	
Heimatlos, staatenlos, bildlos Fotografien von Displaced Persons in österreichischen Illustrierten Marion Krammer & Margarethe Szeless	47
Der Nutzen einer Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft? Der Versuch einer Annäherung anhand zweier Beispiele österreichischer Geschichtsvermittlung	
Maximilian Brockhaus & Klaus Kainz	
nezensionen	67

Impressum

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger

erein: Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK) Währinger Straße 29, 1090 Wien

ZVR-Zahl 963010743 http://www.medienundzeit.at

© Die Rechte für die Beiträge in diesem Heft liegen beim Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung (AHK)

er AHK wird vom Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien unterstützt.

HerausgeberInnen

Gaby Falböck, Wolfgang Duchkowitsch & Erik Bauer Redaktion Buchbesprechungen

Gaby Falböck, Thomas Ballhausen

Redaktion Research Corner

Erik Bauer, Christina Krakovsky

Lektorat & Layout

Diotima Bertel, Julia Himmelsbach, Barbara Metzler, Daniela Schmidt & Christina Krakovsky

Prepress & Versand

Grafikbüro Ebner, Wiengasse 6, 1140 Wien

Erscheinungsweise & Bezugsbedingungen

medien & zeit erscheint vierteljährlich gedruckt und digital

Heftbestellungen: Einzelheft (exkl. Versand): 6,50 Euro

Jahresabonnement:

Österreich (inkl. Versand): 22,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 30,00 Euro Jahresabonnement für StudentInnen:

Österreich (inkl. Versand): 16,00 Euro

Ausland (inkl. Versand auf dem Landweg): 24,00 Euro

Info und Bestellung unter abo@medienundzeit.at

sowie auf http://www.medienundzeit.at

Bestellung an:

medien & zeit, Währinger Straße 29, 1090 Wien oder über den gut sortierten Buch- und Zeitschriftenhandel

Advisory Board

Prof. in Dr. in Stefanie Averbeck-Lietz (Bremen) Prof. Dr. Markus Behmer (Bamberg) Dr. Thomas Birkner (Münster) Prof. Dr. Hans Bohrmann (Dortmund) Prof. Dr. Rainer Gries (Jena, Wien)

Univ.-Prof. Dr. Hermann Haarmann (Berlin) Prof. in Dr. in Susanne Kinnebrock (Augsburg)

Univ.-Prof. Dr. Arnulf Kutsch (Leipzig) Prof. in Dr. in Maria Löblich (Berlin)

Univ.-Prof. Dr. Ed Mc Luskie (Boise, Idaho) Dr.in Corinna Lüthje (Rostock)

Prof. Dr. Rudolf Stöber (Bamberg) Prof. in Dr. in Martina Thiele (Salzburg)

Vorstand des AHK

Dr.in Gaby Falböck, Obfrau Prof. Dr. Fritz Hausjell, Obfrau-Stv.

Dr. Christian Schwarzenegger, Obfrau-Stv. Mag.^a Christina Krakovsky, Geschäftsführerin

Mag.^a Diotima Bertel, Geschäftsführerin-Stv.

Dr. Norbert P. Feldinger, Kassier Dr. Erik Bauer, Kassier-Stv.

Julia Himmelsbach, Bakk.a, Schriftführerin

Mag.^a Daniela Schmidt, Schriftführerin-Stv.

Dr. Thomas Ballhausen Prof. Dr. Wolfgang Duchkowitsch

Ing. MMMag. Dr. Johann Gottfried Heinrich, BA Mag. Bernd Semrad

Mag. Roland Steiner

ISSN 0259-7446

Umtriebig, sichtbar und relevant – ein Grußwort für Fritz Hausjell

as Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien hat Fritz Hausjell viel zu verdanken. Fritz Hausjell ist ein überzeugter, überzeugender umtriebiger Kommunikationswissenschaftler und akademischer Lehrer, der sich seit seinem Start an unserem Institut mit großem Engagement eingebracht hat. Nahezu unzählbar sind die zahlreichen Absolventinnen und Absolventen, die durch Fritz Hausjell hervorgebracht und auch maßgeblich geprägt wurden. Das kommt aber nicht nur von dem ungebrochenen Interesse der Studierenden an der Person Hausjell und seinen zahlreichen Forschungsthemen. Sondern es hat auch damit zu tun, dass Fritz Hausjell niemand ist, der Studierende abweist oder die Arbeit mit Studierenden oder Doktorierenden als Last empfindet. Vielmehr nimmt er Anteil an den Arbeiten, verfolgt die daraus entstehenden Karrieren und hat ein Ohr für den Menschen hinter einer wissenschaftlichen Arbeit. Es sind daher nicht nur wissenschaftliche. sondern insbesondere auch die menschlichen Qualitäten, die Fritz Hausjell auszeichnen, ihn für Kolleginnen und Kollegen sowie für Studierende so einzigartig machen und seinen hohen Stellenwert an unserem Institut untermauern. In der heutigen an quantifizierbarer Selbstoptimierung ausgelegten wissenschaftlichen Welt ist das keine Selbstverständlichkeit.

Die vielseitigen Themen, die er in seiner wissenschaftlichen Arbeit aufgreift und aufgegriffen hat – und über die in dieser hier vorliegenden Festschrift tiefergehend reflektiert wird –, machen Fritz Hausjell nicht nur für die akademische Welt, sondern auch für die breite Öffentlichkeit relevant und sichtbar. Ohne Übertreibung kann

man sagen, dass Fritz Hausjell die in den Medien mit Abstand präsenteste Person unter den Kolleginnen und Kollegen unseres Hauses ist. Fritz Hausjell ist in der Öffentlichkeit gefragt, seine Stimme hat Gewicht und bietet Orientierung. Noch wichtiger jedoch ist: Er mischt sich ein und scheut nicht den Konflikt, wenn es sein muss. Jedoch meldet sich Fritz Hausjell dabei sachlich, faktenorientiert und stets mit kühlem Kopf zu Wort, und er tut dies im Besonderen auch dann, wenn er mit einer Gesprächskultur in sozialen Medien konfrontiert wird, die den Boden der Sachlichkeit bewusst verlässt.

Fritz Hausjell verkörpert einen Typus von Wissenschaftler, den es in Zeiten der größer werdenden Verästelung und akademischen Leistungsquantifizierung immer seltener zu geben scheint. Zudem läuft die Publizistik- und Kommunikationswissenschaft beim Hinterherhecheln jedes neuen Medientrends Gefahr, den Blick für das Wesentliche zu verlieren. Das Wesentliche ist, gesellschaftliche Entwicklungen aus gegenwärtiger und historischer Sicht auf wissenschaftlicher Basis zu reflektieren und kritisch zu betrachten.

Dieser Aufgabe hast Du Dich gestellt, lieber Fritz und Du wirst es noch weiter tun! Im Namen unseres gesamten Institutes möchte ich Dir sehr herzlich für Dein vielfältiges bisheriges Wirken danken und Dir herzlich zum Jubiläum gratulieren! Wir sind sehr froh und stolz, Dich in unseren Reihen zu haben.

Jörg Matthes Vorstand, Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien

Kommunikation als Konfrontation und Kontroverse Für Fritz Hausjell

Mitte der 1980er herrschte Aufbruch am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft in Wien (IPKW). 1984, als das Studium von einem reinen Doktorats- in ein Diplomstudium gewandelt wurde, postulierte Vorstand Wolfgang R. Langenbucher:

"Nichts deutet darauf hin, daß man in der zweiten Hälfte der 80er-Jahre weniger Kommunikationsberufler als in der Vergangenheit braucht"

(Langenbucher 2015, 41)

Diese Prognose bewahrheitete sich auch für die Zahl der Inskribierten: von rund 2.000 anno 1983 bis 6.000 anno 1988 (derzeit sind es im Bachelor rund 3.000). Ab 1986 wurden die Studienbücher zur Publizistik- und Kommunikationswissenschaft ediert, etwa der Band Medien- und Kommunikationsgeschichte. Ebenfalls 1986 - just in der Kulmination der "Waldheim-Affäre" – formierte sich der "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung" (AHK), die Herausgeberschaft von medien & zeit mit ihrer ersten Ausgabe Wege zur Kommunikationsgeschichte. Gründer waren Wolfgang Duchkowitsch, Theodor Venus, Peter Malina, Oliver Rathkolb – und Fritz Hausjell, der 1985 in Salzburg mit einer kollektivbiografischen Analyse von Journalisten gegen Demokratie oder Faschismus promoviert hatte.

Warum diese Fakten? Suchen Sie bei derStandard.at nach "Publizistik" und "Hausjell". Beide Begriffe sind Trigger. Sehr bald poppt das Totschlagargument der Delegitimierung auf, denn "PublizistInnen" würden nur TaxifahrerInnen. (Sind Sie schon mal mit einem/r IPKW-Absolventen/in Taxi gefahren?) Und bei Hausjell wird rasch der - seine Objektivität untergraben sollende - Hinweis auf seine Mitgliedschaft beim Bund Sozialdemokratischer AkademikerInnen gepostet, füllt dieser doch mehr als ein Drittel seines "Wikipedia"-Eintrags. Wer mit Fritz Hausjell des Abends – bei einem Glas aus seinem gut bestückten Weinkeller - zusammensitzt, wird vieles gewahr, genannte Mitgliedschaft ist dabei so peripher wie Fußballthemen.

Der 1959 im bäuerlichen Milieu Lenzings (Oberösterreich) geborene, spätere Maschinenbau-HTL-Absolvent hatte sich dankenswerter Weise gegen eine solche Laufbahn entschieden und pendelte alsdann zwischen Medienpraxis (beim Politik- und Kulturmagazin Extrablatt) und Medienstudium (Univ. Salzburg, dann Wien) bzw. Pädagogik. Die Praxis begann in der Schule als kritischer Schülerzeitungsredakteur, die Lehre am Wiener PKW-Institut 1988. Seine Beliebtheit diesbezüglich mögen ÖH-Vertreter-Innen zwar bezeugen, seine gut geführte Datenbank kann die Zahl betreuter Dissertationen und Diplomarbeiten, Bachelor- und Magistersowie PhD-Arbeiten gleichwenig faktisch präzisieren. Dies resultiert nicht bloß aus dem über Jahrzehnte katastrophalen Betreuungsschlüssel, der alle dafür befugte IPKW-Lehrende betraf: es hängt an seinem fachthematisch vielfältigen Interesse, seiner Begeisterungsfähigkeit und Motivationskraft. Viele darunter suchen ihn ob seiner Arbeitsschwerpunkte auf.

Hier ist zuerst die Medien- und Kommunikationsgeschichte zu nennen. Wolfgang Duchkowitsch und Fritz Hausjell schufen mit ihrer legendären Einführungsvorlesung den Nährboden für viele Übungen und Seminare - später häufig geleitet von anderen AHK-Mitgliedern wie Gaby Falböck, Obfrau seit 2012, Christian Schwarzenegger, Bernd Semrad u.a. -, die auch nach Umstellung auf die Bologna-Ordnung und Teilnehmerlimitierung "überrannt" wurden. Es ist keine geringe Leistung, junge Menschen mit historischen Thematiken zu begeistern - und ebenso wenig, solch dann Affizierte für die Mitarbeit im AHK und an medien & zeit zu gewinnen. Dank dieser im deutschsprachigen Raum durchaus singulären Fachzeitschrift, aber auch nach ihrer Gründung entstandener Forschungsprojekte und Publikationen u.a. Fritz Hausjells gelang es: nebst der gleichwohl konfrontativen wie verständigungsorientierten Dissertation (zweibändig 1989 publiziert) etwa der Sammelband Die veruntreute Wahrheit. Hitlers Propagandisten in Österreichs Medien (1988, gem. mit Oliver Rathkolb, Wolfgang Duchkowitsch) oder der Monografie Journalisten für das Reich. Der ,Reichsverband der deutschen Presse' in Österreich 1938-45 (1993). Die Auseinandersetzung mit der Fachinstitutsgeschichte mündete etwa in Die Spirale des Schweigens. Zum Umgang mit der nationalsozialistischen Zeitungswissenschaft (2004, gem. mit Wolfgang Duchkowitsch, Bernd Semrad). Kraterähnliche Forschungslücken konnten durch diese – und daraus motivierte Diplomarbeiten – geschlossen werden.

Ein weiterer Fokus liegt in der Beschäftigung mit dem Exil. Nachdem Hausjell 1987 seinen Zivildienst beim Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstands (DÖW) absolvierte, ließen ihn die Thematiken Verfolgung, Widerstand, Vertreibung, Exil nicht mehr los. 1990 wurde er Mitglied der "Exilkommission" im DÖW, 2008 Präsident der Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung. 2003 schließlich habilitierte er sich am IPKW bei Wolfgang R. Langenbucher kumulativ mit Österreichischer Journalismus im Exil 1933/34-1945 und wurde ebenda zum außerordentlichen Professor ernannt

Als solcher konfrontiert er uns lehrend, forschend, publizierend vehement mit Formen der Ausgrenzung und setzt sich für positive mediale Diskurse rund um Migration, Disability und Diversität ein. Just innert solcher medialer Debatten wird er dabei mitunter durchaus angefeindet: etwa bezüglich seiner Forderung von der Herkunftsnennung ausländischer (mutmaßlicher) StraftäterInnen abzusehen bis hin zu einer solchen nach redaktionell verstärkter Implementierung von MitarbeiterInnen mit Migrationshintergrund oder Beeinträchtigung. Der Verfasser erinnert sich, dass Fritz sich die Zeit nahm, einem wochenlang aggressiv geführten Mailverkehr mit einem Rezipienten zu begegnen. Und er fand 2018 auch auf die via "Twitter" durch einen Politiker geforderte Psychiatrisierung seinerseits eine deeskalierende Antwort: ein Plädoyer für Gesprächskultur.

Hausjells Schwerpunkt Medien- und Kommunikationspolitik impliziert freilich die Beschäftigung mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Auch hierbei ist er in seiner Pro-Position mitunter heftiger Kritik ausgesetzt - von Politiker-Innen bis JournalistInnen. Von diesen befeuert, lässt sich auch unter RezipientInnen häufiger der Ruf nach Abschaffung der Rundfunkgebühr vernehmen. (Anm.: Fragen Sie diese nach ihrem monatlichen Medienbudget. Wenn sie Streaming- und Bezahlsender-Abos summieren und orf.at nutzen, wiederholen Sie die GIS-Frage.) Medienpolitische Implikationen finden sich kohärent in Hausjells Engagement für Medien- und journalistische Berufsfreiheit, so als Vorstandsmitglied bei "Reporter ohne Grenzen" - unzensurtiert.at nannte ihn für seine Tätigkeit beim "links-linke(n) Privatverein" einen "blutroten Medienideologen".

Als Publizist verantwortet er die Buchreihen Kommunikation. Zeit. Raum (LIT Verlag, seit 2004) und Öffentlichkeit und Geschichte (Halem Verlag, seit 2005) mit. 2007/8 fungierte er als wissenschaftlicher Berater des Projekts Nachrichten in Österreich sowie 2009/10 für das deutsche Pendant Zeitungszeugen, innert derer von wissenschaftlichen Analysen gerahmt Nachdrucke von NS-Zeitungen zu rezipieren waren und die zu Kontroversen führten. Hausjell scheut solche auch nicht im Bereich der Publikumsmedien. Dies ist mit der Grund, warum seine Nummer bei unzähligen österreichischen RedakteurInnen eingespeichert ist, quasi nach dem Motto "Hausjell ist immer für eine (prompte) Expertise gut." Eingespeichert ist er aber auch bei uns: Kolleg-Innen, Studierenden und der Familie.

Ad multos annos, lieber Fritz!

Roland Steiner Fachhochschule St. Pölten

Bibliografie

Langenbucher, W. R. (2015). Von der Manufaktur zum Massenbetrieb. Institutspolitik für die Studentinnen und Studenten. In: *medien & zeit*, 30 (3), S. 40-56.

Schwarzenegger, C. (2013). Fritz Hausjell. In: Meyen, M. & Wiedemann, T. (Hg.), *Biografisches Lexikon der Kommunikationswissenschaft*. Köln. Abgerufen von http://blexkom.halemverlag.de/fritz-hausjell/, Zugriff am 20. November 2019.

Editorial - Zum Inhalt der Ausgabe

Tach den dieser Ausgabe von medien & zeit vorangestellten Skizzen des Wissenschafters, Kommentators in öffentlichen Diskursen zu Medienfragen und letztendlich Menschen Fritz Hausjell, intendieren die weiteren Beiträge dieser Festschrift den "Spuren" des lehrenden und forschenden Wirkens des anlässlich seines 60. Jubiläums zu Feiernden nachzuspüren. Infolgedessen widmen sich die in dieser Ausgabe von medien & zeit publizierten Beiträge Themenfeldern, die den Wissenschafter Fritz Hausjell in seiner bisherigen beruflichen Karriere beschäftigten. Der erste Abschnitt firmiert unter dem Titel "Qualität im Journalismus im Spannungsfeld medienpolitischer Interessen". Roman Hummel eröffnet die Ausleuchtung dieses Feldes mit einer Betrachtung der Regulierung des österreichischen Rundfunks ausgehend von einem Analyseraster, das rundfunkpolitische Bestrebungen als Konsequenzen von Problemlagen, Machtverhältnissen, kulturellen Grundlagen und technologischen Entwicklungen eines Landes einordnet. Er ermöglicht damit einen Blick auf die Geschichte des öffentlich-rechtlichen Radio-, Fernseh- und Internetanbieters, der die oft mehr zentrifugal denn zentripetal wirkenden Kräfte transparent macht. Der daran anschließende Essav von Josef Barth offenbart die Dilemmata, mit denen JournalistInnen in Österreich in ihrer täglichen Praxis, nämlich der Recherche von Informationen mit dem Ziel, diese der Öffentlichkeit bereitzustellen, konfrontiert sind. Ein - wie schon im Titel beschriebener - Journalismus ohne Recht auf Information steht vor einer Barriere, zu deren Überwindung enorme Kraftanstrengungen erforderlich sind, die letztendlich nicht immer aufgebracht werden können. Ein stärkeres Bewusstmachen dieser von falschen demokratiepolitischen Vorstellungen geprägten Verwaltungsrealität in Österreich fordert Barth zumindest für das Studium der Publizistikund Kommunikationswissenschaft ein. Rezente Entwicklungen des und vorsichtige Prognosen zum Qualitätsjournalismus in Österreich sind Inhalt der Auseinandersetzung von Hans Heinz Fabris. Als langjähriger Forscher im Feld des Oualitätsjournalismus und Herausgeber eines für den heimischen Journalismus zentralen Messinstruments, des "Berichts zur Lage des Journalismus in Österreich", vermisst er in sei-

nem Beitrag das Feld des Qualitätsjournalismus innert der Regierung Türkis-Blau. Er greift dabei auf das an der Universität Salzburg erarbeitete analytische Instrumentarium zurück und erweitert und ergänzt dieses um jene Ausprägungen, die Teil der Infrastruktur des aktuellen Medienmarktes sind.

Die Beiträge im zweiten Abschnitt dieser Festschrift können unter der Klammer "Kommunikationsgeschichte und ihre Relevanz für die Gegenwart" gefasst werden. Die Ausführungen eröffnet Wolfgang Duchkowitsch mit seinem Beitrag Propaganda für die Volksabstimmung am 10. April 1938. Nach Einsicht der dokumentierten Akten wie Analyse der Berichte und Kommentare der österreichischen Presse legt er die Strategien der politischen Propaganda des NS-Staates zur Vorbereitung eines mit großer Gewissheit als großen Erfolg zu feiernden Ereignisses dar. Gaby Falböck und Christian Schwarzenegger spannen in ihrem Beitrag einen weiten historischen Bogen auf, um die Geschichte der Medien von Minderheiten in Österreich und von aus Österreich Vertriebenen nachzuzeichnen. Die publizistische Funktion dieser Medien lässt sich in erster Linie als Plattform zur Artikulation nach innen - und damit Stärkung der Identität der Gruppe wie zur Repräsentation der Gruppe nach außen beschreiben. Wenngleich ihre Publika eng begrenzte sind, verfügen diese Ethnomedien - nicht zuletzt aufgrund ihrer Funktion für die dahinterstehende Community - über eine lange Tradition auf dem Medienmarkt. Welche Wirkkräfte innerhalb dieses spezifischen, sich jedoch zunehmend ausdifferenzierenden Medienmarktes einwirken und welche Verschiebungen aufgrund dessen erfolgten, legen die AutorInnen im Folgenden dar. Margarethe Szeless und Marion Krammer erhellen eine bislang wenig ausgeleuchtete Facette der Bildkommunikation im Österreich der Nachkriegszeit. Ihr Beitrag intendiert, die Darstellung von Displaced Persons in österreichischen Illustrierten nach 1945 wie den Diskurs des Flüchtlingsthemas im Wiener Kurier nachzuzeichnen. Treibende wie maßgeblich gestaltende Kraft in der neu zu formenden Bildkommunikation der österreichischen Presse war der amerikanische Bilderdienst. Der Mission folgend, der

m&z 3/2019

jahrelang von Informationen abgeschotteten Bevölkerung Informationen über den Krieg zu vermitteln, stellte diese Pictorial Section österreichischen Medien Bildmaterial gratis zur Verfügung. Wie Szeless und Krammer feststellen konnten, zeugen die wenigen publizierten Bilder von einem visuellen Narrativ, das der Attribuierung Österreichs als erstem Opfer NS-Deutschlands geschuldet ist: Nicht Displaced Persons, sondern deutschsprachige Vertriebene wie nach dem Krieg sich ereignende Emigrationsgeschichten von ÖsterreicherInnen nach Übersee werden ins Bild gerückt. Einen überzeugenden Beweis studentischer Kompetenz im wissenschaftlichen Argumentieren und damit einen Beleg für den Sinn und die Relevanz akademischer Lehre, die den in dieser Ausgabe von medien & zeit gefeierten Fritz Hausjell so sehr antreiben, liefern Maximilian Brockhaus und Klaus Kainz. Die beiden Studierenden im Masterlehrgang "Zeitgeschichte und Medien" diskutieren den Nutzen einer Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft. Den Anlass für ihre Auseinandersetzung boten die aktuellen Erinnerungs- und Gedenktage anlässlich von 100 Jahren Frauenwahlrecht und dem jährlich wiederkehrenden Frauentag. Ausgehend von der Theorie des kulturellen Gedächtnisses loten die Autoren die Potenziale wie die dafür erforderlichen Handlungen zur Konstitution eines Narrativs aus, das unabhängig von Geschlecht Erinnerung evoziert und damit ein bis heute existierendes Ungleichgewicht in der Geschichtsvermittlung auflöst.

Mit diesem Denken über Geschichte und Erinnerung endet diese Ausgabe von medien & zeit und damit auch die Rundumschau nach den wissenschaftlichen Feldern in denen Fritz Hausjell fruchtbare Arbeit leistete und hoffentlich noch leisten wird. Was zu tun bleibt, ist dem Gründer und langjährigen Mitstreiter für die Geschicke und den Bestand der Zeitschrift medien & zeit zu seinem 60. Geburtstag zu gratulieren.

Gaby Falböck, Wolfgang Duchkowitsch & Erik Bauer

Qualität im Journalismus im Spannungsfeld medienpolitischer Interessen

"Regelmäßig werden alle Strukturprobleme moderner Gesellschaften nicht nur zur Herausforderung an die Politik, sondern auch zu Leistungsanforderungen an die Massenmedien und den (Qualitäts-)Journalismus."

"In demokratischen Systemen pflegt Journalismus als politische Opposition zur typischen und auch quantitativ bedeutsamen professionellen Institution zu werden. Machtkontrolle wird ihre zentrale Funktion. Das Gegenstück dazu ist der Journalismus aus Staatsraison, sind die "Lohnschreiber" (Heinrich Heine). Ihre Welt ist die der Gegenaufklärung, der nichtdemokratischen Herrschaftsordnungen. Spurenelemente davon finden sich aber auch in Demokratien immer noch viel zu häufig."

"Die Medien sind zwar (fast immer) die Vehikel, aber nicht notwendig auch die Beförderer journalistischer Qualität. Ihre primären Aufgaben liegen in zahlreichen Dienstleistungen, deren Erbringung strengen redaktionellen Regeln unterliegt."

"Obgleich auch in der Literatur und auf der Bühne eine Hinwendung zur sozialen Realität stattfindet, ist diese doch die Domäne des Journalismus. In der Sozialreportage findet diese Funktion – parallel zur politischen Entdeckung der "sozialen Frage" – ihre gerade in Österreich traditionsreiche Ausprägung."

Aus: "Wolfgang R. Langenbucher. Treatment einer Theorie "Journalismus und Gesellschaft" – jenseits des seit Jahrzehnten anhaltenden Mainstreams der "Journalismusforschung"

Der Österreichische Rundfunk im Kontext von Regulierungstraditionen

Roman Hummel Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien

Abstract

Medienregulierung erfolgt nach politischen Bedürfnissen entlang von Problemlagen, Machtverhältnissen, kulturellen Grundlagen und technologischen Entwicklungen. Deshalb sind die Voraussetzungen und die jeweiligen Ausgestaltungen dieser Regulierungen einem stetigen Wandel unterworfen. Der folgende Beitrag versucht, diese Determinanten für die österreichische Rundfunkpolitik zu charakterisieren.

I. Sieben Gründe Medien zu regulieren

Bereits relativ kurz nachdem Gutenbergs Erfindung es erlaubte, Ideen vergleichsweise schnell und kostengünstig zu verbreiten, erließ Papst Innozenz VII die erste Verordnung zur Vorzensur: nur zuvor von kirchlichen Gremien für gut befundene Inhalte sollten gedruckt werden dürfen. Man könnte daher die rigide Durchsetzung von Herrschaftsansprüchen gegenüber einer durch technische Innovation möglich gewordenen raschen Weiterverbreitung pluraler Inhalte sowohl als den Beginn als auch als eine wesentliche Begründung von Medienpolitik ansehen. Dennoch ist dies nur eine Facette im Rahmen von sechs weiteren Argumenten für Regulierungen im Medienbereich, die hier angesprochen werden sollen

Mitte des 17. Jahrhunderts formulierte der Sekretär des diktatorisch regierenden Oliver Cromwell, John Milton, erstmals gesellschaftspolitische Grundlagen für eine Regulierung der Presse (Milton 2008): Die öffentliche Meinung solle an Stelle staatlicher Verbote über Inhalte richten, da Zensur einerseits gegen die Verbreitung aufrührerischer Druckwerke nichts helfe, andererseits aber die Weiterentwicklung religiösen wie weltlichen Wissens einschränken könne (ebd., 872f). Verfasserinnen und Verfasser sollten aber freilich nach dem Erscheinen von Druckwerken im Falle dadurch begangener Verleumdung, Gottlosigkeit oder "Papismus" bestraft werden. Als ein weiteres Argument für Medienregulierung wird hier also die Aufrechterhaltung einer – in Grenzen auch durchaus als wandelbar verstandenen – gesellschaftlichen Ordnung dargelegt. Die Richtlinie für Akzeptanz und Verwerfung medial verbreiteter Inhalte bildet die von der "Öffentlichen Meinung", also den geltenden Norm- und Wertvorstellungen gesteuerte Nachfrage; was nicht ausschließt, dass das Verfassen gesellschaftsgefährdender Inhalte bestraft werden kann. Milton skizziert hiermit Grundlagen späterer liberalistischer Vorstellungen von Medienpolitik.

Ein in historischer Abfolge drittes Argument für Kommunikationspolitik ist der Schutz geistigen Eigentums. Bereits Martin Luther hatte neben vielen anderen am Beginn des 16. Jahrhunderts versucht, seine Werke vor Nachdruck, Entstellung und Plagiat schützen zu lassen, meist mit eher geringem Erfolg (Pettigree 2016, 295). Erst rund zweihundert Jahre später wurde in England mit dem sogenannten "Statute of Anne" erstmals ein persönliches Autorenrecht geschaffen – weil man berechtigterweise davon ausging, dass die wissenschaftliche und literarische Produktion steigt, wenn Autorinnen und Autoren ihre eigene Leistung rechtlich sichern können. Wie Domman (2014) deutlich zeigt, hat der medientechnologische Fortschritt im Laufe der Zeit eine stetige - aber logischerweise der Entwicklung immer hinterherhinkende – Anpassung des Urheberrechts bewirkt. Vor allem die Speichermedien (vom Grammophon über das Kopiergerät bis zur Festplatte) haben im Zusammenhang mit Copyright Neubewertungen von Problemlagen notwendig gemacht, man denke z.B. an Pauschalabgeltungen durch Festplattenabgaben. Gegenwärtig zwingen die Netzmedien zu einer Redefinition kreativer Leistungen, die sich aus der leichten Verfügbarkeit und Veränderbarkeit kreativer Leistungen Dritter ergibt.

Der Schutz gesellschaftlicher Wertvorstellungen, nicht zuletzt der Schutz demokratischer Grundprinzipien, ist im Spannungsverhältnis zur Meinungsäußerungsfreiheit ein weiteres Feld des Regelungsbedarfs öffentlicher Kommunikation. Die im Kontext der Französischen Revolution verkündete "Deklaration der Menschenrechte" garantiert unter anderem auch die Meinungsund Pressefreiheit - freilich nur im Rahmen der bestehenden Gesetze. Verleumdung, Bedrohung, Aufrufe zur Gewalt waren niemals unter "freie Meinungsäußerung" subsumiert. Was als unzulässig gilt, ist aber grundsätzlich kultur- und zeitabhängig: Leugnung der Nazi-Massenmorde ist in zahlreichen europäischen Ländern – auch in Österreich – strafbar, nicht jedoch etwa in den USA. Umgekehrt schränkt das Verbot blasphemischer Äußerungen oder von "indecent speech" ("content about sexual or excretory activities" - Groscup 2011) im Rundfunk die Freie Rede nach dem Rechtsverständnis der Vereinigten Staaten nicht ein. Problematisch werden diese auf unterschiedlichen kulturellen Wertesystemen beruhenden Regulierungsstandards durch globalisierte Distributionsmöglichkeiten bei gleichzeitigem Ungleichgewicht in der Durchsetzung von Regeln. Die großen Intermediäre wie Facebook, Twitter, Google u.a. widerstehen trotz gelegentlicher Verurteilungen grosso modo europäischen Vorschriften. Verschärft wird dieser "clash of cultures" durch Regulierungen multinationaler privater Informationsplattformen wie z.B. Facebook, die neofaschistische Inhalte zwar regional tolerieren, nicht aber Nacktheit, auch nicht im Kontext künstlerischer Darstellungen.

Christian Thomasius (1655-1728), ein Aufklärer bevor es diesen Begriff überhaupt gab, der sich gegen Folter und Hexenprozesse wandte, hat sich als einer der ersten für den rechtlichen *Schutz der persönlichen Lebenssphäre* eingesetzt. Während das "justum" die physische Unversehrtheit der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren habe, muss im öffentlichen Diskurs durch das

"honestum" auch die Ehre der Betroffenen geschützt sein. Heute verstehen wir darunter, dass auch wahre Mitteilungen über den "höchstpersönlichen Lebensbereich" (z.B. Krankheiten, sexuelles Verhalten, Einblick in das engere Privatleben) durch Dritte als öffentliche Information nicht zulässig sind (Berka 1982, 199f). Ausnahmen gibt es eingeschränkt dort, wo Privates die allgemeine gesellschaftliche Interessenssphäre erheblich beeinflussen kann bzw. sich die beiden Bereiche nicht trennen lassen.1 Auch hier gibt es wesentliche Auffassungsunterschiede zwischen der kontinentaleuropäischen Regulierungstradition und der angelsächsischen. Tatsachenbasierte Information über das engste Privatleben von Personen des öffentlichen Lebens zu verbreiten wird rechtlich z.B. in Großbritannien nicht geahndet und von vielen Journalistinnen und Journalisten sogar als Dienstleistung im Interesse der Öffentlichkeit gesehen (Davis 2009, 265).

Dem Franzosen Louis Mandé Daguerre gelang es Ende der 1830er-Jahre erstmals mit lichtempfindlich gemachten Platten, "Wirklichkeit" abzubilden und dieses Bild als Fotografie dauerhaft zu konservieren. Zum Unterschied zur Vorgangsweise bei den meisten anderen Erfindungen weigerte sich der französische Staat aber, ein Patent zu erteilen und kaufte Daguerre das Verfahren für eine namhafte Summe ab; nicht um seinerseits davon zu profitieren, sondern um

"die Gesellschaft in den Besitz dieser Entwicklung zu bringen, in deren Genuss sie im Interesse des Gemeinwohls zu kommen wünscht" (Flichy 1994, 106),

wie der französische Innenminister ausführte. Das hatte zur Konsequenz, dass andere – auch nichtfranzösische – Weiterentwickler² der Fotografie wohl oder übel diese "open-source"-Regelung akzeptieren mussten. Rund fünfzig Jahre nach der Französischen Revolution hielt sich auch die nunmehr restaurierte Monarchie an einige revolutionäre Grundprinzipien, dass eben Kultur und Wissenschaft einerseits vom Staat gefördert werden und andererseits der Allgemeinheit zu Gute kommen sollten. Wir haben es hier

¹ Das ist auch das Argument für die "IBIZA-Aufdecker" einerseits aus dem mehrstündigen Video mit den FPÖ-Politikern Strache und Gudenus einen Ausschnitt zu veröffentlichen, andererseits aber den überwiegenden Teil des Materials nicht (Obermayer & Obermaier 2019).

² V.a. die Briten Talbot Fox und James Clerk Maxwell sowie der Deutsche Claus August v. Steinheil

also mit einer Regulierung zu tun, die tatsächlichen oder imaginierten gesellschaftlichen kulturellen Besitz schützen soll. Aus diesem Grund wurde auch der Spielfilm nach dem Ersten Weltkrieg von verschiedenen europäischen Ländern gegenüber der US-amerikanischen Konkurrenz Kontingentierungen unterworfen. Erst in den 1960er-Jahren wurde dieses Verfahren allmählich abgebaut (Stoeber 2013, 109ff). Ebenso gibt es in zahlreichen Staaten Europas – allen voran wiederum Frankreich – aktuell Quoten für das Abspielen inländischer Musikproduktionen im Radio (Goldhammer et al. 2005).

Regulierungen sind grundsätzlich politische Entscheidungen und werden letztlich auf Basis von Überzeugungen und weniger aufgrund sachlicher Feststellungen eingeführt. Ganz besonders deutlich wird dies bei Medienmarktregulierungen. Darunter zu subsumieren sind v.a. Medienförderungen und als Spezialfall der öffentlich-rechtliche Rundfunk. Die grundsätzliche Frage ist, kann der Medien-Markt selbsttätig ein breites Spektrum gesellschaftlich relevanter Informationen bereitstellen - bzw. ist das überhaupt notwendig? Falls die "unsichtbare Hand des Marktes" das - wie etwa bei Bekleidung oder Limonaden - garantiert, ist das Problem erledigt. Selbst stark liberalistisch dominierte Gemeinwesen demonstrieren aber, dass "laissez-faire" im Medienbereich nicht zielführend ist und Regulierungen zum Vorteil der Nutzerinnen und Nutzer notwendig sind. Relative Einigkeit besteht hinsichtlich Medieninfrastrukturen: Ohne staatliche Eingriffe wären weder Telefon, Rundfunk noch Internet fungibel realisierbar gewesen.3

Über Maßnahmen, die im weiteren Sinn die Produktion von Inhalten eines gegebenen Mediensystems beeinflussen (abgesehen vom Schutz gesellschaftlicher Grundlagen), besteht allerdings kein Konsens, weil sie notwendigerweise von normativen, d.h. letztlich ideologischen Prinzipien ausgehen müssen. Christians et al. (2009, 19ff) sprechen hier von "pragmatischen Traditionen", die sie in einer Vierfeldermatrix in Korporativismus, Sozialverant-

wortung, Liberalismus und Bürgerbeteiligung unterteilen. Diese Traditionen geben aus der jeweiligen Sicht Antworten auf die politischphilosophische Frage, welches die für das Gemeinwesen beste Medienorganisation sei, bzw. welche der mit der jeweiligen Ausrichtung verbundenen Nachteile in Kauf zu nehmen sind. Korporatistische Traditionen sehen die Rolle der Medien in der Aufrechterhaltung bzw. Schaffung eines gesellschaftlichen Grundkonsenses und rechtfertigen daher Eingriffe durch staatliche bzw. religiöse Institutionen. Libertäre Ansätze als Antipoden setzen auf das Recht aller, nach ökonomischer Leistungsfähigkeit und eigenem Ermessen Medien im Rahmen der Gesetze zu betreiben und lehnen alle weiteren von außen an Medienunternehmen herangetragene (Qualitäts-)Ansprüche ab. Das Sozialverantwortungsmodell geht von der Notwendigkeit einer möglichst umfassenden und unverzerrten Berichterstattung als Voraussetzung für staatsbürgerliches Handeln aus und befürwortet daher Eingriffe der Öffentlichen Hand etwa durch Subventionen oder öffentlich-rechtliche Medien (v.a. Rundfunk), um Angebotsverzerrungen zu korrigieren.⁴ Die jüngste Tradition der Bürgerbeteiligung steht sowohl dem liberalistischen wie dem Sozialverantwortungs-Ansatz nahe, indem idealiter ein Verschmelzen von Produktions- und Konsumptionsrolle bei gleichzeitiger Staats- wie Marktferne angestrebt wird, wodurch allerdings größere Reichweiten wie auch allgemeine Qualitätsstandards der Inhalte nicht erzielt werden können.

II. Zur österreichischen Tradition

Der österreichische Rundfunk – dem Entwicklungsstand gemäß damals nur Radio – war bei seiner Gründung de facto staatlich. Aus Kapitalmangel wie auch aus Frequenzmangel war in einem kleinen Land an eine unternehmerische Vielfalt wie auf dem Pressesektor nicht zu denken. – Das hat sich erst mit den Möglichkeiten der Satelliten-, später mit der Internetübertragung bzw. der Verbilligung der Studiotechnik

³ Daran wäre anfangs beinahe die Durchsetzung des Telefons in den USA gescheitert, da sich Kundinnen und Kunden für eine der vielen konkurrierenden Anbieter entscheiden mussten, dann aber nur innerhalb des jeweiligen Netzwerks telefonieren konnten (Sola Pool 1983). Gleiches gilt für Rundfunk, wo unregulierter privater Wettbewerb im Übertragungsbereich zu einer Kakaphonie von Störgeräuschen führt.

⁴ Vor allem in den 1990er-Jahren wurden zahlreiche in diesem Kontext stehende Gesetze beschlossen, wie PublizistikförderungsG, PresseförderungsG, DatenschutzG, Festschreibung der öffentlichen Aufgabe des Rundfunks in der Verfassung (Hummel 2012).

⁵ Es geht hier um den faktischen politischen Einfluss, nicht um Besitzanteile, die gestreut waren.

durch Digitalisierung grundsätzlich geändert. Die langewährenden ökonomischen und technischen Einschränkungen von Radio und später Fernsehen haben zusammen mit einer unterstellten hohen Beeinflussungskraft zum einen stets Begehrlichkeiten seitens von Politikern, zum anderen auch eine Sonderstellung in der Zuschreibung von gesellschaftlichen Aufgaben hervorgerufen. Bereits in den späten 1920er-Jahren wurde die britische BBC zu einer öffentlich-rechtlichen Institution, die zu Überparteilichkeit, Binnenpluralismus, allgemeinen Qualitätsstandards, Berücksichtigung von Minderheiten usw. verpflichtet war (Stoeber 2013, 184ff). Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde dieses Modell in einer Vielzahl europäischer Staaten – letztlich auch in Österreich - cum grano salis übernommen.

Um die gegenwärtige österreichische Rundfunkpolitik zu charakterisieren, ist es aber notwendig zu verstehen, wie es dazu kam: In den Gründerjahren des österreichischen Rundfunks war die inhaltliche Ausrichtung zuerst auf die Darbietung möglichst unpolitischer Inhalte ausgelegt, später im Austrofaschismus und Naziregime klarerweise auf Propaganda. In der Nachkriegszeit, nach der Vormundschaft der Alliierten über den Rundfunk, wurde er Bestandteil der Verstaatlichten Betriebe und damit dem Reglement des sogenannten "Proporzes" der damaligen Koalitionsparteien ÖVP und SPÖ unterstellt. Der Rundfunk fungierte "als Biotop abgelegter Politfunktionäre und deren Repräsentanten" (Novak & Rathkolb 2017, 40). Nach Sendesekunden gemessene "Ausgewogenheit" und Berücksichtigung der Verlautbarungsinteressen der beiden Regierungsparteien fungierten als Qualitätskriterien. Die durch den Proporz ernötigten personellen Doppelbesetzungen auf nahezu allen Ebenen des Rundfunkunternehmens führten schließlich zu erheblichen betriebswirtschaftlichen Belastungen und offensichtlich auch zur Unzufriedenheit des Publikums. Ein von 52 österreichischen Zeitungen - sehr wohl auch aus Konkurrenzüberlegungen, es ging um Limitierung von Werbeeinschaltungen - 1964 initiiertes Volksbegehren führte 1966 nach Erringung einer absoluten Parlamentsmehrheit der ÖVP noch im selben Jahr zu einem neuen Rundfunkgesetz, das den Beginn öffentlich-rechtlicher Rundfunkregelungen markierte. Trotz einer von vielen Zeitzeugen und Zeitzeuginnen konstatierten erheblichen Verbesserung der journalistischen Arbeitsbedingungen und damit auch der Produkte blieb der Einfluss der damaligen Großparteien jedoch erheblich (Podgorski in Novak/ Rathkolb 2017, 50ff). Politischer Einfluss lässt sich bei öffentlichen Einrichtungen, die mehr als standardisierte Dienstleistungen (z.B. Melderegister, Passverlängerung) erbringen, nie vollständig ausschließen, wohl aber können Unternehmensstrukturen interventionsfreundlicher oder -ferner sein.

Ohne die konkreten Veränderungen des Rundfunk- bzw. ORF-Gesetzes entlang der Jahre hier durchdeklinieren zu wollen, bleibt als Faktum, dass die grundlegenden Strukturen manifesten Parteieneinfluss - aller jeweiligen Regierungsparteien – immer zum Teil befördert, teilweise auch nur toleriert haben: Von den gegenwärtig 33 Stiftungsräten (die Aufsichtsräten bei Aktiengesellschaften entsprechen) sind jedenfalls 24 von Bundes- bzw. Länderregierungen entsandt, fünf über den ORF-Betriebsrat und vier über den Publikumsrat, dessen Mehrheit aus Vorschlägen spezifisch aufgelisteter Gesellschaftsgruppen, wie "die Touristik, die Kraftfahrer, die Konsumenten" vom Bundeskanzler ausgewählt werden (ORF-Gesetz \$28/3). Welche Parteien auch immer Österreich regieren, sie haben in diesen Gremien jeweils eine satte Mehrheit. Obwohl weiters in Analogie zum Aktiengesetz (§§ 99, 100) Stiftungsratsmitglieder an Vertraulichkeit gebunden sind und jegliches Handeln zum Schaden des ORF unterlassen müssen, gibt es laut internen Dokumentationen des ORF-Redakteursrats eine Reihe von Handlungen von Stiftungsräten von ÖVP, SPÖ und FPÖ die diesen Prinzipien offenkundig widersprechen. In seiner berühmten Dankesrede zur Verleihung des Robert-Hochner-Preises 2006 erklärte der ORF-Anchor Armin Wolf, dass die langjährige Große Koalition aus ÖVP und SPÖ als österreichische Regierungsform für den ORF zu einer Art "Gleichgewicht des Schreckens" geführt habe. Und um die Zeit der ersten "schwarz-blauen" Regierung zu charakterisieren:

"Aber seit der so genannten 'Wende', und ganz besonders seit 2002, ist es noch mal anders: Heute dominiert nur mehr ein politisches Lager. Und vom Gleichgewicht ist nur mehr der Schrecken geblieben."⁶

⁶ derStandard.at | Etat | vom 19. Mai 2006: Wolfs Rede im Wortlaut: Das ORF-Monopol der Parteisekretariate [nicht mehr abrufbar]

In der Terminologie von Christians et al. (2009) heißt das, dass sich in der Rundfunkpolitik Österreichs seit 1945 eine starke korporatistische Tradition nachweisen lässt, die von Sozialverantwortungstendenzen flankiert wird.

Von dieser Tradition unabhängig, gleichwohl aber die österreichische Medienpolitik prägend, sind Einflüsse der Europäischen Union. Von der Tendenz her können sie als Verbindung von liberalistischer und Sozialverantwortungs-Tradition eingeordnet werden (vgl. dazu für den Rundfunk: Richtlinie 2010/13 EU). Die Einführung einer dualen öffentlich-rechtlichen/ privaten Rundfunkordnung erfolgte in Österreich erst durch die Rechtsdurchsetzung auf europäischer Ebene.

III. Technikdiffusion beeinflusst Regulierungstraditionen

Der Existenz öffentlich-rechtlichen Rundfunks werden in der Kommunikationswissenschaft vielfach Kompensationswirkungen gegenüber Marktversagen des privaten Mediensektors, v.a. im Bereich der Darstellung politischer und künstlerischer Ereignisse, zugeschrieben (vgl. dazu etwa Ridder et al 2005). Schranz, Schneider und Eisenegger (2016) konnten empirisch zeigen, dass je präsenter öffentlich-rechtliche Inhalte in einem Medienmarkt sind, desto größer das generelle Interesse des Publikums an Informationsjournalismus und sogar auch die Bereitschaft für diesen zu bezahlen ist.

Allerdings befindet sich das Mediensystem insgesamt in einer dramatischen technikinduzierten Transformation, die ihrerseits wieder mit kulturellem und politischem Wandel verknüpft ist. Mit der Verbreitung von Rundfunkprogrammen über Satelliten- und Kabeldistribution, noch später über das Internet haben sich nicht nur die Auswahlmöglichkeiten für das Publikum enorm erweitert, sondern haben sich auch die Bindungen des Publikums an den ORF verringert.

Die "digitale Revolution" setzt alle klassischen redaktionellen Medien, und eben auch den Rundfunk, durch die "nur einen Mausklick" über das Internet entfernten transportierten Inhalte unter Druck. Die Publikumszuwendung sinkt kontinuierlich. Vor allem jüngere Alterskohorten weisen einen über die Jahre hinweg stark zurückgehenden Konsum klassischer (linearer) Fernsehprogramme auf. Die Reichweiten des ORF-Fernsehens sind in den letzten zwanzig Jahren im Programm ORF1 von rund 43% auf 27% gefallen, die von ORF2 von rund 48% auf 38%.⁷

Das führt zu einer Reihe von Problemen: Nicht nur in Österreich versuchten und versuchen rechtspopulistische und neoliberale Parteien, dieses Rundfunkmodell zurückzudrängen: teilweise, weil sie sich dadurch politischen Rückenwind versprechen, teilweise aus ideologischer Überzeugung. Die in einem kleinen Land nicht sonderlich profitablen Privatsender, aber auch etliche Printmedien erhoffen sich dadurch wirtschaftliche Vorteile und offensichtlich würden sich etliche Konsumentinnen und Konsumenten gerne die Rundfunkgebühr sparen.⁸

Die Frage der Finanzierung des ORF – weiterhin über Gebühren, über eine Haushaltsabgabe wie in der Schweiz und Deutschland oder direkt aus dem staatlichen Budget – steht zur Diskussion. Weiters ist grundsätzlich unentschieden, inwieweit öffentlich-rechtlicher Rundfunk sich aktiv im Medienwandel engagieren darf, etwa durch Videoportale, textbasierte Internet-Information, Aufbau von Social Communities im Netz o.ä. Letztlich wurde sogar die Frage gestellt, ob nicht alle Informationsinhalte unabhängig von der Organisationsform der Sender "pubic value" seien und damit aus Rundfunkgebühren oder öffentlicher Unterstützung zu finanzieren seien.

Nur die letzte Frage lässt sich eindeutig, nämlich negativ, beantworten, da das öffentlichrechtliche Prinzip rechtlich bindende inhaltliche Vorgaben umfasst, deren Einhaltung von wie auch immer gut funktionierenden externen Aufsichtsgremien zu kontrollieren ist. Dies verträgt sich nicht mit der grundsätzlichen inhaltlichen Dispositionsfreiheit privater Medienunternehmen. Der Bestand öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist weiters ein Wert, der zwar auf europäischer Ebene verankert ist (Richtlinie

Quelle: Republik Österreich. Parlamentskorrespondenz vom 9.1.2019. [https://www.parlament.gv.at/PAKT/PR/JAHR_2019/PK0010/] (14.9.2019)

Vgl. https://mediendaten.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=1 [15.10.2019]

Box Volksbegehren "ORF ohne Zwangsgebühren" vom Herbst 2018 erhielt immerhin 320.264 Unterschriften.

2010/13 EU) – in welche Richtung dieser ausgestaltet wird, bleibt aber Angelegenheit der jeweiligen nationalen Regierungen. Das gilt auch für die spezifische Art der Finanzierung, wenngleich Alimentierung aus dem laufenden nationalen Budget zweifellos eine noch stärkere Anbindung an die jeweilige Regierung nahe-

legt. Ob der öffentlich-rechtliche Rundfunk schließlich die digitale Transformation für seine Aufgaben weitgehend nutzen darf, ist für ihn zwar langfristig eine Überlebensfrage, die aber nur politisch entlang der eingangs erwähnten sieben Regulierungsprinzipien geklärt werden kann und wird.

Bibliographie

Berka, W. (1982). Medienfreiheit und Persönlichkeitsschutz. Wien, New York.

Christians, C. G., Glasser, T. L., McQuail, D., Nordenstreng, K. & White, R. A. (2009). *Normative Theories oft he Media. Journalism in Democratic Societies.* Urbana, Chicago.

Davies, N. (2009). Flat Earth News. London.

Dommann, M. (2014). Autoren und Apparate. Die Geschichte des Copyrights im Medienwandel. Frankfurt am Main.

Flichy, P. (1994). Tele. Geschichte der modernen Kommunikation. Frankfurt, New York.

Goldhammer, K., Wiegand, A., Krüger, E. & Haertle, J. (2005). Musikquoten im europäischen Rundfunkmarkt. Quotenregelungen und ihre kommerziellen Effekte. München.

Groscup, J. (2011). Indecent exposure: The FCC and the free speech. In: *Judicial Notebook*, 42 (11), S. 28. Abgerufen von https://www.apa.org/monitor/2011/12/jn, Zugriff am 3.9.2019

Hummel, R. (2012). Begrenzter Aufbruch. Die Etablierung österreichischer Journalistenausbildung in den 1970er Jahren. In: *medien & zeit*, 27 (3), S. 6-16

Hummel, R. (2017). "Versorgungsauftrag ist auf neue digitale Verteilungsdienste auszuweiten" Antworten zu vier zentralen Fragen der österreichischen Rundfunkpolitik. In: *medien & zeit,* Sonderausgabe, S. 26-29

Milton, J. (2008). Aeropagita. A Speech for the Liberty of Unlicensed Printing for the Parliament of England. In: Milton, J. (Hg.), *Das verlorene Paradies. Werke.* S. 855-953.

Novak, A. & Rathkolb, O. (2017). Die Macht der Bilder. Berndorf.

Obermayer, B. & Obermaier, F. (2019). Die Ibiza-Affäre. Innenansichten eines Skandals. Köln.

ORF-Gesetz: Bundesgesetz über den Österreichischen Rundfunk (ORF-Gesetz, ORF-G). StF: BGBl. Nr. 379/1984 (WV) idF BGBl. Nr. 612/1986 (DFB) und BGBl. I Nr. 194/1999

Pettigreee, A. (2016). Die Marke Luther. Berlin.

Richtlinie 2010/13/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2010 zur Koordinierung bestimmter Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über die Bereitstellung audiovisueller Mediendienste (Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste). Amtsblatt der Europäischen Union L 95/1

- Ridder, C., Langenbucher, W. R., Saxer, U. & Steininger C. (Hg.) (2005). *Bausteine einer Theorie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks*. Wiesbaden.
- Schranz, M., Schneider, J. & Eisenegger, M. (2016). *Medienvertrauen eine vergleichende Perspektive*. Basel.
- Sola Pool, I. (1983). Forecasting the Telephone. A Retrospective Technology Assessment. Norwood & New Jersev.
- Stoeber, R. (2013). Neue Medien. Geschichte. Von Gutenberg bis Apple und Google. Bremen.

Roman HUMMEL,

Univ. Prof. Dr., war Vertrags- bzw. Vertretungsprofessor in Wien, Erfurt und Pretoria (University of South Africa) und von 2006 bis zu seiner Pensionierung im Herbst 2016 Leiter der Abteilung Journalistik am Fachbereich Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Seither lehrt er wieder am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien. Hummel war bis April 2018 Mitglied des Publikumsrats des ORF und Vorsitzender von dessen Ausschuss für Unternehmens- und Medienpolitik. Forschungsschwerpunkte sind Wandel von Medienberufen, Medienpolitik und Wissenschaftstheorie.

Zensur an der Quelle

Ein Journalismus ohne Recht auf Information

Josef Barth

Abstract

100 Jahre nach Ausrufung einer demokratischen Republik gesteht der Staat den Bürgerinnen und Bürgern noch immer kein verfassungsmäßiges Recht auf Information zu. Journalistinnen und Journalisten müssen dieses darum umso mehr einfordern, um ihrer Kontrollfunktion gegenüber der Politik gerecht zu werden.

"Eine Kleinstadt ist eine Stadt, in der jeder alles von jedem weiß und trotzdem jeder das Lokalblatt kauft, um zu sehen, was davon der Redakteur zu veröffentlichen wagt." Danny Kaye, amerikanischer Komödiant

Wenn man als JournalistIn in Österreich einer Pressestelle einer Behörde eine Frage stellt, kann man schon mal den folgenden Satz hören: ein ganz höfliches "Wir bitten um Verständnis, dass wir diese Information zum momentanen Zeitpunkt nicht geben können".

"Verständnis" – wofür? "Nicht geben können" – warum? "Zum momentanen Zeitpunkt" –- wann dann?

Das höfliche Deutsch heißt auf gut Österreichisch also nur: Das sagen wir nicht.

So auch bei einer Recherche für *profil* vor genau zehn Jahren: Das österreichische Parlament verweigerte damals die Auskunft, welche Abgeordneten des Nationalrats von dessen Immunitätsausschuss bisher der Staatsanwaltschaft zur Verfolgung freigegeben wurden. Sprich: wer selbst als VolksvertreterIn im Verdacht stand, das Gesetz so sehr verletzt zu haben, dass seine Immunität als ParlamentarierIn sie oder ihn einfach nicht mehr vor Ermittlungen der Justiz und einer etwaigen Strafe vor Gericht schützen sollte.

Ein Vorgang, der in Österreich ohnehin höchst selten vorkommt, wenn man ihn der Zahl der Korruptionsaffären und Machtmissbrauchsskandale gegenüberstellt, die in immer kürzeren Intervallen bei einigen Parteien (es sind immer wieder dieselben) und ihren Politikern (meist Männern, darum ungegendert) so aufgedeckt werden.

Das Argument des Beamten oder der Beamtin für die Weigerung auf Nachfrage: "Diese Information zu veröffentlichen, würde die Würde des Hauses schädigen."

Das Problem in Österreich? Es gibt kein Problem...

Man beachte das – in seiner Selbstverständlichkeit sich des Gesagten gar nicht bewusste seiende – Denken dieser österreichischen Hoheitsverwaltungslogik: Nicht der/die Abgeordnete schädigt mit der Begehung eines Verbrechens die Würde des Hohen Haues. Nein, der Journalist oder die Journalistin würde das tun – wenn sie oder er die Nachricht über einen Gesetzesbruch eines Gesetzesmachers den Bürgerinnen und Bürgern überbringt.

Mit Problemen in Österreich ist es ein wenig so wie mit Schrödingers Katze: Jeder weiß, dass es sie in seinem Inneren gibt. Aber sie werden erst dann zu solchen, wenn jemand wirklich mal den Deckel öffnet und reinsieht. Solange die Tür aber zu bleibt, ist alles gut in Österreich... **

"First step in solving any problem is recognizing there is one."

ACN-Anchorman Will McAvoy, *The News-room* (S1E1)

In offeneren Gesellschaften ist das anders, selbst im gleichen Sprachraum: Wer beispielsweise in Deutschland auf ein Problem hinweist, gilt als die/der Erste, die/der zu dessen Lösung beiträgt. Wer in Österreich auf ein Problem hinweist, ist die/der Erste, die/der den Konsens gesellschaftlicher Gemütlichkeit durchbricht.

Das Missverständnis der PolitikerInnen: Vom Herrschaftswissen der Hoheitsverwaltung

Wer dagegen als BürgerIn etwas erfragt, wird von der Behörde oft mit zwei Gegenfragen konfrontiert: erstens "Wer sind Sie eigentlich?" und zweitens "Warum wollen Sie das wissen?!". Beides muss jedoch in einem demokratischen Staat irrelevant sein. Es muss reichen BürgerIn zu sein, um wissen zu dürfen.

Denn die Behörde fragt damit nicht etwa nach dem Namen, sondern vielmehr nach dem Status der Person, und mit Letzterem nach der Verwendung der Information. Man könnte ja damit – nicht auszudenken! – ein Problem aufzeigen...

Dabei stehen dem Amt beide Entscheidungen nicht zu. Es darf nur entscheiden, ob eine Information aufgrund der Rechtslage öffentlich sein kann oder nicht. Dann aber für alles und jedeN oder eben für nichts und niemanden. Denn die Informationen gehören den Bürgerinnen und Bürgern, die Verwaltung verwaltet sie nur – darum heißt sie auch Verwaltung.

"Korruption ist der Missbrauch anvertrauter Macht zum privaten Nutzen und Vorteil." Transparency International

Dennoch: Manche PolitikerInnen Österreichs verstehen den Begriff der "Hoheitsverwaltung" auch 100 Jahre nach Einführung der Demokratie immer noch falsch: Sie betrachten Information als Herrschaftswissen, das die MachthaberInnen in Gutsherrenart nach Gutdünken an jene Un-

tertanInnen verteilen, die den eigenen Zwecken dienlich sind – und jenen vorenthalten, die nicht parieren oder sogar noch kritisieren. Allein das ist bereits politischer Machtmissbrauch.

Der Bürger und die Bürgerin: Souverän des Staates

Die grundsätzliche Idee einer demokratischen Republik ist nämlich eine andere: Demnach sind Bürger und Bürgerin der Souverän des Staates schon manifestiert im Verfassungsgrundsatz "Das Recht geht vom Volk aus".

Folgt man dieser Idee, stellen sich Politiker-Innen und BeamtInnen als dementsprechende DienstleisterIn dar, die gestalten und verwalten, die aber dennoch auskunftspflichtig über Tun und Lassen bleiben. Damit stellt sich eine zentrale Frage: Mit welchem Recht verweigert der DienstleisterIn dem Auftraggeber die Auskunft?

Das Recht, auf das sich Politik und Verwaltung gern berufen, ist das österreichische Amtsgeheimnis. Eine in der Bundesverfassung verankerte Bestimmung, die ihre Kraft viel weniger aus ihrem tatsächlichen Wortlaut als aus ihrer dehnbaren Interpretation zieht, durch die man sich trefflich dahinter verstecken kann. Kurz: Es wird zur Auskunftsverweigerung vielmehr nur vorgeschoben.

**

"Ein Volk, das sich selbst regieren will, muss sich bewaffnen mit der Macht des Wissens. Eine öffentliche Regierung ohne öffentliche Information

ist der Anfang einer Farce oder eine Tragödie

– oder möglicherweise beides."

James Madison, US-Präsident und Co-Autor der amerikanischen Verfassung

Information ist aber die Grundlage der Demokratie – oder zumindest für die sinnvolle Teilnahme daran. Auf welcher Basis sollen wir entscheiden, wenn nicht auf der von Fakten – jener, die uns jene über ihr Handeln geben, die sich wieder um ein Amt bewerben, und jener, die sie uns über ihr Handeln eben nicht geben wollen – und die wir deshalb erfragen müssen.

Für uns Bürgerinnen und Bürger ist dies schon

möglich: Schließlich gibt es neben dem berühmten Amtsgeheimnis auch das weitgehend unbekannte Auskunftspflichtgesetz, das ein Recht einräumt, von der Verwaltung Auskunft zu verlangen – und das festschreibt, dass diese auch antworten muss.

Gleichzeitig ist es in der Umsetzung nicht für alle Menschen gleichermaßen einfach, eine treffsichere Frage über staatspolitische Vorgänge an die exakt dafür zuständige Behörde zu richten. Der erste juristisch klingende Brief kann eine/ einen DurchschnittsbürgerIn schon ans gefühlte Ende der eigenen Möglichkeiten bringen. Einen formlosen Einspruch dagegen bei Gericht zu deponieren, ist für viele außerhalb ihrer Möglichkeiten, weil persönliche Repressalien nur de jure, aber nicht de facto ausgeschlossen sind.

In unserer Idee von Gesellschaft delegieren wir diese Aufgabe also an fachkundigere Mitbürger-Innen, die sich der Kontrolle unserer DienstleisterIn in Politik und Verwaltung verschrieben haben: die JournalistInnen.

JournalistInnen: Mit Recht zu Gericht

Mit der Information in der Demokratie verhält es sich wie mit der Information in der Medizin: Der Pathologe oder die Pathologin weiß alles, nur leider zu spät. Darum sind HistorikerInnen gleichsam die PathologInnen einer Gesellschaft. Die/der JournalistIn dagegen ist die AkutmedizinerIn der Republik: Sie oder er sorgt dafür, dass wir die Informationen vor der Wahl bekommen, um informiert entscheiden zu können, und nicht erst danach, wenn es bereits zu spät ist.

Daraus leitete sich eine Verantwortung für die JournalistInnen ab. Eine Verantwortung, dafür Sorge zu tragen, dass maßgebliche Informationen zum Entscheidungspunkt zur Verfügung stehen. Eine Verantwortung, für deren Wahrnehmung wir als Gesellschaft bestimmte Rechte wie Pressefreiheit, Redaktionsgeheimnis oder Medienprivileg geschaffen haben. Rechte, deren Wahrnehmung zwar implizit in der Berufsausübung passiert, die jedoch nur Schutz bieten, aber noch keinen zusätzlichen Aufwand verlangen, um sie mit Leben zu erfüllen.

Provokant gesagt dürfen JournalistInnen in Österreich zwar alles schreiben, sie dürfen nur nicht alles wissen. Doch hier liegt die neue Einschränkung der Pressefreiheit: denn Informationsverweigerung des Staates ist "Zensur an der Quelle".

"Journalism is the first rough draft of history." Alan Barth & Phil Graham, The Washington Post

Der Verantwortung gegenüber den BürgerInnen umfassend gerecht zu werden, hieße aber eben auch, die zur Verfügung stehenden Mittel der Auskunftsrechte zu nutzen und immer wieder aufs Neue auszuschöpfen.

Nur wenn Journalismus den Staat auch rechtlich dazu zwingt, jene durch Verwaltungsobjektivität gesicherten Informationen herauszugeben, die Politik oder Verwaltung aus persönlicher Interessenslage eigentlich lieber geheim halten wollen, kann man davon ausgehen, dass die Kontrollfunktion im Gesellschaftsgefüge auch als solche gelebt wird.

Was fehlt: Informationsfreiheit mit Zugang zu Dokumenten

Ein echtes Recht auf Information besteht in Österreich auch 100 Jahre nach erstmaliger Ausrufung einer demokratischen Republik nicht. Und das bestehende ist zu schwach ausgestaltet: So verbrieft das Auskunftspflichtgesetz vereinfacht gesagt nur ein Recht darauf, dass der Beamte sinngemäß einen Teil dessen zusammenfasst, was er aus den ihm vorliegenden Unterlagen entnehmen kann. Es handelt sich um ein Recht auf Auskunft, nicht auf Information.

Ein Recht auf Zugang zu Dokumenten, wie dies international üblich und die Grundlage für viele Freedom of Information Acts der Welt von Schweden bis in die USA üblich ist, fehlt.

Ohne Zugang zu Originaldokumenten des Staates lassen sich viele Dinge aber nicht klar verifizieren. Auch lässt sich niemand für eine falsche Auskunft verantwortlich halten, da diese ja nur mündlich erteilt wird und damit keinerlei rechtliche Verbindlichkeit hat. Kurzum: Oft bleibt dem Journalismus nichts anderes übrig, als Hörensagen zu schreiben – und mit viel Aufwand rundum bestmöglich abzusichern.

Ein echtes entsprechendes Informationsfreiheitsgesetz, das dieses Recht auf den Zugang zu Dokumenten gewähren würde, wurde auf Initiative des Autors von der Politik auf oberster Ebene zwar nun seit mehreren Jahren erstmals versprochen, jeder bisherige Regierungsvorschlag enthielt aber nur Lösungen, die mit chirurgischer Präzision treffsicher an diesem Ziel vorbeigingen.

Für JournalistInnen ergibt sich daraus aber die Verpflichtung, die bestehenden Auskunftsrechte so weit zu nutzen, wie sie eingeräumt werden – und durch Einsprüche gegen Erstentscheidungen entsprechende Verfahren einzuleiten, mit denen die Informationsrechte durch Gerichtsentscheide Stück für Stück ausgeweitet werden.

Die Praxis zeigt, dass die JournalistInnen in Österreich, die bisher jährlich Anfragen nach dem Auskunftspflichtgesetz stellen, wohl kein Dutzend voll machen. Und dass JournalistInnen, die Antwortverweigerungen der Republik vor Gericht bekämpfen, jedes Jahr an einer Hand abzuzählen sind.

Am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft wurde das "Filing" von "Freedom of Information Requests", also die Recherche durch Anfragen nach dem Auskunftspflichtgesetz und deren Durchsetzung in Verfahren, noch nicht Pflichtgegenstand der Journalismusvorlesungen.

Vielleicht sollte es das künftig sein. Damit es nicht noch einmal 100 Jahre dauert, bis diese Presserechte auch von allen gelebt werden.

Josef BARTH

ist ein österreichischer Bürgerrechtler und ehemaliger Journalist. Er studierte Kommunikation, Politik und Recht. Seine Arbeit fokussiert auf Transparenz, Demokratiepolitik und Rechtsstaatlichkeit gegen politische Korruption und Machtmissbrauch.

Barth war Journalist beim Nachrichtenmagazin *profil* sowie Partner einer Agentur für strategische Kommunikation und digitale Medien. Er gründete das Forum Informationsfreiheit (FOI), die erste Bürgerrechtsorganisation für ein verfassungsmäßiges Recht auf Information, und hob mit der Kampagne Transparenzgesetz.at die Abschaffung des Amtsgeheimnis erstmals auf die Agenda von Bundesregierung und Nationalrat.

Seine Tätigkeit begann er u. a. als Mitarbeiter von Fritz Hausjell am Institut für Publizistik der Universität Wien – wo er nun seit über zehn Jahren selbst Journalismus und Kommunikation unterrichtet.

Qualitätsjournalismus - revisited

Hans Heinz Fabris Fachbereich Kommunikationswissenschaft, Universität Salzburg

Abstract

Nach 20 Jahren ist die Beschäftigung mit der Qualität im Journalismus zu einem eigenen Forschungsbereich innerhalb der deutschsprachigen Kommunikationswissenschaft geworden. Forschungsansätze, Theorien und Methoden haben sich in dieser Zeit verändert und können inzwischen bilanziert werden.

Der folgende Aufsatz greift auf die Untersuchung der Infrastruktur für Journalismus zurück und versucht exemplarisch anhand der beiden letzten Jahre die Situation in Österreich während der türkis-blauen Bundesregierung zu diskutieren.

ls 1997 der erste Bericht zur Lage des Jour-Als 199/ der erste Berwin 2.... _ 0 nalismus in Österreich (Erhebungsjahr 1996) erschien, lag ihm ein breites, systemisches Verständnis von Journalismus und seinen Rahmenbedingungen ("I-Faktor", Russ-Mohl 1994) zugrunde. Zur "Infrastruktur" des Journalismus im engeren Sinn zählten die journalistische Ausund Weiterbildung, Einrichtungen der Selbstkontrolle, Berufsorganisationen, Medienjournalismus und Medienkritik, JournalistInnenpreise sowie - umfassend - die weiteren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen von Medienökonomie, Medienpolitik, Medienrecht, Medienkultur, Arbeitsmarktpolitik, Medienunternehmen und Medienpublikum. Heute wären dazu eine Reihe weiterer relevanter Einflussfaktoren, vor allem das Internet, die neuen sozialen Medien sowie die Herausbildung von international, ja längst global agierenden Medienkonglomeraten zu zählen.

Die journalistische Infrastruktur diente als analytisches "Muster" für eine kontinuierliche Erhebung einschlägiger Fakten und Einschätzungen. Dazu kamen die Ergebnisse verschiedenster Fallstudien. Im Mittelpunkt stand das Thema journalistischer Qualität, das Ende der neunziger Jahre verstärkt in den Fokus journalistikwissenschaftlicher Aufmerksamkeit geriet (u.a. Fabris & Rest 2001; Bucher & Altmeppen 2003). Der Journalismus-Bericht wurde zu einem Qualitäts-Monitoring:

"Es wird eine Jahresbilanz gezogen, die darüber Auskunft geben soll, in welchen Bereichen sich die Rahmenbedingungen für Qualität im Journalismus verbessert bzw. verschlechtert haben."

(Bericht zur Lage des Journalismus in Österreich 1997)

Nachdem diese Berichte schon seit längerem nicht mehr erscheinen, soll im Folgenden – in einer politischen und auch medialen Zwischenphase – versucht werden, entsprechende Entwicklungen der vergangenen Jahre exemplarisch in Hinblick auf ihre möglichen Auswirkungen auf den Qualitätsjournalismus in Österreich einzuschätzen.

Medien- und Kommunikationspolitik von ÖVP und FPÖ: Journalismus unter Druck

Die kurze türkis-blaue Regierungszeit ist inzwischen in einigen Büchern (Brandstätter 2019, Talos 2019) und einer Reihe von publizistischen Bilanzen zum Gegenstand kritischer Analysen geworden. Dort lässt sich auch nachlesen, welche medienpolitischen *Themen* und welche *Akteure* in diesem Zeitraum relevant geworden sind.

Besonders auffällig, wenn auch im internationalen Vergleich wahrscheinlich im "Mittelfeld", erscheint die massive Verstärkung der Öffentlichkeitsarbeit auf Regierungsseite, die zu einer deutlichen "Übermacht" der Politik, des politischen Systems, gegenüber Medien und Journalismus geführt hat. Während die Zahl der Journalisten und Journalistinnen stark zurück gegangen ist, beschäftigte die Regierung über

50 MitarbeiterInnen in den Pressereferaten vor allem der Ministerien und 90 MitarbeiterInnen für "Kommunikation". Allein im Innenministerium waren rund 50 Personen dafür zuständig. (Die folgende Übergangsregierung kam mit der knappen Hälfte aus.) Helmut Brandstätter meinte dazu in seiner Dankesrede zur Verleihung des Ari-Rath-Ehrenpreises:

"Jedes Ministerium beschäftigt sehr viele Mitarbeiter, die einerseits die Medien ständig beobachten und im Zweifel Journalisten auch bedrängen sollen. Das ist der eine Teil der Message Control, das Verhindern von Kritik. Der zweite besteht darin, dass Mitarbeiter der Minister selbst so tun, als seien sie Journalisten. Manche Ministerien haben in diesem Bereich ein Vielfaches von gut ausgestatteten innenpolitischen Redaktionen.

Eine Medienförderung, ausgerichtet nach Qualität, wird uns seit Jahren versprochen, aber nicht gehalten. Dafür gilt die interne, aber unverblümt vermittelte Parole: Entweder ein Medium ist für uns, gut, oder gegen uns – dann wird es bekämpft oder zumindest boykottiert. Solche Medien werden dann als Teil der Opposition hingestellt, so soll ihnen die Glaubwürdigkeit genommen werden, indem man sie als politische Gegner darstellt." (Brandstätter 2019, 10)

Dazu kam die gezielte Vergabe von Millionen-Inseraten-Aufträgen – es ist von insgesamt 170 Millionen jährlich, davon 45 Millionen durch Ministerien die Rede (Linsinger 2019, 13) –, vor allem für die Boulevardblätter Österreich, Heute und Kronen Zeitung. (Über die von der FPÖ besetzten Ministerien wurden weiters zahlreiche rechte Medien wie unzensuriert, alles roger, Zur Zeit, wochenblick großzügig gefördert.)

Im Mittelpunkt der publizistischen Aktivitäten seitens der politischen Akteure standen - und stehen - allerdings zunehmend social media-Aktivitäten. Die FPÖ hatte sich hier schon in den Jahren zuvor ein regelrechtes Imperium, bis zu einem parteieigenen TV-Kanal, und einen deutlichen Vorsprung gegenüber der politischen Konkurrenz gesichert. FPÖ-SymphatisantInnen konnten sich schon früh in Informations- und Meinungs-"Blasen" einrichten. Vizekanzler Heinz Christian Strache hatte in den sozialen Medien zu Regierungseintritt rund 800.000, Kanzler Sebastian Kurz zunächst "nur" rund 500.000 FollowerInnen, bis er zu Straches Marke aufschloss. Dazu kamen bei ihm 350.000

UserInnen auf Twitter und 100.000 auf Instagramm.

Über die sozialen Medien lassen sich politische Werbung, Informationen und Fake-News mit persönlicher Ansprache und großen Reichweiten für ein Zielpublikum optimal verbreiten. Die Grenzen zwischen politischer Werbung und Propaganda sowie einem Laien-Journalismus und Trolls haben sich in der politischen Kommunikation ja schon seit längerem verwischt, Maßstäbe für journalistische Qualität erscheinen im Netz für viele RezipientInnen nicht relevant.

Das Innenministerium publizierte zur Message Control Richtlinien für die Einladung ausgewählter Zeitungen zu Pressekonferenzen und für die Weitergabe polizeilicher Informationen. Andererseits wurden Interview-Verweigerungen gegenüber bestimmten Medien und einzelnen Journalisten und Journalistinnen zu einer gängigen Praxis, welche die Wahrnehmung der medialen Berichts- und Kontrollfunktion erheblich erschwerte. Dazu kamen Anrufe in den Redaktionen, Foto-"Management" mittels eigener Leibfotografen und Video-Teams u.ä. (Brandstätter 2019, 35 ff).

Wie schon frühere Regierungen hat auch Türkis-Blau von Beginn der Regierungszeit an versucht, den ORF in ihrem Sinn zu instrumentalisieren. Dies erfolgte vor allem durch zahlreiche, in einigen Fällen auch öffentlich bekannt gewordene Interventionen. In Erinnerung sind Drohungen des von der FPÖ gestellten ORF-Stiftungsrats-Vorsitzenden Norbert Steger bezüglich der Ungarn-Berichterstattung und vor allem gegenüber ZiB-Moderator Armin Wolf, der immer wieder auch vor laufender Kamera unter Druck gesetzt wurde. Darüber schwebte die Ankündigung eines neuen ORF-Gesetzes, das im Herbst dieses Jahres vorgelegt werden sollte. Die FPÖ wollte darin den Wegfall der Gebühren und eine Finanzierung des ORF durch den Staat sowie die Ablöse der derzeitigen Unternehmensführung durchsetzen. Die Haltung der ÖVP war weniger klar, da hier auch Interessen der Länder berücksichtigt werden mussten. Eine groß angekündigte, von Medienund Kulturminister Gernot Blümel einberufene "Rundfunk-Enquete" hatte zuvor keine konkreten Resultate erbracht. So blieb es bei kleineren Schritten wie der Aufstockung der Mittel für den privaten – und nur den kommerziellen - Rundfunk um fünf auf 20 Millionen Euro.

Eine Änderung der Presseförderung etwa nach Qualitäts-Kriterien, wie schon vor Jahren in einem Gutachten von Hannes Haas für die frühere Regierung ausgearbeitet, blieb ebenso in der Schublade wie Pläne, in welcher Weise österreichische Medien von der möglichen Einführung einer Digitalsteuer profitieren könnten. Auch im weiten Feld von big data, Datenschutz, Vorratsdaten-Speicherung, Urheberrecht und Informationsfreiheit sind, abgesehen von der Umsetzung von EU-Regelungen wie beim Thema Copyright, kaum eigenständige medienpolitische Positionen erkennbar geworden. (Umstritten war etwa die Absicht des Medienministers, die Anonymität im Netz durch die Verpflichtung der Hinterlegung von Namen und Adresse auf zu heben.)

Zugespitzt könnte man zusammenfassen: Vieles erinnert medienpolitisch an Trump oder Orban, der von Heinz Christian Strache (nicht nur) im "Ibiza"-Video auch ausdrücklich als Vorbild bezeichnet wurde. Dass der spätere Vizekanzler Strache im "Ibiza-Video" von einem erwünschten Kauf der Kronen Zeitung sprach und JournalistInnen mit wenig schmeichelhaften Injurien bedachte, hat einen Blick hinter die Kulissen der medienpolitischen Absichten der FPÖ schon vor zwei Jahren ermöglicht.

Welchen Einfluss hatten diese medienpolitischen Rahmenbedingungen auf den heimischen Qualitäts-Journalismus? Zum einen könnte damit argumentiert werden, dass ähnlich wie in den USA, wo Qualitätsmedien wie die New York Times oder die Washington Post als Gegengewicht zu Fox News und anderen Trump-Medien steigende Auflagen verzeichneten, der Druck auf Journalismus und Medien zumindest indirekt zu mehr Erfolg und damit auch zu besserer Qualität journalistischer Leistungen beitragen kann. Die Wiener Wochenzeitung Falter und die Tageszeitung Der Standard könnten dafür als Beispiele angeführt werden. Auch Reaktionen aus der Zivilgesellschaft wie die Bürgerinitiative zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit, Unabhängigkeit, Überparteilichkeit und wirtschaftlichen Eigenständigkeit des ORF ("ORF retten") wären hier anzuführen.

Andererseits ist davon auszugehen, dass vor allem die ungleiche Medien-Förderung durch staatliche Werbeausgaben und der ökonomische Rückenwind für die sozialen Medien wie *Google* oder *Facebook* negative Rückwirkungen auf die "klassischen", "alten" Medien, auf Arbeitsplätze – Stichwort Kündigungen (im ORF und einer Reihe von Print-Redaktionen) und Prekariat vor allem junger JournalistInnen – und journalistische Qualitäts-Standards haben.

Dennoch: Für den wissenschaftlichen Beobachter ist es oft mehr als bemerkenswert, welche journalistische Leistungen in diesem Land trotz *Facebook, Google* und Co. und heftigem, nicht nur politischem und wirtschaftlichem Gegenwind, nach wie vor möglich waren und sind. Auf lange Sicht gesehen ist jedoch mit einer Verschlechterung nicht nur der Rahmenbedingungen, sondern auch der inhaltlichen Qualität zu rechnen.

Andere Beispiele der Qualitätssicherung

Es ist noch nicht lange her, dass das Fehlen eines funktionierenden *Presserats* als erhebliches Desideratum der Qualitätssicherung im österreichischen Journalismus konstatiert werden musste. Inzwischen ist es zu einer Normalisierung in dem Sinn gekommen, dass der "neue" Presserat wieder funktioniert und rasch auf Verletzungen des "Ehrenkodex" reagieren kann, was als positive Entwicklung einzuschätzen ist. "Zahnlos" wie der alte Presserat erscheint er allerdings noch immer, wenn man an mögliche wirksame Sanktionen denkt, die nach wie vor fehlen.

Uneinheitlich fällt auch das Urteil über die Rolle von Medienberichterstattung und Medien-Kritik aus. Positiv zu registrieren ist die Etablierung des Ö1-Magazins Double Check. Seit vielen Jahren gibt es in der Tageszeitung Der Standard eine Rubrik betitelt mit Blattsalat und verfasst von Günter Traxler und ebenso die Rubrik derStandard.at/Etat im Onlineauftritt der Tageszeitung. In der Tageszeitung Die Presse erscheint eine interne Kritik durch Engelbert Washietl, der auch lange Zeit Vorsitzender der "Initiative Qualität im Journalismus" war. "Echte" Medienseiten gibt es in den Tageszeitungen nach wie vor nur da und dort. Im Magazin-Sektor ist es vor allem die Wochenzeitschrift Der Falter, der mit einer kontinuierlichen Medien-Berichterstattung punktet. Es verbleiben die verschiedenen Branchen-Dienste und sechsmal im Jahr Der österreichische Journalist - etwa mit seiner jährlichen Kür des "Journalisten des Jahres" (2018 Armin Wolf). Die APA punktet mit ihrer Mediendatenbank defacto-Medienbeobachtung. Insgesamt

ist hier demnach von einer eher positiven Entwicklung für die journalistische Qualitätssicherung durch professionelle Reflexion zu sprechen.

Mit verschiedenen Instrumenten der Qualitätssicherung versucht auch der ORF, unternehmensintern Standards zu sichern. Seit vielen Jahren erscheint ein "Public Value-Bericht" und gibt es einen Public Value-Beauftragten. Der ORF hat den "Mehrwert" von journalistischer Qualität in der Konkurrenz mit den privaten Mitbewerbern erkannt, auch wenn es zahlreiche kritische Argumente – besonders bezüglich der Programmgestaltung von ORF 1 – und gegenläufige Entwicklungen wie die Sparmaßnahmen im Personalsektor gibt, die dies in Frage stellen.

Seifenblase Pressefreiheit? Überwachungsstaat?

Wenig in Erscheinung traten dagegen die früher einflussreichen *Medien-Sozialpartner* Herausgeberverband und Journalistengewerkschaft – was schon vor einigen Jahren begonnen hat und sich unter Türkis-Blau noch verstärkte.

Eine bemerkenswerte Ausnahme war die Kampagne der HerausgeberInnen im Frühjahr gegen die massiven Angriffe auf die *Pressefreiheit* und eine Gefährdung der Demokratie, die auch von zahlreichen prominenten Journalisten und Journalistinnen mitgetragen wurde. Die Devise lautete "Gegen ein medienpolitisches Orbanistan" (Hans Rauscher in *Der Standard* vom 20.3. 2019). Dies dürfte nicht zuletzt dem ORF zu einer Atempause verholfen haben.

Immerhin ist Österreich in der Rangliste von "Reporter ohne Grenzen" in der Bewertung der Medienfreiheit vom guten 11. auf den 16. Rang und damit in Richtung autoritärer Regime abgerutscht und hatten auch die EU und das nicht nur deutschsprachige Ausland die türkis-blaue Medienpolitik kritisch zu beobachten begonnen (Möhring 2019). In einer Umfrage von "Market-agent.com und Ecker & Partner" im Juli des Jahres sahen – knapp nach "Ibiza" – jedenfalls 45 Prozent der österreichischen JournalistInnen die Pressefreiheit in Gefahr. (In Deutschland waren es 35, in der Schweiz 16 Prozent.) Jeder zweite Journalist, jede zweite Journalistin gab an, im letzten Halbjahr von einer externen oder internen Intervention betroffen worden zu sein. (SN 17. Juli 2019, 19) Nur knapp ein Drittel ist der Meinung, frei von Interventionen arbeiten zu können. Helmut Brandstätter sprach in diesem

Zusammenhang von der Angst, die viele Journalisten und Journalistinnen haben und von der Kampagne gegen ihn persönlich (Brandstätter 2019, 198). Es ging dabei nicht zuletzt darum, die Tageszeitung *Kurier* auf "Linie zu bringen". Dies hatte mit einiger Sicherheit einen disziplinierenden Einfluss auch auf den Qualitätsjournalismus.

Vergleichsweise positiv erscheinen dagegen die Ergebnisse einer Umfrage im Auftrag des ORF-Publikumsrates (Kurier 15. März 2019, 27). Das Vertrauen in den ORF und die Medien insgesamt ist demnach mit 79 Prozent – "vertraue sehr bzw. ziemlich" – auch im internationalen Vergleich relativ hoch. Ungeachtet vieler Unkenrufe vor allem von rechter Seite ist noch immer von einer relativ hohen Zustimmung zum ORF, zu Medien und JournalistInnen auszugehen.

Weniger politische und mediale Aufmerksamkeit haben dagegen die Themen Überwachung, Privatheit, Datenschutz gefunden. Auch diese Rahmenbedingungen – Sicherheits- oder Überwachungsstaat – haben direkt oder indirekt erhebliche Auswirkungen auf publizistische Qualität.

Akteure

Die großen "Player" am heimischen Medienmarkt haben sich in den vergangenen Jahren insgesamt eher wenig bewegt, allerdings sind mit dem Einstieg des Tiroler Signa-Milliardärs Rene Benko in den Zeitungs- und Zeitschriftenverlagsriesen *Mediaprint*, die eine unruhige Zeit hinter sich hat, sowie dem zunehmenden publizistischen Engagement eines weiteren Austro-Milliardärs, Dietrich Mateschitz, neue potente Akteure quasi von "außen" in Erscheinung getreten

Was diese Veränderungen in Hinblick auf die Sicherung von Qualitätsjournalismus bedeuten, darüber kann zur Zeit nur spekuliert werden. Mateschitz's *Servus TV* etwa ist ein Bemühen um Programmqualität nicht abzusprechen, ob jedoch Benko in die Rolle eines Jeff Bezos – "Retter" der *Washington Post* – schlüpfen wird, kann bezweifelt werden.

Zu erwarten ist, dass neben politischen Parteien auch andere Wirtschafts-Unternehmen versuchen werden, sich in der Medien-Branche zu engagieren.

Offen ist auch die Zukunft der "Gratis-Medi-

en". Die Gratis-Tageszeitung Heute weist etwa in Wien eine größere Reichweite als die Jahrzehnte den Rang der auflagenstärksten Tageszeitung innehabenden Neue Kronen Zeitung auf und insgesamt dürften die Gratisblätter und die weitgehende Gratis-Kultur im Netz dem Qualitätsjournalismus enorm geschadet haben, da sich kein adäquates Bewusstsein entwickeln konnte, dass journalistische Leistungen etwas kosten müssen.

In einer nicht repräsentativen der Standard. atl Etat-Umfrage (Mai 2019) unter heimischen Medienmacher Innen zur Zukunft der Branche – "wie geht es die nächsten 20 Jahre weiter? – wurde gefragt, was sofort zu ändern wäre. Eine neue Medienförderung – auch für digitale Angebote – wurde hier ebenso an erster Stelle genannt wie ein anderer Umgang mit den öffentlichen Werbemillionen. Die Bedeutung eines öffentlich-rechtlichen Rundfunks sollte außer Streit gestellt sein, auch wenn vieles beim ORF zu reformieren wäre.

Unterhaltung würde schon mittelfristig weitgehend von den großen massenmedialen Unterhaltungskonzernen wie *Sky* und Streaminganbietern wie *Netflix* und *Amazon prime* bestritten, was auch die Zukunft des ORF-Fernsehens betrifft. Die Zukunft des herkömmlichen Zeitungs-Geschäftsmodells sei unsicher, allerdings würde auch in Zukunft ein nach professionellen Kriterien produzierter journalistischer *Content* nachgefragt sein. Optimistisches Zitat:

"Medien, die sich ihren LeserInnen verpflichtet fühlen und in der Tiefe qualitativen Journalismus bringen, werden gewinnen."
(Fidler 2019, 20)

Bildung für alle?

Was gleichfalls vor vielen Jahren begonnen hat, ist die Ausweitung des Angebots im Bereich der Journalistenaus- und Weiterbildung. Neben dem Journalisten-Kolleg der "Österreichischen Medienakademie" ("Wir machen guten Journalismus besser") und dem Angebot auf Fachhochschul-Niveau sowie der drei Universitätsinstitute für Publizistik und Kommunikationswissenschaft in Wien, Salzburg und Klagenfurt gibt es nach wie vor eine Reihe von speziellen Weiterbildungs-Seminaren mit mehr oder weniger qualitätsvollen Inhalten. Diesem Trend zur besseren Aus- und Weiterbildung stehen jedoch in der Praxis die oftmals prekären Arbeitsverhältnisse für den

JournalistInnennachwuchs in vielen Redaktionen und Medienunternehmen entgegen.

Wenn man allerdings davon aus geht – wie Bernhard Poerksen mit seiner Forderung "Wir müssen alle Journalisten sein" (Poerksen 2018) – , dass journalistische Kompetenzen zum allgemeinen Bildungsstandard für "UserInnen" im 21. Jahrhundert zählen sollten, kann man sich nicht genug Angebote dafür – am besten als Medienkunde in den Schulen -wünschen.

Fazit: widersprüchliche, eher negative Aussichten für den Qualitätsjournalismus

Die von der Kommunikations- und speziell der Journalistikwissenschaft, aber auch von Journalisten-Organisationen seit den neunziger Jahren geführte Diskussion über Qualität im Journalismus (etwa Bucher & Altmeppen 2003; Arnold 2016; Neuberger & Quandt 2018) hat in Österreich insofern zu einem *Transfer*-Effekt in die Medienpraxis geführt, dass "Qualität" als Argument für Preiserhöhungen, für Werbe-Aussagen und als Abgrenzungs- beziehungsweise Alleinstellungsmerkmal (wie beim ORF) verwendet wird.

Selbst Boulevardzeitungen versuchen inzwischen sich Qualität – etwa durch Beiträge anerkannter ExpertInnen – zu sichern. Eine darüber hinaus und tiefer gehende Diskussion lässt sich jedoch lediglich in den Public Value-Berichten des ORF und bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen etwa im österreichischen Presseclub *Concordia* oder bei den von den Branchenblättern *Horizont* und *bestseller* veranstalteten "Medien-Tagen" erkennen.

Es ist auch nicht klar, ob Qualitätsstandards alter Medien einfach auf das Netz übertragen werden können.

Der kürzliche Versuch des Chefredakteurs der Tageszeitung *Salzburger Nachrichten* Manfred Perterer, die Qualität der Wahlberichterstattung an konkreten Kriterien deutlich zu machen, stellt eine Ausnahme dar:

"Es gibt einige Kriterien, anhand derer man gute Zeitungen von anderen unterscheiden kann. Wir von den SN beherzigen folgende Regeln ganz besonders:

Wir agieren unabhängig, politisch wie wirtschaftlich, mutig, konstruktiv und verantwortungsbewusst.

Wir liefern eine hohe journalistische Eigenleistung, keinen Abschreib-Journalismus.

Wir betreiben faire Recherche – Check, Re-Check, Double-Check.

Wir unterscheiden zwischen Bericht und Kommentar und zeichnen diese klar aus.

Wir sorgen für eine klar erkennbare Trennung zwischen redaktionellen und kommerziellen Inhalten.

Wir betreiben keinen Kampagnenjournalismus [...]

Wir pflegen die lückenlose Quellenangabe [...] Wir betrachten auch die Kehrseite der Medaille. Es gilt das Gebot: Audiatur et altera pars. Höre auch die andere Seite [...]

Wir blicken über den Salzburger und über den österreichischen Tellerrand hinaus [...]

Als Richtschnur für unsere Arbeit dienen Blattlinie und Ehrenkodex der österreichischen Presse [...]

Unsere Sprache soll verständlich und vor allem richtig sein.

Wir setzen auf journalistische Aus- und Fortbildungsmaßnahmen."

(Perterer 2019)

Nicht zuletzt sollte hier auch auf die Bedeutung der Stellungnahmen von engagierten Vertretern und Vertreterinnen der Journalistik- und Kommunikationswissenschaft – als "öffentliche Intellektuelle", "concerned scientists" (Fritz Hausjell) – hin gewiesen werden.

Fazit

Die hier nur exemplarisch gestreiften, vor allem externen Einflussfaktoren auf die Sicherung und

Ausübung journalistischer Qualität erscheinen in ihren Auswirkungen zum einen unzureichend, zum anderen widersprüchlich. Im Vergleich zum Berichtszeitraum der ersten Journalismus-Berichte vor rund 20 Jahren – damals auch kurz vor einer schwarz-blauen Regierung - sind die wirtschaftlichen und vor allem die politischen Rahmenbedingungen deutlich schlechter geworden und hat sich vor allem die technische Entwicklung enorm beschleunigt. Wie schon so oft in der Geschichte befindet sich "der" Journalismus wieder einmal in einer Krise, nicht nur hierzulande, sondern weltweit gesehen. Der politische Druck und die Zunahme autoritärer Regime sind die eine Seite. Die massive Ausweitung und Vermehrung von Unterhaltungs-, Informations- und Interaktionsangeboten durch die neuen sozialen Medien haben andererseits Erwartungen geweckt, die nur zum Teil eingelöst werden konnten. Die "alten" Medien sind einerseits weltweit gefährdet, andererseits sind unzählige neue Medien entstanden. Wenn jeder und jede in der Gesellschaft "mitreden" kann, stellt sich die Frage nach der Bedeutung journalistischer Berufsrollen im Vergleich zu anderen Rollen eines partizipativen Journalismus ganz neu.

Viele neue Fragestellungen haben sich inzwischen – im Vergleich zu den neunziger Jahren – ergeben, alte Probleme wie Propaganda und Manipulation sind nach wie vor aktuell. Es gilt daher, publizistische Leistungen und Maßstäbe für Qualität immer wieder neu und kritisch zu diskutieren.

Bibliographie

Abteilung für Journalistik und Angewandte Kommunikationswissenschaft (Hg.) (1997-2004). Bericht zur Lage des Journalismus in Österreich. Ein Qualitäts-Monitoring. Salzburg.

Arnold K. (2016). Qualität des Journalismus. In: Löffelholz M. & Rothenberger C. (Hg.), *Handbuch Journalismustheorien*. Institut für Kommunikationswissenschaft der Universität Salzburg. Wiesbaden, S. 551-563.

Brandstätter H. (2019). Kurz & Kickl. Ihr Spiel mit Macht und Angst. Wien.

Brandstätter H. (12.5.2019). Medien ohne Angst. In: Kurier, S. 10.

Bucher, H. & Altmeppen, K. (2003). Qualität im Journalismus. Wiesbaden.

Fabris H. & Hausjell F. (Hg.) (1991). Die vierte Macht. Zu Geschichte und Kultur des Journalismus in Österreich seit 1945. Wien.

Fabris H. & Rest F. (Hg.) (2001). Qualität als Gewinn. Salzburger Beiträge zur Qualitätsforschung im Journalismus. Innsbruck, Wien, München, Bozen.

Fidler H. (17.5.2019). Wie Medien ihre Zukunft sehen. In: Der Standard, S. 19.

Lendvai, P. (2019). Die verspielte Welt. Wien.

Möhring, R. (3.5.2019). Ernsthafte Warnrufe. In: Der Standard, S. 31.

Linsinger, E. (2019). Good News. In: Profil 13, S. 13.

Oberbucher, N. (15.3.2019). Und wie hältst du es mit dem ORF? In: Kurier, S. 27.

Neuberger C. & Quandt T. (2018). Internet-Journalismus. Vom traditionellen Gatekeeping zum partizipativen Journalismus. Wiesbaden.

Perterer, M. (17.8.2019). Nationalratswahl 2019. Woran man Qualität in der Berichterstattung erkennen kann. In: *Salzburger Nachrichten*, S. 1.

Poerksen, B. (2018). Wir müssen alle Journalisten sein. In: Die Zeit, S. 8.

Talos, E. (Hg.) (2019). Die schwarz-blaue Wende in Österreich. Eine Bilanz. Wien.

Hans Heinz FABRIS,

o.Univ.Prof. i.R., hat sich 1979 am Salzburger Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft habilitiert, wurde 1982 außerordentlicher und 1987 ordentlicher Professor für "Angewandte Kommunikationswissenschaft". Mitbegründer von *Medien Journal, Österreichisches Jahrbuch für Kommunikationswissenschaft*, Österreichische Gesellschaft für Kommunikationsfragen (ÖGK), Österreichische Gesellschaft für Publizistik und Kommunikationswissenschaft (ÖGPuK), *Bericht zur Lage des Journalismus in Österreich* u.v.a. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen und Forschungsprojekte, universitäre wie außeruniversitäre Funktionen und Tätigkeiten. Forschungsschwerpunkte u.a. Journalismusforschung, Medien- und Kommunikationspolitik, Medienkultur, österreichisches Mediensystem.

Kommunikationsgeschichte und ihre Relevanz für die Gegenwart

"Journalismus' kann es per definitionem nur in demokratischen Gesellschaften geben. So ist Journalismusgeschichte auch immer Demokratiegeschichte – und umgekehrt. Friedrich Schiller abgewandelt: Der Journalismus ist eine Tochter der Freiheit."

"Beobachtung ist eine universelle, allgemein menschliche Erfahrungsform. Seit dem 19. Jahrhundert – mit Vorformen im 18. Jahrhundert – entwickelt sich Beobachtung als wissenschaftliche Methode. Mit dem 17. Jahrhundert beginnt die journalistische Entdeckung der Fakten, deren Schlüsselmethode ebenfalls die Beobachtung ist."

Aus: "Wolfgang R. Langenbucher. Treatment einer Theorie "Journalismus und Gesellschaft" – jenseits des seit Jahrzehnten anhaltenden Mainstreams der "Journalismusforschung"

Propaganda für die Volksabstimmung am 10. April 1938

Wolfgang Duchkowitsch Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Universität Wien

Abstract

Der Beitrag gewährt erstmals einen summarischen Einblick in Strategien und raffinierte Taktiken der NS-Propaganda nach dem "Anschluss", um einen grandios zu feiernden bzw. sicher zu stellenden Erfolg der Volksabstimmung erzielen zu können. Die Basis für diesen Einblick stellen zum Einem die dokumentierten Bürckel-Akten und zum Anderem Berichte und Kommentare in der österreichischen Presse dar, die gemäß ANNO direkt konsultiert werden kann. Herausgearbeitet wird hierbei u.a. der sorgsam zu treffende Unterschied zwischen der JA-Erklärung seitens der katholischen Kirche, angeführt vom Kardinal Innitzer, und dem JA-Aufruf des ehemaligen Staatskanzlers Renner.

Die Volksabstimmung stellte kraft der Gestaltung des Stimmzettels das finale Symbol des "Anschlusses" Österreichs an das Deutsche Reich dar. Der Stimmzettel enthielt zwei Fragen:

"Bist Du mit der am 13. März 1938 vollzogenen Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich einverstanden und stimmst Du für die Liste unseres Führers Adolf Hitler?"

Die erste Frage zielte auf eine Genehmigung der bereits vollzogenen "Wiedervereinigung". Sie setzte auf die Kraft des Faktischen. "Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich" war fett gedruckt. Aufgrund der Verkoppelung beider Fragen auf nur eine Antwort - ja oder nein - trat die zweite Frage in den Hintergrund. Der Ja-Kreis auf dem Stimmzettel wies den doppelten Durchmesser des Nein-Kreises auf. Ein "suggestiver" Kniff. Der Name Adolf Hitler in größerer Schrift als der Fragetext gedruckt stand zentral über dem Ja-Kreis. In zweifacher Weise manifestierte sich darin die stimulierende Intention. Mit der Abbildung des angekreuzten Ja-Kreises in Tageszeitungen, verbunden mit der Order "In diesen größeren Kreis gehört Dein Kreuz!", ident vermittelt auch in der Ostmark-Wochenschau, suchte die Propaganda, die mit vertraulicher Anrede titulierten Volksgenossen und Volksgenossinnen in den Wochen und Tagen vor dem 10. April auf nationale Pflicht erfüllendes Stimmverhalten einzustimmen.

Die Vorbereitung der Volksabstimmung verlief auf mehreren Ebenen sowie in mehreren Bahnen. Unmittelbar nach dem "Anschluss" wurden drei Wiener Blätter vom Markt entfernt, die sich vor der "Wiedervereinigung" entschieden gegen "Hitlerdeutschland" exponiert hatten. Entgegen dem Drängen vom Max Amann, Präsident der Reichspressekammer, weitere Zeitungen einzustellen, ordnete Gauleiter Josef Bürckel an, es habe "das äußere Bild des österreichischen Zeitungswesens bis zur Wahl möglichst unverändert" zu bleiben (Hausjell 1993, 13ff). Ihm, von Hitler beauftragt, die Volksabstimmung organisatorisch und propagandistisch vorzubereiten, lag daran, im Sinne einer wirkungsvollen Propaganda den Anschein einer Pressevielfalt zu wahren. Die weiteren Maßnahmen bezogen sich darauf, die Presse in Österreich totalitär zu lenken, gemäß dem Muster im "Altreich" gleich zu schalten (Hausjell 1993, 19ff). Am 16. März bestimmte Bürckel in einer streng vertraulichen Anordnung: 1. Die Pressestelle des Reichstatthalters und der Landesregierung in Österreich wird während der Vorbereitung und Durchführung der Volksabstimmung mit meinem Presseamt vereinigt, mit dessen Leitung Parteigenosse Helmut Sündermann beauftragt wird. 2. Die Betreuung der österreichischen Presse erfolgt ausschließlich durch mein Presseamt. Das gleiche gilt für die übrige deutsche Presse und die deutschen Nachrichtenbüros, soweit es sich um die Behandlung österreichischer Fragen handelt. 3. Personelle Änderungen in der österreichischen Presse bedürfen meiner Zustimmung (DÖW 1938, 495). Am 20. März teilte Gauleiter Bürckel allen Gauleitungen "nachdrücklich" mit, dass "wichtige Veröffentlichungen in Presse und Rundfunk zuvor seiner Zustimmung bzw. seiner Dienststelle bedürfen". Rückblickend auf die vom Bundeskanzler Kurt Schuschnigg für den 13. März angekündigt gewesene Volksbefragung über die Unabhängigkeit Österreichs betonte er, es sei

"undenkbar, daß Presseartikel über den beabsichtigten Wahlbetrug der sogenannten Vaterländischen Front erscheinen, ohne daß ich zuvor bestimmt habe, wie diese Meldungen auszunutzen sind." (Ebda.)

Worin der beabsichtigte Wahlbetrug bestanden habe, gaben das *Salzburger Volksblatt* (6) und das *Vorarlberger Tagblatt* (2) schon tags darauf bekannt: Man habe bei einer Durchsuchung der Geschäftsstelle der Vaterländischen Front "ganze Sätze von Flugblättern" entdeckt,

"die nach der Schuschnigg-Volksbefragung am 13. März verteilt werden sollten und die mit 97 Prozent für Schuschnigg das Ergebnis im Sinne der "Vaterländischen Front" vorweggenommen hatten".

Am 24. März eröffnete Bürckel im Wiener Konzerthaus den "Auftakt des Wahlkampfs im deutschen Österreich" mit einer langen Rede. Sie wurde von Lautsprechern übertragen, extra installiert in der Umgebung des Konzerthauses. Die Kronen-Zeitung brachte tags darauf auf der Titelseite eine Tuschzeichnung, die Männer und Frauen, alte und junge, zusammengestellt aus allen Bevölkerungskreisen, unter einem Lautsprecher neugierig versammelt zeigte. Der Satz dazu verkündete: "... und alle hören zu!" Leitsprüche aus der Rede Bürckels, wie "Es herrscht nicht mehr das Geld, sondern das Volk", "Auch Österreich wird am deutschen Aufstieg teilnehmen können" und "Glaubt ihr Arbeiter: Wer Adolf Hitler einmal gehört hat, kommt nie wieder von ihm los", garnierten die Berichterstattung von seinem Auftritt in sämtlichen österreichischen Zeitungen, überregional wie regional. Wiener Blätter machten in Reports auf Arbeiter aufmerksam, die vor den Lautsprechern ausgeharrt hatten, um die Rede von Bürckel hören zu können: Manche unter ihnen mit "zerschlissenen Kleidern und verhärmten Gesicht", "unglückliche Opfer jahrzehntelanger Verhetzung und Vergiftung". Nun aber wachse auch den Arbeitern Mut und Glaube an Deutschland. (z.B. Salzburger Volksblatt, 25. März, 2). Dieses Attest fügte sich nahtlos in die Zielsetzung der Propaganda ein, die "Schaffenden der Faust" für die "Ja-Stimme" bei der Volksabstimmung zu gewinnen, an die Zusicherung von Goebbels geknüpft, es werde in Österreich jeder Arbeiter in absehbarer Zeit wieder in Lohn und Brot stehen. Österreich werde an dem "gewaltigen Aufstieg der deutschen Wirtschaft und an ihren Erfolgen teilhaben", (Freie Stimmen, 24, März, 2) hatte der Propagandaminister am Tag davor im Berliner Sportpalast beim Start des "Abstimmungskampfes für die große Volksentscheidung" versprochen. Von selbst ergab sich, dass Goebbels in dieser Rede, übertragen von allen deutschen und österreichischen Radiosendern und in der Presse gewürdigt, auf die "innere Brüchigkeit des österreichischen Wirtschaftslebens" unter der Regierung Schuschnigg einging (z.B. Neues Wiener Tagblatt, 24. März, 2).

Schuschnigg und seine Regierung anzuprangern, gehörte in österreichischen Blättern zu den indirekten Vorkehrungen der Volksabstimmung. Er sei ein "schwarzes Blatt in der Geschichte Österreichs", notierte das Salzburger Volksblatt am 21. März (7) in Anbetracht einer nach ihm benannten, gegen den General Franco eingesetzten Brigade in "Rotspanien". Die Steirische Alpenpost rechnete am 8. April (4) unter der Überschrift "Sumpfblüten" im Stil des Hetzblattes Der Stürmer mit dem ehemaligen "verfaulten Regierungssystem" und dem "verpesteten Boden" ab, "in dem sich alle Schmarotzer und Parasiten, alles Ungeziefer üppig entwickeln konnte." Geschmäht wurde der mit den Worten "Gott schütze Österreich" am 11. März zurückgetretene Bundeskanzler folgendermaßen: In ihm sei das

"aalglatte, jesuitische erzogene und diplomatisch gebildete Österreichertum slawischer Abstammung und streng päpstlicher Gesinnung zur öffentlichen Wirksamkeit"

gekommen.

Mächtige Unterstützung gewann der Propagandaapparat, nachdem die Erzbischöfe und

Bischöfe Österreichs, darunter Kardinal Theodor Innitzer, am 18. März beschlossen hatten, am 10. April ihre nationale Pflicht als Deutsche zum Deutsche Reich zu bekennen und von allen gläubigen Christen zu erwarten, sie werden wissen, "was sie ihrem Volke schuldig sind". Die Erklärung des Episkopats wurde am 27. März, an einem Sonntag, in allen Kirchen Österreichs feierlich verlesen. Die Presse durfte jubeln:

"Mit Freude und aufrichtiger Genugtuung nimmt das ganze deutsche Volk von dieser Erklärung Kenntnis. Sie ist geeignet, einen Schlußstrich hinter die Vergangenheit zu ziehen. Sie beweist. daß in dieser für das ganze deutsche Volk und seine Zukunft so ereignisreichen Zeit auch die katholische Kirche den Weg zum neuen Staat finden wird."

(z.B.: Salzburger Volksblatt, 28. März, 6)

Bürckel ließ die Erklärung des Episkopats in millionenfacher Auflage drucken und "als wirksamen Propagandaschlager in die Wahlschlacht werfen" (Schausberger, 48).

Großen Aufwind empfing die Propaganda zusätzlich, nachdem es am 2. April einem Funktionär gelungen war, vom ehemaligen Staatskanzler Karl Renner am Ende eines taktisch geschickt inszenierten Interviews folgende Zusage zu erhalten, die nur in der Kronen-Zeitung (6), Kleinen Volks-Zeitung (4) sowie im Neuen Wiener Tagblatt (3) veröffentlicht wurde. In allen drei Blättern wurde der Leserschaft am 3. April gleichlautend vorgegaukelt, dass

"einer unserer Mitarbeiter gestern Gelegenheit hatte, den gewesenen Staatskanzler Dr. Karl Renner zur bevorstehenden Volksbefragung zu befragen."

Das Zitat von Renner lautete:

"Als Sozialdemokrat und somit als Verfechter des Selbstbestimmungsrechts der Nationen, als erster Kanzler der Republik Deutschösterreichs und als gewesener Präsident ihrer Friedensverhandlungen zu St. Germain werde ich mit Ja stimmen.

Ähnlich argumentierte Renner in einem Beitrag in World Review, Mai 1938 (Wodak, 229-235).

Symptomatisch für die Abstimmungspropagan-

da war die Betörung der Gefühlsebene. So sprach die Welser Zeitung am 8. April mit der Meldungsüberschrift "Innitzer gegen Brunnenvergifter" tief verwurzelten Antisemitismus in ländlichen wie urbanen Kreisen an. Die Überschrift bezog sich auf einen Brief des Kardinals an den Gauleiter Bürckel. In diesem auszugsweise zitierten Brief wandte er sich gegen die Behauptung des Berliner Vertreters der Nachrichtenagentur Havas, die Proklamation der österreichischen Bischöfe, am 10. April ihre "nationale Pflicht" zu erfüllen, stehe im Zusammenhang mit dem Besuch des päpstlichen Nuntius in Berlin. An den Schluss der Meldung setzte die Zeitung den Satz des Kardinals: "Ich halte es unter meiner Würde, in einer so wichtigen geschichtlichen Situation Gesten zu machen" (7).

Das "allein der Stimme unseres gemeinsamen deutschen Blutes entspringende" Bekenntnis von Innitzer an der Seite, begleitet vom "Bekenntnis zum Antisemitismus" in katholischen Zeitschriften – als mittelbare Vorbereitung der Volksabstimmung genutzt – entwickelte die Propaganda kraft zentraler Koordination und Lenkung der Presse generalstabsmäßig nuanciert aufbereitete Themen. Die Attraktivität des "Aufbaus" in Deutschland sowie die Versicherung, ihn in Österreich fortzusetzen, standen im Vordergrund, demonstriert in Beiträgen über die in einem Eisenbahnzug präsentierte Ausstellung "Fahrt der deutschen Technik nach Österreich".

Wie weit die Propaganda in das Alltagsleben eindrang, zeigt sich darin, dass je eine Million Zündholzschachteln mit dem Etikett "Ein Volk - ein Reich - ein Führer" (auf schwarz-weißrotem Grund) und "Hier Dein Ja" (Ausschnitt des Abstimmungsscheines) von der größten Zündholzfabrik in Österreich "Solo" versehen wurden. Die Firma hatte sich nach entsprechenden Verhandlungen bereit erklärt, diese Etiketten kostenlos herzustellen und auf den Zündholzschachteln anzubringen (DÖW 1938, 501). Die Verschleißstellen, Trafiken und kleine Handelsgeschäfte wurden strikt angewiesen, bis zum 11. April nur Schachteln mit solchen Etiketten auszugeben. Ein anderes Spezifikum der Propaganda für die Volksabstimmung bestand darin, Lohn den "alten Kämpfern" während der Verbotszeit der NSDAP in Österreich zuzusichern (Völkischer Beobachter, 30. März 1938, 4). Dem Gauleiter und Landeshauptmann von Oberösterreich, August Eigruber, war es vorbehalten, in diesem Zusammenhang folgendes in einer Rede von sich zu geben:

"Wir Oberösterreicher erhalten eben noch eine andere bedeutende Auszeichnung für unsere Leistungen während der Kampfzeit. Nach Österreich kommt das Konzentrationslager für die Volksverräter von ganz Österreich"

(Völkischer Beobachter, 29. März 1938, 6)

"Tosender Jubel verschlingt fast diese Ankündigung, so daß der Gauleiter kaum in seiner Rede fortfahren kann."
(Ebda.)

Die Ostmark-Wochenschau begleitete die Stimmungsmaschinerie mit Aufnahmen von Jubelveranstaltungen in Graz, Salzburg und Wien. In der Übertragung aus Salzburg lud ein Kamerablick auf Mozarts Geburtshaus sowie auf die Feste Hohensalzburg ein, Wohlgefühl im Kinosaal angesichts von Symbolen österreichischer Kultur zu empfinden. Visualisiert wurde damit die Zusage, kulturelles Erbe der "Ostmark" hoch zu halten, es nicht seiner Anhimmlung zu berauben. Und als die Wochenschau schwungvoll gestaltete Ausschnitte vom Eintreffen vieler "Auslandsdeutscher" zur Volksabstimmung servierte - sie reisten per Schiff auf der Donau an -, klang der "Donauwalzer" auf. Welch schöner musikalischer Mantel doch!

Im Verlauf der ersten Aprilwoche steuert die Propaganda für die Volksabstimmung ihrem Höhepunkt zu. Bürckel ruft am 8. April allen Deutschösterreichern zu:

"Ihr habt alle aktiv in den Wahlkampf einzugreifen. Jeder sucht sich den 'zweiten Mann'. Den bringt er mit zur Wahlurne, keiner kommt allein. Vergeßt mir vor allem jene nicht, die in unseren armen Stadtvierteln und in den Dachstuben wohnen. Sie sind genauso wertvoll wie alle anderen."
(DÖW 1938, 519)

Posaunisten und Trompeter der Propaganda rücken am 9. April vor, am "Großdeutschlands Tag", an dem Wien in Anwesenheit des Führers "zum letzten Appell im Wahlkampf" antritt, so das *Neue Wiener Journal* in einer Schlagzeile (1). In Hitler, "in diesem Einmaligen des Jahrhunderts", rühmt ihn die *Kronen-Zeitung*,

"hat sich die Kraft und Größe unseres ganzen Volkes gleichsam vereinigt, ihn erwählte Gott: der Welt zu zeigen, was in unserem Volke am edelsten Vermögen schlummert." (2)

Am 10. April schwört die ebenfalls gelenkte Wiener Zeitung ihre Leserschaft auf das getrommelte "Ja!" ein: "Wer heute zur Abstimmung schreitet, der tut einen verantwortungsvollen Gang. Er unterschreibt ein heiliges Testament" (1).

Das tonale Gerüst des totalitär dirigierten Propagandaorchesters auf dem Boden der Presse bildeten Fanfarenstöße, wie "Opferbereitschaft für die heiligsten Ideale unserer Nation", "vor dem Herrgott die Knie beugen und ihm danken", "das Haupt beugen vor der Erscheinung des Führers", "zuteil gewordene Gnade der Vorsehung", "Weihestunde" und "Flügelschlag gewaltigen Schicksals". Allesamt leiteten sie die Volksabstimmung ritualistisch, zeremoniell ein.

Das Ergebnis der Volksabstimmung verkündigte der Reichsstatthalter Arthur Seyß-Inquart am 11. April im Wiener Konzerthaus: 99,75 Prozent.

Die *Neue Freie Presse*, einst das Paradeblatt der bürgerlichen Welt, erging sich am 11. April im Triumph:

"Wer wollte nach diesem Ergebnis, das die Herzen aller Deutschen bis an den Rand der Ehrfurcht und Dankbarkeit gegen den 'großen Meldegänger des Schöpfers', Adolf Hitler, füllt, wer wollte da noch übersehen, daß das 'Gesetz des Schöpfers' in seinem Vollzuge unerbittlich ist." (1)

Bedacht darauf, die Arbeiterschaft weiterhin bei Laune bleiben zu lassen, ließ *Das kleine Blatt* am 12. April den Portier in den Favoritner Eisenwerken das Abstimmungsergebnis folgendermaßen spöttelnd im traditionellen Wiener Dialekt glossieren: "Die paar Tramhapperten san leicht zum zähl'n, denn dö zähl'n überthaupt net..." (3). Für den *Pester Lloyd*, das größte deutschsprachige Blatt in Ungarn, das in seinen Feuilletons das Geistesleben im nationalsozialistischen Deutschland unentwegt kritisiert hatte, kam das Ergebnis gar nicht überraschend. Er schrieb am 11. April 1938 auf seiner Titelseite:

"Man konnte schon vor der Abstimmung genau wissen, daß durch volkstümliche Maßnahmen, wirkungsvolle Propagandamethoden und vor allem durch die Macht der unwiderstehlichen Tatsachen die im Bewußtsein des deutschösterreichischen Volkes seit jeher vorhandenen Kräfte, die zur Vereinigung mit dem Reich drängten, mit tausendfacher Kraft aktiviert und die gegen die Vereinigung wirkenden Kräfte zur vollkommenen Ohnmacht verurteilt waren."

Am 30. Mai erhielt Kardinal Innitzer einen Gesprächstermin beim Gauleiter Bürckel. Der Kardinal hatte zuvor in einem Brief an ihn beklagt, dass der Staat die kirchlichen Belange nicht

schütze, obwohl die Katholiken das Ihre bei der Volksabstimmung getan hatten. Bei der Zwiesprache betonte er vor allem, es seien die Katholiken durch ihr Gewissen bedrängt gewesen. Sie hätten sich nur durch die Geistlichen aufklären lassen, mit Ja zu stimmen. Bürckel antwortete laut Protokoll lakonisch: "Selbst wenn die Kirche dagegen gewesen wäre, hätten wir doch 60% bekommen." Damit war das Gespräch zu Ende. Es dauerte nur eine Viertelstunde: von 11.45 bis 12.00 (Archiv der Erzdiözese Wien, Kopie: Privatarchiv W. Duchkowitsch).

Bibliographie

Archiv der Erzdiözese Wien, Protokoll der Unterredung Bürckel und Innitzer, Kopie, Privatarchiv Duchkowitsch, W.

Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (1988) (Hg.). "Anschluß" 1938. Eine Dokumentation. Wien.

Hausjell, F. (1993). Journalisten für das Reich. Der "Reichsverband der deutschen Presse" in Österreich 1938-46. Wien.

Schausberger, N. (1988). Zur Vorgeschichte der Annexion Österreichs. In: Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes (Hg.), "Anschluß" 1938. Eine Dokumentation. Wien. S. 1-50. Wodak, W. (1976). Diplomatie zwischen Ost und West. Graz.

Gesichtete Zeitungstitel

Steirische Alpenpost, Völkischer Beobachter, Kronen-Zeitung, Pester Lloyd, Freie Stimmen, Neues Wiener Tagblatt, Salzburger Volksblatt, Welser Zeitung, Wiener Zeitung

Wolfgang DUCHKOWITSCH,

Univ. Prof., Medien- und Kommunikationshistoriker am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien seit 1979, Gründungsmitglied von medien & zeit, Mithrsg. der Buchreihe kommunikation.zeit.raum und Öffentlichkeit und Geschichte sowie von 16 Buchpublikationen, rund 70 Aufsätze in in- und ausländischen Zeitschriften.

Am Rande, daneben und dazwischen – die Stimmen der Anderen

Ethnische Minderheiten und die Medien in Österreich

Gaby Falböck, Universität Wien und Fachhochschule St. Pölten, & Christian Schwarzenegger, Universität Augsburg

Abstract

Medien von und für Minderheiten sind im kommunikationswissenschaftlichen Diskurs der letzten Jahre von einem Nischenthema zu einem, breitere Wahrnehmung und Akzeptanz erlangenden Feld der Forschung generiert. Dieser Wandel rührt auch von der steigenden Zahl der Ethnomedien her, die in Folge der Veränderung der europäischen Gesellschaft hin zu einer Einwanderungsgesellschaft entstanden. Der Beitrag intendiert die Wirkkräfte und prägenden Dynamiken des mittlerweile vielfältigen Marktes der Ethnomedien zu fassen. Ausgehend vom Zerfall der Monarchie bzw. des Vielvölkerstaates Österreich und der damit einhergehenden Entstehung von nationalstaatlichem Denken werden die Entwicklungsschritte der Ethnomedien in der Langzeitperspektive dargelegt. Dies erfolgt vor dem Hintergrund der Migrationsbewegung in bzw. aus Österreich und anhand exemplarischer Darstellungen.

Publizistische Medien produziert von ethnischen Minderheiten oder MigrantInnen in und auch aus Österreich verfügen über eine lange Tradition in der österreichischen Mediengeschichte.¹ Wenngleich diese Medien sehr lange existieren, blieb deren Rezeption in der Regel auf kleine, eng begrenzte Publika beschränkt. Ihre Sichtbarkeit kann man daher als durchaus eingeschränkt bezeichnen.

Während die kommunikationswissenschaftliche Forschung zu solchen medialen Plattformen vor allem in Einwanderungsländern wie den USA, aber auch im benachbarten Deutschland auf eine seit den 70er- und 80er-Jahren währende Geschichte zurückblicken kann, setzte die Forschung zu Exilmedien in Österreich in den späten 80er (Hausjell 2003), zu Ethnomedien gar erst in den späten 90er-Jahren (Busch 1999) ein. Parallel zur wiederholt konstatierten steigenden Zahl der Ethnomedien (Deuze 2006, Weber Menges 2006, Johnson 2010, für Österreich: Zauner 2011, Brantner & Herczeg 2013) nahm auch die Forschung zu diesem einst als "Exotik" (Becker 2007) titulierten Feld an

Quantität wie Relevanz zu. Browne und Uribe-Jongbloed konstatierten mit Blick auf die internationale Forschungsrealität entsprechend:

"Simply put, the existence of more and more minority media, combined with a growing recognition of the minority presence in various societies, has alerted scholars to a form of communication that demands greater attention." (Browne & Uribe-Jongbloed 2013, 1)

Der vorliegende Beitrag illustriert die Entstehung, die Entwicklung wie die seitens der Mehrheitsgesellschaft erfolgende Bewertung der Medien ethnischer Minderheiten in Österreich in den letzten 100 Jahren. Dabei fassen wir diese Medien als Kommunikationskanäle, die in erster Linie der Artikulation der kulturellen und politischen Identität und damit als Zeugnis der Existenz der dahinterstehenden Gruppe dienen. Darüber hinaus kommunizieren diese mehr oder weniger zaghaften Stimmen aber auch innerhalb des großen Resonanzraumes der massenmedialen Kakophonie: Sie zeigen der Mehr-

¹ So wurde etwa die erste serbische Zeitung 1781 im damaligen k. u. k. Österreich gedruckt (Friesel-Kopecki 1986, 208).

heitsgesellschaft auf diese Weise ihre Identität und signalisieren damit ihren Anspruch auf gesellschaftliche Inklusion. Andere publizistische Funktionen und Leistungen bleiben gegenüber der Identitätsartikulation nach innen und außen und jenem Streben nach Voice (Schwarzenegger, Falböck & Elefson 2019) nachrangig. Neben Medien der MigrantInnen und Minderheiten in Österreich nehmen wir auch die Medien der aus Österreich vertriebenen JournalistInnen während der Zeit des Austrofaschismus und des NS-Regimes in den Blick.² Diese Publizistik des Exils nimmt dabei einen besonderen Status ein, und macht zugleich auch grundlegende Bedürfnisse und kommunikative Erfordernisse von Minderheiten, Vertriebenen oder Geflüchteten am österreichischen Beispiel nachvollziehbar. Verstanden als kommunikative Kanäle in einer Krise, dienten sie als mediale Repräsentationen des Wir (des vertriebenen, aber vermeintlich "wahrhaftigen" Österreichs) in Abgrenzung zu den Anderen (in der Umwelt der Aufnahmegesellschaft bzw. im austrofaschistischen bzw. NS-Staat). Ihre Funktion bestand implizit darin, die Erfahrung der Vertreibung und des Exils und damit diese Krise der Identität zu überwinden (Falböck 2007, 2009).

In unserem Beitrag argumentieren wir dabei notwendigerweise schlaglichtartig und selektiv, um die Entwicklungsschritte der Medien ethnischer Minderheiten exemplarisch zu illustrieren. Eine vollständige Dokumentation für den in unserer Langzeitperspektive beschriebenen Zeitraum ist weder leistbar, noch entspricht sie der Intention, einen Überblick über die Wirkkräfte, Logiken und prägenden Dynamiken dieses dispersen Medienmarktes zu geben. Gegen eine vollständige Inventarisierung sprechen etwa die (mittlerweile) große Zahl der AnbieterInnen innerhalb des österreichischen Medienmarktes der Ethnomedien,3 die oft zeitlich begrenzte Existenz der Publikationsplattformen und die rezent qua Internet wie Sprachbarrieren nicht vollumfänglich fassbare Zahl an Medien von MigrantInnen und Minderheiten.

Viele Labels, gleiche Ziele, gleiche Herausforderungen

Medienmärkte sind auch heute noch überwiegend kongruent mit den Grenzen der Nationalstaaten. Dies trifft umso mehr für die Zeit vor Kabel- und Satellitenfernsehen sowie vor Internet und Digitalisierung zu. Benedict Anderson (2006) prägte nicht nur den Begriff der Imagined Communities, die qua Kommunikation einer nationalen Identität entstehen und mit bestimmten Zuschreibungen einhergehen, die dazu dienen die eigene Gruppe als ein in gewissen Merkmalen gemeinschaftliches Wir zu imaginieren und dabei, darin und dadurch von anderen zu unterscheiden. Er identifizierte auch Massenmedien als iene Plattformen, auf denen die kommunikative Vermittlung dieses Wir stattfindet. Simon Cottle ergänzte dazu, dass Massenmedien eben eine zentrale Rolle in diesem Spiel der Ausverhandlung der kulturellen Repräsentation innehaben:

"[...] that members of the media audience are variously invited to construct a sense of who 'we' are in relation to who 'we' are not, whether as 'us' and 'them', 'insider' and 'outsider', 'colonizer' and 'colonized', 'citizen'". (Cottle 2000, 2)

Unter umgekehrten Vorzeichen betrachtet: Wer nicht mitverhandelt, ist auch nicht mitgedacht und damit auch nicht integriert in das wie auch immer gezeichnete "Wir".

Die wissenschaftliche Terminologie für die, in dieser Auseinandersetzung ausgeleuchteten Medien ist, da innerhalb verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen und Nationen betrachtet, divergent (dazu auch Averbeck-Lietz 2013) und auch im Zeitverlauf wandelbar. Für die englischsprachige Literatur nennen Matsaganis, Katz und Ball-Rokeach (2011) minority media, immigrant media, diasporic media, community media, ethnic media und ethnic minority media. Im deutschsprachigen Diskurs lassen sich folgende Benennungen extrahieren: Ethnomedi-

jekt des Vereins M-Media beziffert die Zahl der Ethnomedien (hier auch Diversity-Medien von sozialen Randgruppen, ebenso wie interkulturelle Agenturen, Werbeplattformen und Markt- und Meinungsforschungsinstitute im Feld implizierend) anno 2010 mit 74, 2011 mit 88, 2012 mit 115 und 2013 schließlich mit 127. Wenngleich die Zahlen aufgrund der breiteren Definition von Diversity mit Vorbehalt zu werten sind, bilden sie doch die Tendenz eines sich weitenden Medienmarktes ab (Akinyosoye & Inou 2012).

² Der Beitrag folgt damit einer Praxis, die auch in der österreichischen Exilforschung repräsentiert durch den transdisziplinären Zirkel an WissenschafterInnen in der "Österreichischen Gesellschaft für Exilforschung" in den letzten 10 Jahren feststellbar ist. Im Fokus steht dabei die Frage wie historische und aktuelle Exil- und Migrationsrealitäten sich darstellen und inwieweit diese Erfahrungen aufeinander bezogen werden können.

³ Ein durch den Wiener Integrationsfonds finanziertes Pro-

en (Weber-Menges 2006, Müller 2005), transkulturelle Medien (transcultural ethnic media, Brantner & Herczeg 2013), postmigrantische Medien und diversity Media (Ratkovic 2018), MigrantInnenmedien (Kosnick 2000), Minderheitenmedien (Rigoni 2005), Diaspora-Medien (Clifford 1994, Hepp 2011), alternative Medien (Böse & Kogoj 2002) sowie für den Exkurs Exilzeitschriften und Zeitschriften der Emigration (Hausiell 2003) und Exilpublizistik (Maas 1990). In Summe handelt es sich um Labels für Kommunikationskanäle, die im Kern dasselbe Ziel verfolgen - nämlich Öffentlichkeit für ihre Gruppe herzustellen. Der Beitrag folgt im Weiteren der Begriffsbestimmung von Müller (2005), der zu Ethnomedien all jene Angebote zuordnet, die von MigrantInnen und Minderheiten im Land produziert werden und in erster Linie für MigrantInnen/Minderheiten aber auch für die Aufnahmegesellschaft Inhalte bereitstellen. In Erweiterung dessen werden auch die Medien aus dem Exil für die ÖsterreicherInnen im Exilland bzw. in der alten Heimat inkludiert. Die in Ethnomedien adressierten Zielpublika sind ebenso unterschiedlich wie die daraus resultierenden Positionierungen und konkreten Inhalte. Gleichermaßen vielfältig sind auch die Mediengattungen, die dabei bedient werden: Sie reichen von Printmedien, über Radio und Fernsehen bis zu Internet-Plattformen.

Die Herausforderungen, vor denen diese Medien stehen sind jedoch sehr ähnlich und lassen sich bezugnehmend auf Morings Modell von Medienmärkten in Hinblick auf ihre funktionalen und institutionellen Merkmale festmachen: Ihre Möglichkeiten für Vertrieb und Verbreitung sind meist eingeschränkt und ihre Angebote sind in Form wie Inhalt begrenzt, vergleichbar mit Medien für Kinder (Moring 2007). Browne und Uribe-Jongbloed (2013) identifizieren fünf zentrale Faktoren, die die Entwicklung der Ethno- und Exilmedien im letzten Jahrhundert maßgeblich bestimmten und die auch heute noch Gültigkeit besitzen: 1) Technologie, 2) Finanzierung, 3) soziale und gesellschaftspolitische Bewegungen, 4) wahrgenommener Nutzen und 5) (politisch motivierte) Verdächtigungen.

Im Hinblick auf die als große Herausforderung zu begreifenden Möglichkeiten des Vertriebs und der Verbreitung nehmen die *Technologien* eine überaus relevante Rolle ein (Browne & Uribe-Jongbloed 2013, 5): Im historischen Verlauf gehören die meisten Ethno- und Exilmedien wohl zur Mediengattung Printmedien. Dies ist wenig überraschend, waren Zeitungen und Zeitschriften doch seit der Entwicklung von leistungsfähigen Druckmaschinen und der damit einhergehenden Entstehung der Massenpresse am Beginn des letzten Jahrhunderts die einfachste und leistbarste Form zur Verbreitung von Informationen auch über größere Distanzen hinweg. Die darauf folgenden medientechnologischen Entwicklungen Radio und Fernsehen waren schwieriger zu empfangen, bedurften einerseits der Geräte und andererseits - ob ihrer anfänglichen technischen Schwächen - der richtigen Handhabe und mussten nicht zuletzt finanziert werden. Mit der Weiterentwicklung der Medienapparate, ihrer einfacheren Bedienbarkeit und vor allem der sinkenden Anschaffungspreise wurde die Zahl der EmpfängerInnen via audiovisueller Kanäle erhöht. Die Revolution des Mediums Internet in den 1990er-Jahren und nicht zuletzt die Digitalisierung der Kommunikation im Web 2.0 eröffnete schließlich rasche und einfache Möglichkeiten zur Verbreitung von Informationen. Eine Entwicklung, die bekanntermaßen mit der Herausforderung der Generierung von Aufmerksamkeit angesichts einer Flut von Öffentlichkeiten, die nun hergestellt werden konnten, einherging. Dennoch bieten digitale Medienangebote - online Zeitungen/Zeitschriften, Audio und Video Podcasts für Ethnomedien und ihre Bewerbung über soziale Medien heute ungeahnte Chancen kostengünstig breite Publika zu erreichen.

Finanzierung: Eine Konstante in der Geschichte von Ethno- und Exilmedien war die Unterfinanzierung und eine damit einhergehende kurze Publikationsdauer. Ihr Erscheinen hing oft von der Unterstützung einiger weniger Förderinnen und Förderer ab. War die Produktion von Zeitschriften wie die von Radiosendungen trotz unsicherer ökonomischer Basis möglich, erwies sich Fernsehen (auf dem privaten Fernsehmarkt) für die meisten Minderheiten als unleistbarer Verbreitungskanal. Minderheiten erweisen sich, ebenso wie die Mehrheit, durch Merkmale wie Alter, Geschlecht, Klasse, politische Orientierung und letztendlich auch durch ihre Sprache als hochfragmentiert. Diese Heterogenität des Publikums, nicht zuletzt die mangelhafte Kenntnis der Soziodemographie der Rezipient-Innen qua unfinanzierbarer Mediaforschung, macht Ethnomedien für den Werbemarkt über

einen langen Zeitraum wenig attraktiv.⁴ Nur für das zahlenmäßig große Publikum - wie die türkischen MigrantInnen in Deutschland oder die arabische Bevölkerung in Frankreich - kann mit relevanten Werbeeinnahmen gerechnet werden. Auch für Österreich lässt sich eine solche Entwicklung konstatieren: Heimische Unternehmen erkennen zwar mehr und mehr, dass sie eine große Zahl an KundInnen via Ethnomedien punktgenau erreichen können (Verein Wirtschaft für Integration 2010). Karin Zauner konnte in einer Studie zu Ethnomedien in Österreich eine steigende Zahl von Anzeigen von Banken, Versicherungen, HandyanbieterInnen feststellen (Zauner 2012, 135). Nicht zuletzt lassen erste Marktforschungsstudien zur Nutzung der Ethnomedien auf wachsendes Interesse an diesem Medienmarkt schließen.⁵ Trotz dieser Entwicklung auf dem Anzeigenmarkt gehen Brown und Uribe-Jongbloed nicht von großen Gewinnen aus, eine Einschätzung, die auch für Österreich naheliegt. In genannter Interviewstudie berichteten die leitenden RedakteurInnen von Ethnomedien von ausfallenden Ausgaben auf Grund von Unterfinanzierung (Zauner 2012, 134). Diese finanziell schwierige Ausgangslage führt nach Brown und Uribe-Jongbloed in weiterer Folge zur Beschäftigung von (allenfalls) semi-professionellen JournalistInnen, zu FreelancerInnen und geringfügig beschäftigten MitarbeiterInnen. Ein Ergebnis, das auch Zauner nach ihren qualitativen Interviews mit ChefredakteurInnen von Printethnomedien ableiten konnte (Zauner 2012, 136). Dass dies zu Lasten der journalistischen Qualität geht, befand eine Diplomarbeit über türkische Monatszeitschriften in Österreich. Der Studienautor weist auf häufige grammatikalische Fehler und fehlende Quellentransparenz hin (Yildiz 2009, 106). Finanzielle Instabilität und folglich Semiprofessionalität lauteten letztendlich auch die Befunde, die von Langenbucher und Hausjell (1995) für die Exilpublizistik konstatiert wurden.

Staatliche Förderungen für Zeitschriften von

ethnischen und sprachlichen Minderheiten und nicht zuletzt Radio wurden in den letzten Dekaden erhöht (Browne & Uribe-Jongbloed 2013, 6). Diese Einschätzung kann für Österreich nur bedingt bestätigt werden. Wenngleich es seit 2007 auch für fremdsprachige Medien in Österreich eine Publizistikförderung gibt, können Ethnomedien diese aufgrund der Anforderungen in den meisten Fällen nicht in Anspruch nehmen. Die Richtlinien besagen, dass mindestens ein Herausgeber bzw. eine Herausgeberin ÖsterreicherIn sein, dass das Medium in ganz Österreich vertrieben werden sowie dass der Kaufanteil zumindest 50% der gesamten Auflage ausmachen muss (Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH).6 Die staatliche Presseförderung ist Tageszeitungen vorbehalten und kommt damit für Ethnomedien nicht in Frage. Festzuhalten ist allerdings, dass die freien Radios, die ein wesentliches Sprachrohr für ethnische Medienanbieter darstellen, von der öffentlichen Hand finanziert werden. Während einerseits staatliche bzw. öffentliche Unterstützung von Minderheitenmedien für deren Existenz und Kontinuität maßgeblich bzw. lebensnotwendig sein kann, können daraus andererseits auch politische Abhängigkeiten resultieren.

Denn die Kehrseite der Medaille von nationalen wie auch EU-Förderungen orten Brown und Uribe-Jongbloed in einer zunehmenden Vulnerabilität der Ethnomedien in Zeiten von politischen Veränderungen. Politische Stimmungslagen und die politischen Weltanschauungen der regierenden Parteien vermögen damit Eingriffe in bestehende Förderungen und Fördersysteme und damit Eingriffe auf die Publizistik der Minderheiten zu nehmen. Ausgehend von der politischen Agenda der regierenden Parteien werden integrierende oder assimilierende Maßnahmen gefördert (siehe dazu auch die Ausführungen von Hummel und Fabris in dieser Ausgabe).

Soziale Bewegungen, vorderhand jene vom linken politischen Spektrum ausgehend, hatten in der Geschichte wiederholt positiven Einfluss auf

⁴ Ein Defizit, das für Österreich mit dem vom Verein M-MEDIA herausgegebenen *Medienhandbuch Migration und Diversität* behoben werden sollte.

⁵ So erhob das Wiener Institut für qualitative Marktforschung 2011 die Nutzung der Ethnomedien in Wien (Institut für qualitative Marktforschung 2011). Eine vom Telekommunikationsanbieter eety erhobene Studie beschäftigt sich mit derselben Fragestellung (eety Telekommunikations GmbH 2012).

⁶ Während Karin Zauner in ihrer auf qualitative Interviews mit HerausgeberInnen von Ethnomedien basierenden Studie anno 2010 feststellen konnte, dass damals nur ein Ethnomedium (Vienna Review) Publizistikförderung erhielt (Zauner 2012, 135), ergab die diesbezügliche Recherche für das Jahr 2019 zwei geförderte Titel (*Polonika, Talk Together*)(Komm Austria 2019). Cornelia Kogoj nennt anno 1996 zwei Minderheitenmedien (*Mladi rod, Put*), die Publizistikförderung bezogen (Kogoj 1997, 207).

die Artikulation marginalisierter sozialer Gruppen. Gleichzeitig strebten soziale Bewegungen typischerweise die Herstellung von Öffentlichkeit an, um ihren eigenen Positionen Gehör zu verschaffen, gerne auch an den Filtern einer indifferenten bis möglicherweise gar ablehnenderen Mehrheitsgesellschaft und den Mehrheitsstimmen der etablierten Massenmedien vorbei. Die freien Radios in Österreich etwa entstanden - der verspäteten Öffnung des Rundfunkmonopols durch den öffentlichen Rundfunk geschuldet - in der Mitte der 1990er-Jahre. Dem Modell des nicht-kommerziellen BürgerInnenradios folgend, eröffneten diese Frequenzen Sendeplätze für die marginalisierten Gruppe der MigrantInnen und ethnischen Minderheiten, um diesen so Artikulationsmöglichkeiten innerhalb der Programmstruktur zu eröffnen. Mit dem Ziel den interkulturellen Dialog zwischen Mehrheit und Minderheiten zu fördern, bestehen diese Möglichkeiten bis heute. Allerdings, auch hier zeigt sich wieder der Doppelcharakter von eigentlich förderlichen Strukturen, kann gerade diese Bindung an die Kommunikationsinfrastrukturen von weltanschaulich wie politisch recht klar postierten Gruppen auch vor allem ähnliche Einstellungen und Haltungen befördern, während abweichende Sichtweisen in diesen Konstellationen eher nicht vorkommen werden.

Wahrgenommener Nutzen als Faktor für die Entwicklung von Ethnomedien stellt eine Verbindung zwischen den Medien von Minderheiten und ihrer Akzeptanz und Rezeption in der Mehrheitsgesellschaft dar. Browne und Uribe-Jongbloed führen aus, dass Medien von Minder-

⁷ Die Statistik Austria beziffert die Zahl der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (= beide Elternteile in einem anderen Land geboren. In erster Generation sind das die Menschen selbst, in zweiter Generation deren Eltern) in der aktuellen Statistik für das Jahr 2018 mit 23,3%. Im Vergleich dazu waren es im Jahr 2008 17,4 % (Statistik Austria 2018). Im Jahr 1961 lebten in Österreich laut Statistik Austria nur knapp über 100.000 ausländische Staatsangehörige. Dies entsprach einem Anteil an der Gesamtbevölkerung von rund 1,4%. In der zweiten Hälfte der 1960er- und am Beginn der 1970er-Jahre erhöhte sich die Anzahl und der Anteil der ausländischen Bevölkerung aufgrund der gezielten Anwerbung von Arbeitskräften aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei relativ stark. Im Jahr 1974 wurde mit rund 311.700 ausländischen Staatsangehörigen (4,1% der damaligen Gesamtbevölkerung) ein vorläufiger Höhepunkt erreicht. Erst die starke Zuwanderung Anfang der 1990er-Jahre sorgte für ein sprunghaftes Ansteigen des Ausländeranteils auf über 8%. Nach einem kurzen Stagnieren in der zweiten Hälfte der 1990er-Jahre kam es seit der Jahrtausendwende zu einer heiten in ihrer Geschichte überwiegend wenig Interesse außerhalb der repräsentierten Gruppe generierten. Erst mit der zunehmenden Größe der Minderheiten seit den 1990er-Jahren,7 ergänzt durch selbstbewusstere Forderungen der AkteurInnen nach Unterstützung (meist durch die öffentliche Hand), Wahrnehmung und Akzeptanz ihrer Gruppe, wurde die Mehrheitsgesellschaft auf diese Gruppen aufmerksam. Ein Selbstverständnis, das für die seit 2006 von und für MigrantInnen hergestellte Lifestyle-Zeitschrift biber konstatiert werden kann. Eine Studie zu diesem transkulturellen, ethnischen Medium leitet aus den kommunizierten Inhalten Potenzial zum Brückenbau zwischen der Mehrheit und den MigrantInnen ab (Brantner & Herczeg 2013). Die Diskussionen hinsichtlich der Relevanz und Förderung solcher Plattformen kreisen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft nach Browne und Uribe-Jongbloed häufig um zwei Argumente: Der Adressatenkreis sei überschaubar klein und die, häufig in der Sprache des Herkunftslandes publizierten Inhalte, wären dem Spracherwerb und damit der wirtschaftlichen wie kulturellen Integration im Aufnahmeland keineswegs zuträglich.8 Angeheizt wird diese Debatte letztendlich durch die politische Stimmung im Land, die Medien von Minderheiten als Kanäle der Parallelgesellschaft wertet.

Mit politischen Verdächtigungen wurden Medien von Minderheiten in ihrer Geschichte mehrfach konfrontiert. Browne und Uribe-Jongbloed leiten ihre Argumentation von Beispielen der amerikanischen Geschichte der Ethnomedien ab und konstatieren insbesondere für die Zeit des Kalten Krieges häufige Zuschreibung einer kommunistischen Unterwanderung durch Ethnome-

neuerlichen Zunahme der Anzahl ausländischer Staatsangehöriger in Österreich, wobei zu Jahresbeginn 2008 erstmals die 10%-Schwelle des Ausländeranteils überschritten wurde. Am 1. Jänner 2019 lebten insgesamt 1.438.923 Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Österreich. Dies entsprach einem Anteil von rund 16,2% an der Gesamtbevölkerung Österreichs. Insgesamt 192.426 Deutsche, die mit einem Anteil von 13,4% die größte Ausländergruppe in Österreich bildeten. Insgesamt 699.098 Personen waren Drittstaatsangehörige, worunter Serbinnen und Serben (121.348 Personen) die größte Nationalität vor Türkinnen und Türken (117.231 Personen) ausmachten.

Eine Argumentation, die in der wissenschaftlichen Debatte der "Medienghetto These" gleichkommt, der zufolge MigrantInnen durch die ausschließliche Nutzung von Ethnomedien (im Land bzw. aus dem Herkunftsland) sprachlich und kulturell nicht integriert werden. Eine These, die erstmalig mit der Synopse bestehender empirischer Studien von Piga (2007) für Deutschland und einige europäische Länder (ohne Österreich) widerlegt werden konnte.

dien in den USA. Eine Erfahrung, die auch eine Gruppe von aus Österreich vertriebenen JournalistInnen der in New York erschienenen Exilzeitschrift Austro American Tribune machen musste. Infolge der McCarthy Ära geriet die Zeitschrift unter Verdacht, wurde durch den Geheimdienst überwacht und damit der Anfang vom Ende der Zeitschrift eingeläutet (Loidl 2004, Falböck 2009). Der Verdacht auf Terror und religiöse Ideologisierung sind Konnotationen mit denen sich letztendlich auch muslimische Medienschaffende in Österreich konfrontiert sehen können.

Zur Periodisierung des kommunikativen Identitätsmanagements: Wer wir sind und wo ihr uns findet

Printmedien: Von der Vereinszeitung zum Lifestyle Magazin

Im Vielvölkerstaat der k. u. k. Monarchie⁹ lag eine vielsprachige Medienlandschaft vor. 10 Mit der Entstehung von Nationalstaaten nach 1918 und der dahinterstehenden Idee der "Imagined Communities", entstand auch das Konzept der Minderheiten.¹¹ Nachdem die neuen Grenzziehungen erfolgt waren, gerieten die Zuschreibungen von Mehrheit und Minderheit plötzlich aus den Fugen. Für die 1918 gegründete Republik Deutsch-Österreich lässt sich ein Verständnis als ethnisch homogener Staat konstatieren. Bemühungen die sprachliche und kulturelle Identität der Minderheiten im Burgenland (KroatInnen, UngarInnen und Roma), in der Steiermark und in Kärnten (SlowInnenen) sowie in Wien (TschechInnen, SlowakInnen, OstjüdInnen) zu fördern, gab es wenig. Vielmehr setzte bald der Assimilationsdruck ein (Kogoj 1997, 69, 77f). Minderheitenmedien in Kärnten wurzelten vielfach im Umfeld der Kirche: 1926 etwa entstand das monatlich erscheinende Periodikum Nedelja, das sich vor allem lokalen Ereignissen der Gemeinde widmete (ebda, 211).

Nach dem "Anschluss" Österreichs an Deutschland wurden Assimilation, Aussiedlung, Flucht,

Vertreibung und letztendlich Vernichtung zur politischen Realität für die meisten Minderheiten des Landes. Rund 135.000 Österreicher-Innen gingen gezwungenermaßen ins Exil, verstummten dort allerdings keineswegs. Wie ein mehrjähriges, am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien angesiedeltes Projekt ermitteln konnte, erschienen in Europa 130 Exilzeitschriften von aus ihrer Heimat vertriebenen ÖsterreicherInnen. Deren Publikationsdauer reicht von einmaligem Erscheinen bis zu mehrjährigem Bestand (Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft 1994). Für die USA konnten 28 Zeitschriften österreichischer EmigrantInnen dokumentiert werden (Held 1991). Inhaltlich weisen diese Zeitschriften eine Heterogenität auf, die nach Lieselotte Maas folgendermaßen skizziert werden können: Sie changieren zwischen Qualitätszeitschriften über Aufsatzsammlungen mit analytischem Charakter bis zu Parteiorganen und Rundbriefen einzelner für einen größeren Leserkreis (Maas 1990, 28). Ihre Intention war - analog zu den Ethnomedien im Land - Selbstzeugnisse einer Gruppe herzustellen und diente damit wohl auch dazu den Verlust ihres im Sinne von Bourdieu kulturellen, sozialen wie ökonomischen Kapitals ein Stück zu kompensieren. Kennzeichnend für die österreichische Publizistik des Exils war, dass ihr Erscheinen spätestens wenige Jahre nach dem Ende des NS-Regimes eingestellt wurde. Die Funktion, Stimme und Zeugnis in der Krise zu sein, war schlichtweg nicht mehr gegeben, bzw. war in den sich wandelnden Konstellationen sowohl in den Aufnahmeländern wie auch in Österreich nicht mehr kapitalträchtig verwertbar.

Wie Kogoj konstatiert, stand in Österreich die Regelung der Rechte für Minderheiten nach dem Zweiten Weltkrieg völlig im Schatten der Staatsvertragspolitik. Dennoch lässt sich etwa für die Kärntner SlowenInnen, die von der britischen Besatzungsmacht herausgegebene Zeitung Koroska kronika nennen, deren Inhalte wenngleich von der britischen Besatzungsmacht als Propagandainstrument begriffen, als eher apolitisch

⁹ Annemarie Steidl nennt für Österreich-Ungarn anno 1910 51 Millionen EinwohnerInnen und 10 verschiedene offizielle Sprachen (Steidl 2017, 71).

Melischek und Seethaler konnten für den Zeitraum von 1869 bis 1910 insgesamt 703 Zeitungstitel (404 für Österreich, 299 für Ungarn) in 12 Sprachen und 74 Erscheinungsorten ermitteln (Melischek & Seethaler 2016, 169).

Wenngleich das innenpolitische Klima in der Spätzeit der Monarchie von einer Superiorität der deutschen Sprache ausging (Münz 1993, 107). Auch Gustafsson (1998) konstatiert, dass hegemoniale Ansprüche in den Vielvölkerstaaten des 19. Jahrhunderts nicht zwingend mit der Mehrheit der Bevölkerung gekoppelt waren und zahlenmäßige Minderheiten nicht zwingend unterdrückt wurden.

bezeichnet wird. Die von ehemaligen WiderstandskämpferInnen herausgegebene Zeitschrift *Slovenski Vestnik* erschien ab 1946 – da von den BritInnen im Besatzungsgebiet verboten – in Wien (Kogoj 1997, 210).

Nadjivan beschreibt, dass in der zweiten Republik ab den 60er-Jahren die ersten Zeitschriften für GastarbeiterInnen aus dem damaligen Jugoslawien entstanden. Ziel war es, den in der Literatur als erste Welle der Migration bezeichneten Arbeitskräften aus dem damaligen Jugoslawien Orientierung im Land zu bieten (Nadjivan 2011, 29). Die erste Zeitschrift - euphemistisch als Nas List (Unser Blatt) betitelt - wurde von der Industriellenvereinigung publiziert und diente vor allem der Information über landesübliche Benimmregeln, Arbeitsgesetzgebung und Pflichten (Bratic 2008, 21f). Ähnliche Ziele verfolgte die 1973-1975 erscheinende Zeitung Danas (Heute), die mit einer Auflage von 40.000 Stück, 14-tägig erscheinend die Erziehung und Disziplinierung der Arbeitskräfte als Ziel hatte (Payer 2004, 12f). Von der Mehrheitsgesellschaft für die GastarbeiterInnen hergestellt, war folglich das Ziel dieser Zeitschriften deren Status als Gäste, die auch wieder heimkehren, zu determinieren (Bratic 2008, 21f).

Erst in den 80er-Jahren entstanden Ethnomedien, die von Vereinen der MigrantInnen aus Ex-Jugoslawien herausgegeben wurden: In Wien Glas (Stimme), in Innsbruck Bratstvo (Brüderlichkeit), in Linz Polet YU – List zajednice klubova (Aufschwung Jugoslawien – Das Blatt des Dachverbands). Ab Ende der 80er-Jahre spezifizierte sich die Ausrichtung der Ethnomedien für die Minderheit aus Jugoslawien: Eine Kinderzeitschrift Kolo mladosti (Kreis der Jugend) und die Zeitschrift Mi u inostranstvu (Wir im Ausland) waren weitere Plattformen der Repräsentation (Bratic, 2008).

Wie die genauere Betrachtung zeigt, waren diese in der weniger aufwändigen und leistbaren Technologie Print hergestellten Medien nicht immer von der Minderheit für die Minderheit publiziert. Sowohl während der Besatzungszeit als auch in der Ära der GastarbeiterInnen wählte die Aufnahmegesellschaft bzw. einflussreiche politische Kräfte innerhalb dieser diese Kanäle um in der jewei-

Mit der Vergrößerung der Migrationsbewegungen und damit der Personenkreise geht auch eine Steigerung der Ethnomedien - wie hier am Beispiel der Zeitschriften der im Land gebliebenen und damit von den GastarbeiterInnen zu den MigrantInnen gewandelten Gruppen aus dem ehemaligen Jugoslawien ausgeführt - einher. Für das Jahr 2011 konnte eine Studie erstmals stichhaltige Zahlen für die österreichische Ethnoprintlandschaft liefern: Insgesamt wurden 31 Zeitschriften dokumentiert, 19 Medien für die türkische Community, vier Medien für die bosnisch-serbisch-kroatischen MigrantInnen, zwei für die bulgarische Minderheit, jeweils ein Medium für KurdInnen, Menschen aus afrikanischen Ländern, China, USA bzw. aus englischsprachigen Ländern, aus dem Nahen und Mittleren Osten und aus Polen (Zauner 2012, 132f). Die Expansion dieses Printmedienmarktes wird von mehreren Autorinnen konstatiert (Brantner & Herzceg, 2013, Zauner 2012) und geht wie von Brown und Uribe-Jongbloed konstatiert mit einer quantitativen Zunahme der MigrantInnen innerhalb der Gesellschaft einher.

Die 1980er: Rundfunk und die Debatten um Inklusion und Exklusion

Fernsehen und Radio für MigrantInnen nahm einen anderen Verlauf als die Geschichte der Ethnoprintmedien. Wenngleich das Medium Radio in Österreich seit 1923 existiert, werden Programme für Minderheiten in der bisherigen Forschung zur frühen Radiogeschichte nicht erwähnt.¹² Den hohen Kosten solcher Produktion

Sprachkompetenzen der aus Österreich Vertriebenen nutzten um via Rundfunk propagandistisch tätig zu sein (Cziczatka 2003).

ligen Muttersprache wünschenswerte Inhalte und Forderungen der Mehrheit zu kommunizieren. Der wahrgenommene Nutzen der Medien ging hier also in Richtung Assimilation bzw. (Verfestigung der) Exklusion. Die von den Minderheiten hergestellten Plattformen für Öffentlichkeit entstanden vorderhand im Umfeld von Vereinen, dienten der Repräsentation dieser Organisationen bzw. der Informationen aus und in der Community, ergänzend dazu wurde auch an die Mehrheit adressiert. Der häufigste Erscheinungsrhythmus ist monatlich, vereinzelt werden auch kürzere Abstände genannt. Häufig werden die Publikationen von den ProduzentInnen gratis vertrieben.

¹² Erste Hinweise auf via Rundfunkwellen gesendete Botschaften von Minderheiten lieferte die Exilforschung, in der Widerstandsgruppen bzw. politische GegnerInnen des NS-Regimes – die oft aus ExilantInnen bestanden bzw. die

geschuldet, ging die diesbezügliche Nutzung durch Minderheiten langsam voran und startete erst in den späten 1980er-Jahren. Damit liegt Österreich im internationalen Vergleich deutlich zurück, konstatiert doch Jones (2007) die beginnende Expansion dieses Medienmarktes in den 1960er-Jahren. Diese Verspätung der österreichischen Medienentwicklung im Fernsehund Radiobereich liegt aber ursächlich in der länger währenden Monopolstellung begründet und betrifft gleichermaßen auch privatrechtlich organisierte Rundfunkangebote, die nicht von Minderheiten gestaltet werden. Die dargestellte Charakteristik des Rundfunks für MigrantInnen (Jones 2007) kann allerdings auch für Österreich bestätigt werden: Lokale Sender, spezielle Sendeleisten in bestehenden Sendestationen sowie BürgerInnenradio waren und sind Orte von denen aus die Stimmen der Minoritäten on Air gingen und gehen.

Der Expansion des Ethnorundfunks gingen jedenfalls größere Migrationsbewegungen voran: Die erste Welle der Migration in den 70er-Jahren resultierte aus der, von politischer Seite initiierten Zuwanderung von Arbeitskräften - tituliert als "GastarbeiterInnen" – aus der Türkei und dem damaligen Jugoslawien mit dem Ziel des keineswegs dauerhaften Verbleibs in Österreich. Die zweite Migrationswelle kam aus Ex-Jugoslawien und ereignete sich infolge des Krieges auf dem Balkan. Der Fall des Eisernen Vorhangs in den 80er- und 90er-Jahren brachte schließlich ZuwanderInnen aus den Ländern des ehemaligen Ostblocks. Dieser Entwicklung und damit auch dem öffentlich-rechtlichen Auftrag der Versorgung aller Bevölkerungsgruppen im Land Rechnung tragend, entstand im ORF anno 1989 das 20-minütige Sendemagazin Heimat, fremde Heimat, das jeden Sonntagnachmittag auf dem Kanal ORF 2 ausgestrahlt wird (Kogoj 1997, 214).¹³ Ziel war es zunächst vor allem den MigrantInnen Orientierung zu geben und Repräsentation zu ermöglichen (Brantner & Herzceg, 2013). Diese Ausrichtung hat sich mittlerweile gewandelt. Nach eigener Definition richtet sich das bis heute gesendete Magazin an "Österreicher, die an ethnischen Themen interessiert sind, an eingebürgerte Zuwanderer, ausländische Mitbürger und Angehörige der österreichischen Volksgruppen" (ORF o.J.) und hat zum Ziel "das Miteinander, die kulturelle Vielfalt und die Integration in Ös-

Bratic verweist auch auf erste Radiosendungen für die Zielgruppe der GastarbeiterInnen aus Jugoslawien in den 1970er-Jahren, die ihre Botschaft und damit den Gästestatus neuerlich perpetuierten und die Identität nicht von der Minderheit selbst, sondern von der Mehrheit bestimmten (Bratic 2008). Initiativen die eigene Stimme im Sinne der ursprünglichen Radioidee weiter zu streuen, gab es 1994 seitens der slowenischen Minderheit in Kärnten. Ziel war es Radiolizenzen für den nicht kommerziellen Radiobetrieb zu erhalten. Diese Versuche waren allerdings nicht erfolgreich, lässt sich die Vergabe der Regionalradiolizenzen in Österreich doch als Vergabe an Unternehmen an die auch Zeitungen gekoppelt waren, subsummieren. 1997 folgte schließlich das nicht kommerzielle Freie Radio Wien, entstanden aus Medienexperimenten von ORF und Volkshochschule (Kogoj 1997, 215). Dieses bot Minderheiten von Beginn an Sendeplätze und besteht mittlerweile als Radio Orange 94.0 nach wie vor. Darüber hinaus existieren Radiofabrik (in Salzburg), Radio FRO (in Linz) oder auch das Webradio Ö1 Campus (ehemals der Mittelwellensender des Österreichischen Rundfunks Radio 1476), die Volksgruppen wie auch MigrantInnen Sendeplätze bieten.

Fragen der Finanzierung sollten die Nutzung des Rundfunks für Minderheiten zu einer unüberwindbaren Herausforderung machen. So lag es im Ermessen der staatlichen Medien- und hier auch Minderheitenpolitik, den verschiedenen Ethnien Plattformen via Radio und TV zu ermöglichen. Damit gerieten diese Formate zu Nischenangeboten innerhalb der Kanäle und fristeten ihr Dasein im Bewusstsein eines im wahrsten Sinne des Wortes Minderheitenprogrammes, das von der öffentlichen Hand gefördert als ungefährlich und harmlos eingestuft wurde.

Internet, soziale Medien und die transnationale Vernetzung der Diaspora

Eine wesentliche Veränderung auf dem Medienmarkt repräsentiert die Etablierung des Internet seit den 1990er-Jahren. Heute existieren komplementär zu den Printausgaben auch Online-Auftritte der Ethnomedien (Zauner, 2012). Aber diese

terreich zu fördern" (ebda). Seit 2005 bietet der offene Lokalprivatsender *Okto* für alle MigrantInnengruppen muttersprachliche und deutschsprachige Sendungen an.

¹³ Für die Kärntner SlowenInnen lautete der Sendungstitel Dober dan, Koroska, im Burgenland Dober dan Hrvati für

die KroatInnen und ein paar Mal im Monat auch Adja Isten Magyarok für die UngarInnen (Kogoj 1997, 214).

Verdoppelung des Angebots im digitalen Raum, die häufig lediglich einer Spiegelung desselben Inhalts gleichkam, war und ist natürlich nicht die einzige Transformation. Generell ist die Notwendigkeit überhaupt einen der etablierten Medienkanäle zu nutzen, durch die digitalen Möglichkeiten Öffentlichkeit herzustellen und Inhalte in Umlauf zu bringen deutlich weniger dringlich geworden. Insofern lässt sich speziell im Internet eine Vielzahl an oft kurzlebigen Angeboten beobachten, wie auch die Nutzung von Medien von anderswo digital noch einmal sehr viel erleichtert wird. Diese Transformation, die einerseits bedeutet, dass man nicht mehr auf ethnische Medien angewiesen ist, um etwa Medien in bestimmten Sprachen nutzen zu können, hat andererseits auch zur Folge, dass Ethnomedien umso deutlicher eine Funktion der Lokalisierung erfüllen und eben gerade helfen, die Sichtbarkeit der eigenen Gruppe und deren Platz innerhalb von Mehrheitsgesellschaften zu artikulieren und zu behaupten. Eine bemerkenswerte Entwicklung in dieser Hinsicht waren die Versuche zur Implementierung von Stimmen der Minderheiten in der Tagespublizistik: In der österreichischen Tageszeitung die Presse erschien von 2008 bis 2010 wöchentlich eine Seite welche Berichte von JournalistInnen mit Migrationshintergrund enthielt und derStandard.at wurde im Februar 2010 für sieben Jahre durch die Online-Redaktion daStandard.at erweitert. Diese ausschließlich von jungen NachwuchsjournalistInnen mit Migrationshintergrund betreute Seite musste allerdings 2017 aufgrund von Problemen, den inhaltlichen Ansprüchen einer Geschichte für jeden Tag gerecht werden zu können, eingestellt werden (Breitegger 2017).

Wie Hepp, Bozdag und Suna (2011) konstatierten, verständigt sich vor allem die jüngere Generation der MigrantInnen (erste und zweite Generation) analog zur Alterskohorte der autochthonen Bevölkerung via sozialer Medien. ¹⁴ Diese eröffnen Handlungsspielräume, über die eigenmächtig verfügt und die selbsttätig gestaltet werden können. Entkoppelt von Machtverhältnissen der Offline-Welt, entstehen so von MigrantInnen selbst generierte "Sonderwissensbestände" (Kissau 2010, 362), die auf die Bedürfnisse der Community eingehen. Eine rezente Studie nahm die weitgehend als unsichtbar geltenden Community der ChinesInnen in Österreich in den Blick. Intendiert war die Inkorpora-

tionsmuster (damit die Teilhabe an sozialen und kulturellen Räumen) wie Identitätszuschreibungen (damit die imaginierte Partizipation an Communities) der ChinesInnen in Österreich transparent zu machen und ihre diesbezüglichen Beweggründe und Motive zu ermitteln. Gegenstand der Analyse war das, nach Angaben des Autors einzige von ChinesInnen in Österreich selbst betriebene und eine enorme Zahl von 20.000 NutzerInnen aufweisende Webforum Outuo. Feststellbar war, dass die seitens der Community geschaffenen Angebote zur Teilhabe in realen sozialen Räumen vielfältig sind. Das als Kontaktzone verstandene Webforum liefert wesentliche Ratschläge zur Integration und zur Orientierung auch außerhalb der ethnischen Gemeinschaft. Damit kann für die Gruppe der chinesischen MigrantInnen eine transnationale Teilhabe – eine Inklusion in chinesische wie auch in österreichische Gemeinschaften konstatiert werden. Die Identitätszuschreibungen hingegen waren dominant von China geprägt. Wie der Autor daraus folgt, kann die Partizipation an realen transnationalen Gemeinschaften "einfacher" erzielt werden, als der Wandel von imaginierter Zugehörigkeit. Auch steht soziale Integration in die Aufnahmegesellschaft dem Lebensgefühl der Diaspora nicht entgegen (Schäfer 2017). Anders verhält sich das Gefühl der Zugehörigkeit zu einer Imagined Community innerhalb der Gruppe von MigrantInnen der zweiten und dritten Generation. Asboth und Nadjivan untersuchten die Repräsentation auf Facebook durch die Generation junger Erwachsener, deren Eltern als Flüchtlinge des Jugoslawien Krieges oder deren Großeltern als GastarbeiterInnen ins Land kamen. Die AutorInnen schreiben dieser Gruppe das Label der "Generation in Between" zu (Asboth & Nadjivan 2017, 187), das sich in einer Lebensrealität innerhalb von zwei Welten widerspiegelt. Die Analyse der Kommunikation durch diese Plattform zeigt, dass die Loyalitäten und Distanzierungen der jungen Menschen sich permanent verändern.

Conclusio

Ausgehend von Beispielen aus der langen Geschichte der Migration und der Minderheiten in Österreich wurde die Rolle der Ethnomedien, verstanden als Plattformen zur Orientierung vor allem aber der Repräsentation der Identität

¹⁴ Dazu auch das Sozial Media Radar, demzufolge die Gruppe der 20-29-Jährigen die größte Gruppe der NutzerInnen von sozialen Medien darstellt.

innerhalb wie außerhalb der Community diskutiert. In, im Zeitverlauf zunehmend höher diversifizierten, Gesellschaften mit fragmentierten Öffentlichkeiten und individualisierten Lebensverläufen gewinnt die Chance auf Partizipation am öffentlichen Diskurs und damit Teilhabe am sozialen Gefüge zunehmend an Relevanz. Die Faktoren, die die Entstehung von Ethnomedien formten, ermöglichten oder auch verhinderten, blieben über den beschriebenen Zeitverlauf konstant. Veränderungen im politischen System verändern die Medienlandschaft sehr rasch und Medien von Minderheiten sind in diesem Gefüge besonders vulnerabel. Politische und gesetzliche Restriktionen (von Anerkennung der Sprache über Chancen von massenmedialer Repräsentation durch die betroffene Gruppe selbst), wirtschaftliche Rahmenbedingungen (Förderungen der öffentlichen Hand, anfangs kleine Publika und damit geringe Werbezielgruppen, in den letzten Jahren erste Signale eines Interesses seitens der Werbewirtschaft), Pressefreiheit (seit dem Ende der autoritären Regime wie der Besatzungszeit) wie die Einschätzung der Ethnomedien durch die Mehrheitsgesellschaft (Instrumente zur Rollenfestschreibung von Außen oder zur Selbstbeschreibung von Innen, Plattformen, die Inklusion ermöglichen oder Exklusion im Medienghetto nach sich ziehen) haben die Ethnomedien seit ihrer Entstehung geprägt.

Die Veränderungen der Medientechnologien brachten enorme Chancen für die Plattformen der Minderheiten, Medienprodukte günstiger zu produzieren und ihre Botschaften letztendlich auch an ein breiteres Publikum zu streuen. Die Möglichkeiten via Rundfunk bewegen sich seit den 80er-Jahren innerhalb Nischen des öffentlich-rechtlichen Senders ORF bzw. im Milieu von freien BürgerInnenradios. Mit der Diffusion des Internets in die Gesellschaft existieren Chancen zur Wahrnehmung durch breitere Publika. Gleichzeitig schwingt aber auch die, alle Internetangebote betreffende Gefahr der Filterbubbles wie der kaum vorhandenen Rezeption infolge des Überangebotes an Anbietern mit. Auch die Möglichkeit einer falschen Einschätzung der Intentionen der dahinterstehenden Gruppe gewinnt im Internet eine neue Dynamik.

Die Technologien gingen mit einer Erweiterung der Optionen im Hinblick auf Produktion wie Vertrieb einher, jedoch wird Medienproduktion immer noch von finanziellen Möglichkeiten bestimmt. Diesbezüglich ist die Geschichte von prekären Rahmenbedingungen gekennzeichnet. Öffentliche Förderungen ermöglichen wohl die Herstellung, weniger jedoch die Professionalisierung bzw. das Erwirtschaften einer existentiellen Basis der JournalistInnen. Erste Anzeichen von Veränderung können freilich in Phänomenen wie steigende Anzeigen in Ethnomedien gewertet werden. Aufgrund der mittlerweile rund ein Viertel der Bevölkerung ausmachenden Gruppe von Menschen mit Migrationshintergrund wurde auch wirtschaftliches Interesse an diesem Markt geweckt. Via Ethnomedien kann an diese KonsumentInnen gezielt adressiert werden.

Gleichzeitig stellt sich die Frage ob Minderheitenmedien in den gebotenen Plattformen vor dem Hintergrund von leichterer Verfügbarkeit der Informationen zu ihrer Zielgruppe auch weiterhin benötigt werden. Nicht zuletzt exkulpieren diese Nischen, Sendeschienen und Plattformen die Publika mit Migrationshintergrund ins Außerhalb bzw. an den Rand der Gesellschaft. Dabei verdeutlicht uns eine genaue Rundumschau, dass Menschen mit Migrationshintergrund längst rundherum und in der Mitte der Gesellschaft angekommen sind. Einer jüngeren Studie der ORF Public Value Abteilung zufolge, sind MigrantInnen starke NutzerInnen von Fernsehangeboten und vermissen in den Sendeschienen der Mehrheit die Repräsentation ihrer Gruppe. Eine stärkere Durchmischung der Redaktionen und eine inhaltliche Abbildung dieser Realität wäre folglich eine schlüssige Folge dieser Forderung. Zu diesem Schluss gelangte auch Sreberny,

"a highly differentiated public sphere, with minorities only talking to and amongst themselves and a deaf majoritarian culture, does not help to promote that shared space". (Sreberny 2005, 457)

Die Veränderungen in den Formen der Ethnomedien, wie sie neuere Projekte wie biber zu leisten vermögen, zeigen Möglichkeiten der Verständigung auf. Was die vereinzelten Befunde zur Medienrezeption von MigrantInnen (vielfach der jüngeren MigrantInnen) verdeutlichen, ist eine Medienauswahl, in der Ethnoangebote EINEN Teil ausmachen. Denn wer sich in einer Zwischenwelt bewegt, greift auf Angebote aus beiden Universen zurück.

Bibliographie

- Anderson, B. (2006). *Imagined communities: reflections on the origin and spread of nationalism* (Rev. ed). London, New York.
- Akinyosoye, C. & Inou, S. (2012). Österreichisches Medienhandbuch Migration & Diversität 2012. Interkulturelle Medien für Marketing, PR und Werbung in Österreich. Wien.
- Arnold, A. K. & Schneider, B. (2007). Communicating separation. Ethnic media and ethnic journalists as institutions of integration in Germany. In: *Journalism*, 8 (2), S. 115-136.
- Asboth, E. & Nadjivan, T. (2017). Neither Here Nor There Ni ovde, ni tamo: Religiously Connoted Social Media Self-Representations of "Generation In-Between". In: Bischof, G. & Rupnow, D. (Hg.), *Migration in Austria. Contemporary Austrian Studies*. Volume 26. Innsbruck, S. 187-212.
- Averbeck-Lietz, S. (2013). Pathways of intercultural communication research. How different research communities of communication scholars deal with the topic of intercultural communication. In: *Communications*, 38 (3), S. 289-313.
- Becker, J. (2007). Für Vielfalt bei den Migrantenmedien: Zukunftsorientierte Thesen: 1957-1999. In: Bonfadelli, H. & Moser, H. (Hg.), *Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum.* Wiesbaden, S. 43-52.
- Böse, M.; Kogoj, C. (2002). Minderheiten und elektronische Medien in Österreich. In: SWS-Rundschau, Jg. 42., H. 3, S. 293-307.
- Brantner, C. & Herczeg, P. (2013). ,The life of a new generation': Content, values and mainstream media perception of transcultural ethnic media An Austrian case. In: *Communications*, 38 (2), S. 211-235.
- Brantner, C. (2002). "Neue" ethnische Minderheiten und Medien in Österreich unter besonderer Berücksichtigung ihrer Repräsentanz in Freien Radios. Dipl. Wien.
- Bratić, L. (2008). Notizen zur Geschichte der Medien der Migrantinnen und Migranten in Österreich. Ein Text zum Projekt Collektive Start. In: Bratić, L. & Inou, S. (Hg.), Medien von und für Migrantinnen und Migranten in Österreich. Wien S. 13-33.
- Breitegger, B. (08.02.2017). Kein Geld. DaStandard wird eingestellt. In: *Der Falter*, Nr. 6. Abgerufen von https://www.falter.at/zeitung/20170208/kein-geld-dastandard-at-wird-eingestellt/3fe5ee0fad?ref=nav, Zugriff am 23.11.2019.
- Browne, D. R. & Uribe-Jongbloed, E. (2013). Introduction: Ethnic/Linguistic Minority Media-What their History Reveals, How Scholars have Studied them and What We might Ask Next. In: Haf Gruffydd Jones, E. & Uribe-Jongbloed, E. (Hg.), Social Media and Minority Languages: Convergence and the Creative Industries. Bristol, S. 1-30.
- Busch, B (1999). Von Minderheitenmedien zu Medien in multilingualen & multikulturellen Situationen. Versuch eines Überblicks über das Forschungsfeld. In: *Medien Journal*, 23 (2), S. 3-12.
- Cottle, S. (2000). Introduction Media Research and Ethnic Minorities: Mapping the Field. In: Cottle, S. (Hg.), *Ethnic minorities and the media: changing cultural boundaries*. Buckingham, Philadelphia, S. 1-30.
- Deuze, M. (2006). Ethnic media, community media and participatory culture. In: *Journalism*, 7 (3), S. 262-280.
- eety Telecommunications GmbH (2012). Onlinestudie: Wie telefonieren Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in Österreich und welche Medien konsumieren sie. Wien. Abgerufen von http://medienservicestelle.at/migration_bewegt/2012/12/10/2012-bks-community-telefonier-und-medienverhalten/, Zugriff am 23.11.2019.
- Falböck, G. (2009). Narrative des Dazwischen. Schreiben im Exil als identitätsstiftende Kommunikation in der Krise ausgeführt am Beispiel der österreichischen Exilzeitschrift "Austro American Tribune". Diss. Wien.
- Friesel-Kopecki, D. (1983). Die serbische Nationalbewegung. In: Reiter, N. (Hg.), *Nationalbewegungen auf dem Balkan*. Wiesbaden, S. 177-279.
- Hausjell, F. (2003). Lang ignoriert, aber intensiv nachgeholt. Bilanz und Perspektiven zur kommunikationswissenschaftlichen Erforschung des österreichischen Journalismus im Exil 1933/34- 1945.
 In: Adunka, E. & Roessler, P. (Hg.), Die Rezeption des Exils. Geschichte und Perspektiven der österreichischen Exilforschung. Wien, S. 155-175.

- Hepp, A.; Bozdag, C. & Suna, L. (2011). *Mediale Migranten. Mediatisierung und die kommunikative Vernetzung der Diaspora.* Wiesbaden.
- Herczeg, P. (2009). Migrants and Ethnic Minorities in Austria: Assimilation, Integration and the Media. In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hg.), *Media Migration Integration. European and North American Perspectives*. Bielefeld, S. 71-96.
- Institut für qualitative Marktforschung (2011). *IFQM EthnoBus ,Die neuen Österreicher 2011*'. Eine Omnibus-Studie des Instituts für qualitative Marktforschung in Kooperation mit Brainworker Community Marketing. Abgerufen von http://de.slideshare.net/chrisfuehrer/ifqmethnobus, Zugriff am 23.11.2019.
- Johnson, M. A. (2010). Incorporating self-categorization concepts into ethnic media research. In: *Communication theory*, 20/2010, S. 106-125.
- Kissau, K. (2008). Das Integrationspotential des Internet für Migranten. Diss. Wiesbaden.
- Kogoj, C. (1997). Minderheitenmedien Medien für Minderheiten. Diss. Wien.
- Komm Austria (2019). Ergebnisse der Förderung gemäß dem Abschnitt II des Publizistikförderungsgesetzes 1984 im Jahr 2019. Wien. (Zugriff am 19.11.2019)
- Kosnick, K. (2000). Building bridges. Media for migrants and the public-service mission in Germany. In: *European journal of cultural studies*, 3/2000, S. 319-342.
- Langenbucher, W. R. & Hausjell, F. (Hg.) (1995). Vertriebene Wahrheit. Journalismus aus dem Exil. Wien.
- Matsaganis, M. D.; Katz, V. & Ball-Rokeach, S J. (2011). *Understanding ethnic media. Producers, consumers, and societies.* Los Angeles.
- Maas, L. (1990). *Handbuch der deutschen Exilpresse 1933-1939*. Band 4. Die Zeitungen des deutschen Exils in Europa von 1933 bis 1939 in Einzeldarstellungen. München, Wien.
- Moring, T. (2007). Functional Completeness in Minority Language Media. In: Cormack, M. & Hourigan, N. (Hg.), *Minority Language media. Concepts, Critiques and Case Studies*. Clevedon, S. 17-33.
- Melischek, G. & Seethaler, J. (2016). Die Tagespresse der franzisko-josephinischen Ära. In: Karmasin, M. & Oggolder, C. (Hg.), *Österreichische Mediengeschichte*. Band 1. Von den frühen Drucken zur Ausdifferenzierung des Mediensystems (1500 bis 1918). Wiesbaden, S. 167-192.
- Müller, D. (2005). Die Inhalte der Ethnomedien unter dem Gesichtspunkt Integration. In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss Forschungsstand Bibliographie. Bielefeld, S. 323-355.
- Nadjivan, S. (2011). "Ethno-Medien" in Österreich. Hybride öffentliche Räume. In: *IDM Info Europa. Migration im Donauraum. Willkommen in Europa?*, 1, S. 28-29.
- Payer, P. (2004). "Gehen Sie an die Arbeit". Zur Geschichte der "Gastarbeiter" in Wien 1964-1989. In: Wiener Geschichtsblätter, 1/2004, S. 1-19.
- Piga, A. (2007). Mediennutzung von Migranten: Ein Forschungsüberblick. In: Bonfadelli, H. & Moser, H. (Hg.), *Medien und Migration. Europa als multikultureller Raum.* Wiesbaden, S. 209-234.
- Ratkovic, V. (2018). Postmigrantische Medien: Die Magazine "biber" und "migrazine" zwischen Anpassung, Kritik und Transformation. Bielefeld.
- Rigoni, I. (2005). Challenging notions and practices: The muslim media in Britain and France. In: *Journal of ethnic and migration studies*, 31 (3), S. 563-580.
- Schäfer, C. (2017). "Nachfahren des Drachen" und "echte Wiener"? Identitäten und Inkorporationsmuster chinesischer Migranten in Österreich am Beispiel des Webforums www.outuo.net. Diss. Wien.
- Schwarzenegger, C.; Falböck, G.; Elefon, M.; Ellefson, M., Agirreazkuenaga, I., Ferrández Ferrer, A., Graf, H. & Yanglyaeva, M. (2019). Ethnic minorities and the media a struggle for voice, self and community? In: Arnold, K.; Preston, P. & Kinnebrock, S.(Hg.), *The Handbook of Mediated Communication in Modern Europe*. Hobroken, S. 437-452.
- Weber-Menges, S. (2005). Die Entwicklung ethnischer Medienkulturen. Ein Vorschlag zur Periodisierung. In: Geißler, R. & Pöttker, H. (Hg.), Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland. Problemaufriss Forschungsstand Bibliographie. Bielefeld, S. 241-322.
- Weiss, H. (2000). Alte und neue Minderheiten. Zum Einstellungswandel in Österreich (1984-1998). Abgerufen von http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/weiss.pdf, Zugriff am 23.11.2019.

m&z 3/2019

Yildiz, I. (2009). Die lokalen türkischsprachigen Zeitungen in Wien und deren Funktion beim Integrationsprozess. Eine empirische Untersuchung zur Integrationsleistung der türkischsprachigen Monatszeitungen in Wien. Dipl. Wien.

Zauner, K. (2012). Zuwanderung – Herausforderung für Österreichs Medien. Diss. Wien.

Gaby FALBÖCK,

Dr.in, Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie der Politikwissenschaft an der Universität Wien, Dissertation zum Thema *Exiljournalismus als identitätsstiftende Kommunikation in der Krise*, Lektorin am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft der Universität Wien, Dozentin für Lehre und Praxis der Fachhochschule St. Pölten, Mitherausgeberin der kommunikationshistorischen Fachzeitschrift *medien & zeit*; Forschungsschwerpunkte: Kinder und Medien, biografische Forschung, Exil, Migration und Medien sowie Kommunikationsgeschichte.

Christian SCHWARZENEGGER,

Dr., ist seit 2017 Akademischer Rat a. Z. am Institut für Medien, Wissen und Kommunikation an der Universität Augsburg. Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Soziologie, Politikwissenschaft und Philosophie in Wien. Promotion mit einer Studie über "Transnationale Lebenswelten und Europa als Kommunikationsraum". 2010-2012 Wissen-schaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sprach- und Kommunikationswissenschaft der RWTH Aachen und seit 2012 am Institut für Medien, Wissen und Kommunikation der Universität Augsburg. Co-Sprecher der Fachgruppe "Kommunikationsgeschichte" der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und Vice-Chair der ECREA Commu-nication History Section. Forschungsschwerpunkte: Historische Kommunikationsforschung, Medienwandel, Kommunikationswissenschaftliche Erinnerungsforschung, Mediennutzung und kommunikative Praktiken im Alltag. Mitbegründer der Initiative "Kommunikationsge-schichte digitalisieren".

Heimatlos, staatenlos, bildlos¹

Fotografien von Displaced Persons in österreichischen Illustrierten

Marion Krammer & Margarethe Szeless freie Wissenschafterinnen und Gründerinnen von wesearch – agentur für geschichte und kommunikation

Abstract

Der Beitrag befasst sich mit der Präsenz des Themas "Displaced Persons" (DPs) in den österreichischen Nachkriegsillustrierten. Es wird gezeigt, dass die Existenz und das Leben der DPs (mit Ausnahme der "Volksdeutschen") von der Mehrheit der österreichischen Illustrierten ignoriert und die Flüchtlinge dadurch öffentlichkeitswirksam negiert wurden.

Demgegenüber ist das Bildmotiv von aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten ein fester Bestandteil der österreichischen Bildkultur der Nachkriegszeit

"Rush DPs leaving for States. If Wiener Kurier truck is missed put on plane. Holding up Bilderbeilage for those pix. Include enough material for full captions. Inform us tomorrow morning if you can do this."
(Okamoto, 1948)

Diese Zeilen schickte Yoichi Okamoto, Leiter des amerikanischen Bilderdienstes in Österreich. Ende 1948 via Fernschreiber an seine Mitarbeiter im Salzburger Büro. In der Bildbeilage der von den US-AmerikanerInnen herausgegebenen Zeitung Wiener Kurier wurde die Reportage mit dem Titel "Ihre neue Heimat: Palästina" schließlich am 11. Dezember 1948 veröffentlicht. Die wahrscheinlich von Robert Halmi aufgenommenen Fotografien zeigen die Abreise jüdischer Flüchtlinge aus dem Displaced-Persons-Lager in Saalfelden, die via Flugzeug direkt von Österreich nach Israel gebracht wurden (siehe Abb. 1). Im Jänner 1949 veröffentlichte die Bildbeilage eine weitere Aufnahme, welche die Abreise von 400 DPs aus der amerikanischen Besatzungszone Österreichs festhält, die "in den Vereinigten Staaten eine neue Heimat und neue Möglich-

Mit der fotografischen Dokumentation von DPs hatte der unter dem Namen Pictorial Section seit Mai 1945 von Salzburg aus operierende amerikanische Bilderdienst bereits kurze Zeit nach Ende des Zweiten Weltkrieges begonnen. Howard Hollem, erster Leiter der Pictorial Section, vermerkte in einem Tätigkeitsbericht vom 10. Juni 1945, dass er das im Salzburger Zentrum gelegene "Photo-Haus Max Mann" für die Zwecke des Bilderdienstes beschlagnahmt und erfolgreich sechs Österreicher als Mitarbeiter rekrutiert habe. Weiters hält Hollem in sachlich-nüchternem Ton die Abreise seines Fotografen Fred Davies nach Linz und Paris fest, der die Rückführung von DPs nach Frankreich dokumentieren sollte. (Hollem, 10.6.1945, Report, NARA) Die bei diesem Auftrag entstandenen Fotografien2 (siehe Abb.2) wurden jedoch aufgrund der noch fehlenden Publikationsmöglichkeiten mit großer Wahrscheinlichkeit in den Auslagen der vom amerikanischen Information Service Branch (ISB) betriebenen

keiten für ein friedliches Leben" (N.N. Titelseite der *Bildbeilage* des *Wiener Kurier*, 15.1.1949) finden sollten.

Dieser Text ist in gleicher Fassung bereits veröffentlicht in: Magdalena Vucović (Hg.), Porträts der Entwurzelung. D'Oras Fotografien in österreichischen Flüchtlingslagern 1946-1949, Beiträge zur Geschichte der Fotografie in Österreich 17, Salzburg: fotohof edition, 2018, S. 23-40. Wir danken der Herausgeberin für die freundliche Genehmigung des Wiederabdrucks.

² Im Bildarchiv der Österreichischen Nationalbibliothek (ÖNB) finden sich insgesamt drei Fotografien dazu, die mit 6. September 1945 datiert sind (Inv.-Nr. US 363, US 365-B, US 366-B).



Abb. 1: USIS/Robert Halmi (?), Der erste Lufttransport jüdischer Displaced Persons von Österreich nach Israel, 25.11.1948, Bildarchiv/ÖNB, Inv.nr. US 8283/14

An Board des Flugzeuges befanden sich insgesamt 18 jüdische Kinder, Frauen und Männer sowie mehrere Zeitungskorrespondenten. Weitere, ebenfalls zu dieser Bildserie gehörigen, jedoch nicht veröffentlichten Aufnahmen zeigen die Flugzeugcrew und das DP-Durchgangslager "Givat Avoda" ("Hügel der Arbeit"), welches sich in der Wallner-Kaserne am Ortsrand von Saalfelden befand.



Abb. 2: USIS, Verlegung von 1000 jüdischen Flüchtlingen aus dem Salzburger Displaced Persons Lager in neue Quartiere, 6.9.1945, Bildarchiv/ÖNB, Inv.nr. US 365-B

"Information Centers" ausgestellt. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren die Schaufenster dieser "Amerika-Häuser" das wichtigste visuelle Informations- und Kommunikationsmedium der amerikanischen Besatzungsmacht. Die dort präsentierten Fotografien zeigten auf Ausstellungstafeln lokale Ereignisse wie etwa den Sieg der Alliierten, das Ende des NS-Regimes oder NS-Gräueltaten (Hollem 14. und 15.7.1945, Reports, NARA).

Die zentrale Mission des ISB und des ihm zugehörigen Bilderdienstes war, so Howard Hollem

retrospektiv, die Vermittlung aktueller Informationen über den Krieg an eine von der Außenwelt jahrelang abgeschottete Bevölkerung (Hollem 26.1.1948, History of ISB *Pictorial Section*, NARA). Darüber hinaus sollten neben diversen US-Militärorganisationen und anderen Abteilungen des ISB (*Graphic Display, Feature* und *News Section*) auch ausländische Nachrichtenorganisationen und internationale Hilfsorganisationen wie zum Beispiel die UNRRA mit Bildmaterial versorgt werden.³ Vor allem aber stellte die *Pictorial Section* österreichischen Zei-

12.4.1946. Nach der Übernahme der *Pictorial Section* durch Okamoto wurde in einem Tätigkeitsbericht festgehalten, dass nur ein sehr kleiner Anteil der Arbeit des Bilderdienstes

³ Mit der UNRRA wurde im Jahr 1946 nachweislich Bildmaterial ausgetauscht. NARA, RG 260, ISB Features Section, Box 2, Memo Hollems an Col. Stanley J. Grogan,

tungen und Magazinen unentgeltlich Fotografien zur Verfügung. Der durch Yoichi Okamoto forcierte systematische Ausbau des Bilderdienstes resultierte in der beispiellosen Dominanz der amerikanischen Besatzungsmacht am Pressebildermarkt in Österreich. Mit dem Beginn der wöchentlichen Herausgabe der Bildbeilage des Wiener Kurier ab Juli 1948 setzte Okamoto wegweisende Impulse für den Bildjournalismus der Zweiten Republik. Sein aus jungen österreichischen Fotoreporter zusammengesetztes Team prägte mit einem an der Life-Fotografie orientierten Reportagestil die heimische Szene nachhaltig. Bildreportagen wie jene eingangs erwähnte zur Abreise jüdischer DPs aus Österreich sind aber verglichen mit anderen Themen wie beispielsweise der Marshall-Plan-Hilfe auch im illustrierten Medium der AmerikanerInnen unterrepräsentiert.

Ganz allgemein lässt sich auf Basis einer quantitativen Auswertung von rund 60.000 Einzelbildnachweisen4 der wichtigsten überregional erscheinenden illustrierten Medien der Besatzungszeit - Wiener Illustrierte, Wiener Bilderwoche, Welt-Illustrierte und Große Österreich Illustrierte⁵ - festhalten, dass die Zahl der publizierten Fotografien von DPs in den österreichischen Bildmedien nach 1945 spärlich ist. Dennoch soll hier anhand eines relativ kleinen Bilderkorpus versucht werden, folgende Fragen zu beantworten: Welches Bild zeichnen die illustrierten Nachkriegsmedien von der heterogenen Gruppe der DPs, und wie berichtet im Vergleich dazu der Wiener Kurier über die Flüchtlingsthematik?

DPs im Mediendiskurs

In Anspielung auf die Frage der Schuld Österreichs an den Verbrechen und Gräueltaten des NS-Regimes zeigt das Titelblatt der Großen Österreich Illustrierten am 19. März 1949 ein kleines Mädchen, das bedrückt zu Boden blickt und fragt: "Bin auch ich schuldig?" Im Blattinneren fordert die Redaktion sodann in einer doppelseitigen Bildmontage "Schluss damit" und agitiert unmissverständlich gegen die Entnazifizierungsmaßnahmen der Regierung. Auch in anderen österreichischen illustrierten Blättern, unabhängig ob alliierte, parteinahe oder private Zeitungsgründung, ist die Verortung der NS-Verbrechen und -Gräueltaten nach Deutschland symptomatisch. Ebenso kennzeichnend für die österreichischen Illustrierten ist das Oszillieren zwischen offener und subtiler Einflechtung des Opfermythos Österreichs sowie die fotografische Inszenierung des Wiederaufbaus.

Eine ausführliche Berichterstattung über die Flüchtlingsthematik und vor allem die Gruppe der jüdischen DPs wäre der bildlichen Manifestation von Österreich als erstem Opfer Adolf Hitlers im Weg gestanden, der Abdruck von Fotografien von Flüchtlingen somit einem visuellen Schuldeingeständnis gleichgekommen. Der Historiker Michael John resümiert:

"Thus the presence and behavior of the Allied DPs collided with a basic assumption of the Second Republic: That Austria should be viewed as "Hitler's first victim", and therefore the country should really be given a considerable degree of sovereignty. This assumption is frequently termed the "lie" of the Second Republic." (John 1998, 35f)

(7 Prozent) auf die fotografische Dokumentation und Versorgung mit Material von sogenannten Outside Agencies wie CARE, UNICEF, IRO, etc. entfiel. Siehe das Memo Yoichi Okamotos an ISB Controller William G. Magee, 7.2.1950, NARA, RG 260, Pictorial Section, Box 2, Folder 20. Im Vergleich dazu entfiel der Arbeitsaufwand für den Wiener Kurier auf 18 Prozent, für die mit der Umsetzung des Marshall-Plans betraute Organisation ECA auf 27 und für Radio Rot-Weiß-Rot auf 16 Prozent. Im Jahr 1950 wurden etwa die Organisationen IRO, CARE und UNICEF auf einer "Nonpriority"-Basis mit Bildmaterial versorgt; Okamoto hielt zu diesen Aufträgen Folgendes fest: "Publicity assignments received through the IRO Public Relations Office which we consider of Austrian interest are accepted." Siehe Yoichi Okamoto, The ISB Pictorial Section as of 31 August 1950, NARA, RG 260, Pictorial Section, Box 1, Folder 1.

⁴ Diese Daten wurden von den Autorinnen gemeinsam mit Studierenden am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft im Rahmen des FWF-Forschungsprojekts "War of Pictures. Austrian Press Photography 1945-1955" erhoben. Zum Projekt siehe: http://pressefotografie.univie.ac.at/.

Bereits am 13. November 1945 erschien die erste österreichische Nachkriegsillustrierte, die vom sozialdemokratischen Vorwärts-Verlag herausgegebene Wiener Bilderwoche. Am 1. April 1946 folgte die unabhängige, vom österreichischen Schauspieler und Filmregisseur Willi Forst herausgegebene Illustrierte Film. Ab September 1946 kam mit der von der sowjetischen Besatzungsmacht verlegten Welt-Illustrierten schließlich auch eine alliierte Illustrierte auf den österreichischen Markt. Mitte 1947 folgte mit der Wiener Illustrierten ein weiteres parteipolitisch unabhängiges Blatt. Im Juli 1948 lancierte der Wiener Kurier unter der Ägide des Leiters des amerikanischen Bilderdienstes Yoichi Okamoto seine innovative Bilderbeilage. Die ÖVP konnte mit der großformatigen Großen Österreich Illustrierten erst 1949 reüssieren.

Dementsprechend sprachen sich die österreichischen Behörden schon früh und wiederholt für eine Ausweisung aller DPs aus Österreich aus (Albrich 1988, 232ff).

Die politisch konservative Große Österreich Illustrierte konzentriert ihre wenigen Bildberichte über DPs nicht auf die auch nach Mai 1948 in Österreich verbliebenen jüdischen oder nicht deutschsprachigen Flüchtlinge. Die Illustrierte machte vielmehr die Vertreibung der Flüchtlingsgruppe der sogenannten Volksdeutschen, die aus Osteuropa geflohen, umgesiedelt oder staatenlos waren, zum Thema. Ihre Bildgeschichten übertitelt die Illustrierte etwa mit "Recht auf Heimat und menschliches Dasein für die Volksdeutschen" (Große Österreich Illustrierte 28.1.1950, 3) oder berichtet über das Leben und die Situation der "Volksdeutschen in Arlberg". (Große Österreich Illustrierte 27.1.1951, 6) Der Historikerin Tara Zahra zufolge gelang es der Gruppe der deutschsprachigen Flüchtlinge - "thanks largely to the growing political organization of [,Volksdeutsche'] expellees themselves" (Zahra 2010, 195) sich bei der österreichischen Bevölkerung als potenzielle StaatsbürgerInnen und anderen DPs gegenüber als kulturell-ökonomisch überlegen zu positionieren. Die Bezeichnung als "Altösterreicher" diente der Herstellung von Kontinuitäten zwischen der Habsburgermonarchie und der Zweiten Republik; die Beteiligung von dieser Gruppe zugehörigen Personen am NS-Konzept der Gewinnung von "Lebensraum im Osten" wurde so überblendet (Ebd., 194).

Eine Argumentation, die nicht nur von der Gruppe der "Volksdeutschen" in Kampagnen gezielt lanciert, sondern auch in Medien wie der Großen Österreich Illustrierten oder der Wiener Illustrierten aufgegriffen und fortgesetzt wurde. Die Wiener Illustrierte berichtete auf einer Doppelseite über ein "Kärntner Grenzdorf in den Karawanken" und benannte die aus Jugoslawien vertriebenen "Volksdeutschen" als "vielfach alte Österreicher, die durch den Frieden von St. Germain unter die Fremdherrschaft gekommen waren." (Wiener Illustrierte, 28.2.1948, 9) An dieser Stelle ist anzumerken, dass viele von den in Österreich verbliebenen sogenannten fremdsprachigen Ausländern (1948: 164.000, davon 24.791 Jüdinnen und Juden) einst Bürgerinnen und Bürger der Monarchie gewesen waren. Diese DPs wurden jedoch weder medial noch vom österreichischen Staat je als "Altösterreicher" angesehen (Zahra, 2010, 197).

Besonders die Medienberichterstattung über nicht deutschsprachige DPs respektive Flüchtlinge aus Osteuropa fiel negativ aus (ebda, 29). In den Medien und großen Teilen der Bevölkerung wurden nicht deutschsprachige Flüchtlinge als Belastung für die österreichische Wirtschaft angesehen. Zwar versuchten auch diese in den von ihnen herausgegebenen Zeitungen ein positives Bild zu zeichnen, allerdings waren sie in ihren Bemühungen weitaus weniger erfolgreich (ebda, 203). In einer Rede im März 1950 verkündete der österreichische Innenminister Oskar Helmer: "The non-German-speaking DPs and refugees cannot remain in our country and we must double our efforts to clear them out" (Ebda, 210).

Das Narrativ der geglückten Emigration

Während konservative Medien wie die Große Österreich Illustrierte ihre Aufmerksamkeit in der Berichterstattung verstärkt auf die Gruppe der "Volksdeutschen" lenkten, wird in der illustrierten Bildbeilage des Wiener Kurier nur selten über sie in Wort und Bild berichtet. Hingegen fokussiert Yoichi Okamoto in der thematischen Gestaltung der Bildbeilage wiederholt auf die Abreise der Flüchtlinge aus Österreich und Deutschland sowie auf ihre Ankunft und das neue Leben in Israel, den USA und Kanada.6 Für die Fotoreportage "Neue Heimat Kanada" (siehe Abb. 3) wählt Okamoto Fotografien aus, die junge Frauen und Männer bei der Arbeit, während der Ausbildung, in einem Sprachkurs und in ihrer Freizeit zeigen. Es sind Aufnahmen, die den Integrationswillen und das Engagement der künftigen StaatsbürgerInnen auf anschauliche Weise demonstrieren.

Auffallend ist, dass beide Bildreportagen sich auf "europäische DPs" (Bildbeilage des Wiener Kurier, 20.8.1949) bzw. auf in deutschen DP-Lagern untergebrachte Personen beziehen und die Situation der Flüchtlinge in Österreich ausgeblendet wird. Dieser Umstand mag einerseits an den verwendeten Fotografien aus internationaler respektive amerikanischer Quelle liegen. Agenturen wie die amerikanische International News

wähnten Reportagen "Neue Heimat: Kanada", 20.8.1949, oder "Fahrt in die neue Heimat", 5.11.1949.

⁶ Siehe etwa die Ausgaben der *Bildbeilage* des *Wiener Ku-rier* vom 26.3.1949, 7.1.1950 und 1.12.1951 und die er-



















Press oder die New York Times brachten häufig weltweit dieselben Bilder und Storys in Umlauf. Über internationale Vertriebskanäle fand so auch eine Fotografie vom "millionsten DP" ihren Weg in die Bildbeilage (Titelseite Bildbeilage des Wiener Kurier, 1.12.1951). Dass zu diesem Ereignis divergierende Angaben und Fotografien von verschiedenen Personen kursierten, wurde von den Medien zugunsten des Sensations- und Neuigkeitswerts ignoriert.⁷

Anderseits entsprechen die Bilder einer geglückten Emigration bzw. erfolgreichen Repatriierung von DPs der von der amerikanischen Medienund Informationspolitik forcierten Strategie einer über Themen und Sachverhalte kommunizierten positiven Selbstdarstellung. Ein Beispiel dafür ist die Veröffentlichung der Geschichte von Pauline Wilsdorf. Am 23. Juni 1951 druckt die Bildbeilage eine Aufnahme der hochbetagten Frau, die auf einer Landkarte Nordamerikas auf ihren künftigen Wohnort, eine Farm in Buffalo, zeigt (siehe Abb. 4). Die Aufnahme ist Teil einer vierteiligen Bildserie, von der aber zumindest in der Bildbeilage keine weitere Aufnahme erschien.8 Die Geschichte von Pauline Wilsdorf wurde sodann auch von der US-Militärzeitung Stars and Stripes9 und zahlreichen anderen Medien aufgegriffen. Besonders eine Aufnahme, die sie winkend mit Zigarette im Mundwickel darstellt, zirkulierte global (etwa Le Soleil, 28.6.1951; The Daily Banner, 4.7.1951). Wilsdorf hat im Übrigen auch die Aufmerksamkeit der Fotografin d'Ora geweckt, die sie um 1951 im Lager Hellbrunn porträtierte.

Das Kommunizieren von Erfolgsgeschichten wie jener von Pauline Wilsdorf entspricht gänzlich der von den US-AmerikanerInnen forcierten Medien- und Informationspolitik. Bilder wie diese sollten die Erfüllung der US-amerikanischen Mission und anderer Hilfsorganisationen ver-

anschaulichen. Fotografien der NS-Gräueltaten sucht man auch in der *Bildbeilage* vergeblich. Der Bilderdienst verfolgte damit eine der UN-RRA ähnliche Inszenierungsstrategie (Salvatici 2015, 215-217). Die DP-Berichterstattung konzentrierte sich auf die hoffnungsvollen und positiven Seiten; ein über den Moment der Reise und der Emigration hinausgehendes Bild wird nicht kommuniziert. Fotografien, welche die oftmals triste und bedrückende Lebenssituation der DPs oder Missstände in DP-Lagern festhalten, hätten diese Inszenierungsstrategie unterlaufen.

Während die Existenz und das Leben der DPs (mit Ausnahme der "Volksdeutschen") von der Mehrheit der österreichischen Illustrierten ignoriert und die Flüchtlinge dadurch öffentlichkeitswirksam negiert wurden, suggerierte der Wiener Kurier in seinen Berichten einzig und allein die geglückte und reibungslos verlaufende Emigration. Mit ebendiesem visuellen Narrativ wurde vonseiten der amerikanischen Besatzer vor allem die Gruppe jüdischer DPs von einem Leben in Österreich ausgeschlossen. Das Ausmaß des Fehlens von DPs in der Medienberichterstattung wie allgemein in der kollektiven Erinnerung (Bauer 2000) wird auch dann besonders deutlich, wenn man die wenigen veröffentlichten Fotografien von DPs der Vielzahl an publizierten Bildern von Heimkehrern gegenüberstellt. Das Bildmotiv von aus der Kriegsgefangenschaft heimkehrenden Soldaten ist im Gegensatz zu jenem von DPs ein fester Bestandteil der österreichischen Bildkultur der Nachkriegszeit. "Diese ,dunkle', ,bedrohliche' und ,unheimliche' Seite des Nachkriegsjahrzehnts" (ebda, 159), welche die Gruppe der Displaced Persons pauschal für breite Teile der Bevölkerung repräsentierte, wurde von der Wiederaufbaugesellschaft systematisch ausgeblendet.

⁷ Vom millionsten DP hatte beispielsweise die deutsche Wochenschau "Welt im Film" bereits in der Nr. 334 vom 27.10.1951 berichtet; vgl. die entsprechende, online abrufbare Ausgabe von "Welt im Film": https://www.filmothek.bundesarchiv.de/video/583766?set_lang=de (letzter Zugriff: 10.6.2018).

⁸ Vgl. die Fotografien im Bildarchiv der ÖNB mit den Inv.-Nr. US 9421/4, 3, 5. Der Fotograf dieser Bilder war höchst-

wahrscheinlich Ferdinand Schreiber, der ab 1951 Leiter des Salzburger Büros der *Pictorial Section* wurde. Zu Schreibers Biografie siehe: Krammer und Szeless 2018.

⁹ Siehe den online abrufbaren Scan der entsprechenden Seite: http://www.crommelin.org/history/Biographies/1914Edward/UnrraScrapbook/History/IRO-ClosesDown.jpg (letzter Zugriff: 10.6.2018).



Abb. 4: Unbekannt/USIS, Bildbeilage des Wiener Kurier, 23. Juni 1951

Bibliographie

Albrich, T. (1988). Asylland wider Willen. Die Problematik der Displaced Persons in Österreich 1945-1948. In: Bischof G. & Leidenfrost J. (Hg), *Die bevormundete Nation. Österreich und die Alliierten 1945-1949*. Innsbrucker Forschungen zur Zeitgeschichte. Bd 4, Innsbruck, S. 217-244.

Bauer, I. (2000). Von nützlichen und lästigen, erinnerten und vergessenen Fremden. Besatzungssoldaten, Displaced Persons und das österreichische Gedächtnis, In: Zeitgeschichte, 3, S. 150-171.

John, M. (1998). Upper Austria, Intermediate Stop. Reception Camps and Schemes for Jewish DPs and Refugees in Transit, In: *Journal for Israely History*, 3, S. 15-39.

Salvatici, S. (2015). Sights of Benevolence: UNRRA's Recipients Portrayed, In: Fehrenbach, H. & Rodogno, D. (Hg.), *Humanitarian Photography. A History*. Cambridge, S. 200-222.

Zahra, T. (2010). Prisoners oft he Postwar. Expellees, Displaced Persons and Jews in Austria after World War II, In: *Austrian History Yearbook*, 41, S. 191-215.

Zeitungsartikel & Ausgaben:

Große Österreich Illustrierte, 28.1.1950.

N. N. (20.8.1949). Neue Heimat: Kanada. In: Bildbeilage des Wiener Kurier.

N. N. (5.11.1949). Fahrt in die neue Heimat. In: Bildbeilage des Wiener Kurier.

N. N. (1.12.1951). Titelseite. In: Bildbeilage des Wiener Kurier.

N. N. (15.1. 1949). Titelseite. In: Bildbeilage des Wiener Kurier.

N. N. (27.1.1951). Volksdeutsche in Arlberg. In: Große Österreich Illustrierte, S. 6.

N. N. (28.2.1948). Kärntner Grenzdorf in den Karawanken. In: Wiener Illustrierte, S. 8-9.

Archivalien:

Fernschreiben Yoichi Okamotos an das Salzburger Büro der Pictorial Section (o.D.,). Record Group (RG) 260, Features Section, General Records, Box 2., National Archives and Records Administration, Washington, D.C. (im Folgenden NARA).

Reports von Howard Hollem (14. und 15.7.1945). RG 260, Features Section, General Records, Box 2, Folder PS., NARA.

Report von Howard Hollem (10.6.1945). RG 260, Features Section, General Records, Box 2, Folder PS, NARA.

Howard Hollem (26.1.1948). History of ISB Pictorial Section, RG 260, Pictorial Section, Box 2, Folder 172, NARA.

Marion KRAMMER,

Studium der Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, Kunstgeschichte und Russisch in Wien. 2014-2018 war sie Mitarbeiterin des Forschungsprojektes "War of Pictures. Austrian Press Photography 1945-1955" am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft und promovierte mit einer kollektivbiografischen Studie zu österreichischen PressefotografInnen zwischen 1945 und 1955. Darüber hinaus war sie mehrfach kuratorisch für das Wien Museum und zuletzt für die Klimt Villa tätig. Mitgründerin von wesearch. agentur für geschichte und kommunikation. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: visuelle Kommunikation, Propaganda, Foto- und Mediengeschichte im 20. Jahrhundert. Lebt in Wien.

Margarethe SZELESS,

Studium der Kunstgeschichte in Wien, Paris und Budapest, 2005 Promotion mit einer Arbeit zur Kulturzeitschrift "magnum", arbeitete als Kunstkritikerin und Kuratorin, u.a. für das Wien Museum. 2014-2018 war sie Mitarbeiterin des Forschungsprojektes "War of Pictures. Austrian Press Photography 1945-1955" am Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft. Mitgründerin von wesearch. agentur für geschichte und kommunikation, Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Geschichte und Theorie der Fotografie im 20. Jahrhundert, Pressefotografie. Lebt in Wien.

Der Nutzen einer Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft?

Der Versuch einer Annäherung anhand zweier Beispiele österreichischer Geschichtsvermittlung

Maximilian Brockhaus & Klaus Kainz Institut für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft sowie Institut für Geschichte, Universität Wien

Abstract

Frauen- und Geschlechtergeschichte macht sich in der Gegenwart auf unterschiedlich Art und Weise bemerkbar – Debatten, Proteste, aber auch Gedenktage, Ausstellungen, neue Literatur oder andere Initiativen treiben das interdisziplinäre Feld gesellschaftlich und politisch voran. Anlässlich der Relevanz des politisch-historisch geführten Diskurses, den die Disziplin nach sich zieht, nähert sich der vorliegende Artikel anhand zweier Exempel rezenter österreichischer Geschichtsvermittlung den folgenden Fragen an: Wo und auf welche Weise können Berührungspunkte zwischen der Gesamtgesellschaft und frauen- und geschlechterspezifischen Thematiken hergestellt werden? Welchen Nutzen können die Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft haben? Die Theorie des "kulturellen Gedächtnisses" sowie die kritische Analyse bestehender historischer Narrative führen an den Stellenwert einer lebendig geführten Frauen- und Geschlechtergeschichte für Individuum und Kollektiv heran. So will der Artikel feststellen, welchen Anstrengungen es bedarf, einen solchen Nutzen wirkmächtig zu machen. Die Ausstellung 100 Jahre Frauenwahlrecht sowie ein Artikel der österreichischen Wochenzeitung Falter stehen dabei stellvertretend für ausgewählte Problemfelder, mit denen sich eine institutionalisierte Frauen- und Geschlechtergeschichte konfrontiert sieht.

Denkt man über Problematiken und Erkenntnisse der Frauen- und Geschlechtergeschichte nach, ergibt sich ein stetiger Wandel
von Perspektiven auf die Disziplin. Das soziale
Geschehen der Gegenwart modifiziert kontinuierlich individuelle und kollektive Interpretationen sowie historische Narrative¹, die das Feld
in der Vergangenheit maßgeblich geprägt haben.
Forderungen nach Gleichberechtigung, Chancengleichheit und Selbstbestimmung werden
heute nicht zuletzt durch nationale und internationale Initiativen wie dem Frauenvolksbegehren² oder der #metoo-Debatte³ laut, bestehende Geschichtsnarrative werden durchaus auch

medial in Frage gestellt und kritisch reflektiert. Initiativen und Debatten rund um Frauengeschichte stellen uns aber immer wieder vor die vollendete Tatsache, dass geschlechterspezifische Marginalisierung weiterhin existiert und uns als Gesamtgesellschaft betrifft. Manche politischen Entwicklungen verstärken diskriminierende Tendenzen noch zusätzlich und führen androzentrische Narrative fort. Nun hat sich für uns die die folgende Frage gestellt: Welchen gesamtgesellschaftlichen Nutzen kann die Disziplin der Frauen- und Geschlechtergeschichte vorweisen? Anhand zweier ausgesuchter Fallbeispiele österreichischer Geschichtsvermittlung wollen wir

niger als das erste Frauenvolksbegehren 1997. Konkrete politische Konsequenzen und Umsetzungen der Forderungen (auf der Website zu finden) haben sich noch nicht abgezeichnet.

³ Weiterführende Links zur vorausgehend Online ausgetragenen Debatte befinden sich im Quellenverzeichnis.

¹ Als Narrative bezeichnen wir Erzählungen und Perspektiven, die Individuen nutzen, um sozialen und historischen Gegenständen Bedeutung zu verleihen. Narrative wiederholen sich im Diskurs.

² https://frauenvolksbegehren.at – Die Initiative erreichte mit 487.959 Unterschriften etwa um 160.000 Stimmen we-

darstellen, wie die Gesamtgesellschaft – und nicht nur die Disziplin an sich – von einer lebendig geführten Frauen- und Geschlechtergeschichte profitieren kann.

Wenn wir versuchen wollen, einen gesamtgesellschaftlichen Nutzen von Frauen- und Geschlechtergeschichte zu formulieren, so sind grundlegende Überlegungen zur Beschaffenheit von Geschichte im Allgemeinen zu Beginn unabdinglich.

So handelt es sich einerseits bei Geschichte um einen nicht zu unterschätzenden konstitutiven Faktor gesellschaftlicher Identitäten, den Besonders Jan Assman mit der Konzeption des "kulturellen Gedächtnisses" aufgezeigt: jede Form organisierter Gesellschaft nimmt darin Rückbezüge auf eine vermeintliche Vergangenheit, um Identität zu stiften oder zu diese zu legitimieren (Assmann 1992, 31ff). Die Verbundenheit von Vergangenheit und Gegenwart ist daher für den gesellschaftshistorischen und -politischen Diskurs⁴ essentiell.

Den konstitutiven und legitimierenden Faktor von Geschichte nennen beispielsweise Sylvia Paletschek und Bianka Pietrow-Ennker im Kontext einer Analyse der europäischen Frauenbewegungen im 19. Jahrhundert (Paletschek & Pietrow-Ennker 2004, 302f). Im Falle Österreichs denke man wiederum an Frauenrechtlerin Adelheid Popp, die zur Solidarisierung im frühen 20. Jahrhundert in mehrfachen Publikationen an die Geschichte der sozialdemokratischen Frauenbewegungen erinnert (Popp, 1912)⁵. Nach dem Ersten Weltkrieg wiederum wollten die Frauenbewegungen der unterschiedlichen österreichischen Parteiströmungen schließlich jeweils den Anspruch auf ihre historische Vorreiterstellung erheben (Gehmacher 2009, 160f).

Andererseits ist Geschichte aber auch als diskursives Konstrukt zu verstehen. Sie zeichnet damit kein authentisches Abbild von Vergangenheit, kann keine inhärent allgemeingültige Wahrheit erzeugen und wird immer von Subjekten geschaffen. Zeugnisse und Darstellungen von Geschichte wiederum werden von anderen Subjekten rezipiert und von diesen in ihre indi-

viduelle Wirklichkeit integriert - sie ist niemals von subjektiven Werten befreit (wenn auch die Geschichtswissenschaft nach Fakten sucht, die hier jedoch intersubjektive Einigungen über Tatsachen bezeichnen) (Tschiggerl, Walach & Zahlmann 2019, 109-113). Spätestens Hayden White hat uns gezeigt, dass selbst als neutral deklarierte Geschichtsschreibungen immer narrative Muster aufzeigen, die die kulturellen sowie ideologischen Prägungen der VerfasserInnen widerspiegeln (White 1986, 64-100). Geschichte bzw. historische Narrative und Geschichtsschreibungen sind lediglich Angebote von Wirklichkeit, die durch kulturelle Rahmen und damit auch immer kontextabhängig geprägt sind. Das Nachdenken über Geschichte, Erforschung, Dokumentation und Interpretation des Vergangenen sind also permanente Aufgaben, bei deren Bewältigung sich ständig neue Fragestellungen ergeben, neue Sichtweisen und Blickwinkel entstehen, die kontextuell eingebettet, erfahrungsbasiert ausgewertet und gegenwärtig interpretiert werden müssen. Vor diesem Hintergrund wird hier auch die Frauen- und Geschlechtergeschichte verstanden und analysiert.

Eine Leistung dieser Disziplin liegt nun darin, neue Wirklichkeitsangebote, aus Erkenntnissen aus der Vergangenheit für die Gegenwart, zu schaffen. So prägt sie beispielsweise historische Narrative und Wirklichkeitskonstruktionen, in denen Frauen als Subjekte agieren und nicht mehr als Objekte im Schatten von agierenden Männern stehen. Man vermeidet so eine Frauengeschichte der Unterdrückung, der Ergänzung oder des Lückenfüllens. Der Schlüssel zum Verständnis der Frauengeschichte, so betont es Gerda Lerner etwa, liegt in der Erkenntnis, dass es sich bei Geschichte um eine Geschichte der Mehrheit (Lerner 1995, 153ff) handelt, die die Mehrheit der Bevölkerung berücksichtigt, widerspiegelt und repräsentiert. Diese muss in der Forschung, den Universitäten an Schulen der Politik und Öffentlichkeit gleichermaßen geschrieben werden.

Edith Saurer hat aufgezeigt, wie historische Handbücher mit eben solchen Darstellungen von Wirklichkeit einhergingen, die Frauen in der Geschichte nicht als handelnde Akteurinnen zu-

die Gründungsjahre der Arbeiterinnenbewegung, die Solidarisierung der ArbeiterInnenschaft, die politische Organisation mit Fokus auf verschiedene historische Akteurinnen sowie den frühen Kampf um das Frauenwahlrecht.

⁴ Unter Diskurs verstehen wir hier die Gesamtheit aller Aussagen und Praktiken, die zu einer bestimmten Thematik in der Öffentlichkeit geäußert werden und die schriftlich, auditiv oder visuell physisch vorhanden sind.

⁵ Unter anderem erläutert Popp im hier ausgewählten Werk

ließen (Saurer 1993, 37-39). Denn für die längste Zeit war eine politische Geschichtsschreibung vorherrschend, die das Tun und die Errungenschaften von "großen Männern" als prägendstes Kriterium von Wirklichkeit ausgeführt haben. Jedoch darf nicht der Anspruch gelten, Frauen möglichst traditionskonform in bestehende Geschichtsnarrative einzufügen. Die Frage nach Unterdrückung bringt die Geschichte des selbstbestimmten Funktionierens von Frauen in einer männerzentrierten Welt nicht ans Licht, und ist somit auch für die Geschichtswissenschaft nur von begrenztem Nutzen. Gerade eine lebendige Frauen- und Geschlechtergeschichte kann vorherrschende geschichtswissenschaftliche Narrative in jenem Maße brechen, da sie eben keine Ergänzungs- oder Attributionsgeschichte zu schreiben erzielen versucht (Lerner 1995, 141). Vielmehr werden durch die Bereitstellung und Aufarbeitung umfassender identitätsstiftender, erfahrungsbasierter, kritisch erarbeiteter und reflexiv betrachteter historischer Entwicklungen hegemoniale, oftmals parallel zueinander verlaufende, historische Narrative integrativ verknüpft. So müssen aus dem heutigen Verständnis aber ebenso die gesellschaftlichen, institutionellen und ideologischen Kontexte erörtert werden, die die historischen Narrative über Geschlechterverhältnisse konstituieren. Anders ausgedrückt, muss das gesamte Dispositiv (im Sinne Michel Foucaults)6 bei einer Untersuchung eines historischen Phänomens Berücksichtigung finden. Die Analyse unterschiedlicher historischer, kontextabhängiger Narrative sowie das Verständnis historischer Akteure - egal welchen Geschlechts - als erkennende Subjekte der Vergangenheit (Tschiggerl, Walach & Zahlmann, 2019, 51f) prägen dabei ein modernes Verständnis geschichtswissenschaftlicher Erzählungen.

Die Notwendigkeit eines ausgeprägten, historisch gestützten frauen- und geschlechterspezifischen Diskurses lässt sich nicht nur im universitären, sondern auch im öffentlichen Rahmen festmachen. So wollen wir anhand der bisherigen theoretischen Überlegungen den Nutzen bzw. die Möglichkeiten einer Frauen- und Geschlechtergeschichte an zwei Fallbeispielen aus der ak-

tuellen österreichischen Geschichtsvermittlung erörtern. Dies geht zudem mit Überlegungen zur Erzeugung diskursmächtiger (historischer) Wirklichkeiten einher. Zunächst wollen wir anhand der Ausstellung 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich nahelegen, inwiefern frauen- und geschlechterhistorische Wirklichkeitsangebote über eine geschichtliche Sinnstiftung im kulturellen Gedächtnis diskurs- und wirkmächtig gemacht werden können. Weiters sind in öffentlichen und massenmedialen Diskursen frauenund geschlechterhistorische Bezüge ein selten gefundener Gegenstand. Findet man diese dann doch, mangelt es oftmals an journalistischem Einfühlungsvermögen, wissenschaftlicher Faktizität oder Kontextberücksichtigung. Anhand eines Artikels der Wochenzeitung Falter wollen wir daher die (ideologischen, institutionellen oder anderweitig machtbezogenen) Dynamiken in der Rezeption von Frauenpolitik und dessen Korrelation mit historischen Narrativen analysieren. Sprechen wir nun von der Konstituierung neuer historischer Wirklichkeitsangebote als Nutzen der Disziplin, so sehen wir diese als potentielle Veränderung des vorherrschenden Dispositivs, also über den Diskurs hinausgehend - und versuchen ebenfalls in unseren interpretativen Betrachtungen weitergreifende Kontexte zu erfassen und zu vermitteln.

Frauen- und Geschlechtergeschichte in der österreichischen Öffentlichkeit – 100 Jahre Frauenwahlrecht und Frauentag

Die Forschung von Frauen- und Geschlechtergeschichte stellt Entwicklungen im Privaten, Politischen sowie in institutionellen und individuellen Bereichen dar, beobachtet Problemlagen aus historisch-genetischer Sicht und bemüht sich um eine faktenbasierte Aufdeckung von Diskriminierung, Mythen und Errungenschaften. Sie macht blinde Flecken der Vergangenheit sichtbar und trägt zur Dekonstruktion zeitgebundener Geschichtsbilder bei (Gehmacher & Mesner 2007, 8). Prägende Erinnerungen der Frauen- und Geschlechtergeschichte binden das Gestern an heute – historische Errungenschaften wie das Frauenwahlrecht 1918, die Fristenlösung

philosophische, moralische oder philanthropische Lehrsätze, kurz: Gesagtes ebenso wohl wie Ungesagtes umfasst." (Foucault 1978, 119-120)

⁶ Dispositiv beschreibt Foucalt als "ein entschieden heterogenes Ensemble, das Diskurse, Institutionen, architekturale Einrichtungen, reglementierende Entscheidungen, Gesetze, administrative Maßnahmen, wissenschaftliche Aussagen,

oder der Familienrechtsreform genauso, wie Erinnerungen von Diskriminierung am Arbeitsplatz, in der Politik oder im Privaten. Gerade die Frauen- und Geschlechtergeschichte schöpft aufgrund ihrer Prozesshaftigkeit und Unabgeschlossenheit sehr konkret aus den Erfahrungen, Forderungen, Erfolgen und Misserfolgen einzelner und kollektiver AkteurInnen im stetigen Kampf um Gleichberechtigung. In einem "fortschreitenden Gegenwartshorizont" (Assmann 1992, 16) können laut Assmann Bilder und Geschichten einer anderen Zeit eingeschlossen werden, um damit neben Identität und Orientierung auch Hoffnung und lebende Erinnerung zu stiften. Um diese Hoffnungen, identitätsstiftenden Inhalte und Erinnerungen im Sinne einer gelebten "Public History" greifbar zu machen, haben museale Umsetzungen zu genderspezifischen Themen eine immer tragendere Rolle für Frauen- und Geschlechtergeschichte. Der in den Anfängen der neuen Frauenbewegung verbreitete Slogan "Frauen in's Museum" meint dabei nicht nur, Frauen durch die Einrichtung geschlechtsspezifischer Ausstellungen "sichtbar zu machen". Frauen werden stattdessen als historische Subjekte und Akteurinnen der Geschichte inszeniert, um ein gesamtgesellschaftlich bedeutendes, universalhistorisches Narrativ zu prägen (Bauer & Neissl, 2002). Wie bereits betont bedeuten Forderungen nach Gleichberechtigung, Selbstbestimmung, Chancengleichheit Gender-Richtlinien (wie zuletzt etwa durch das Frauenvolksbegehren 2018) auch nichts anderes, als dass Frauen Männern in unterschiedlichsten Lebensbereichen noch immer nicht gleichgestellt sind. Trotzdem, und vielleicht gerade deswegen, ist es wichtig, die bisherigen Fortschritte der Frauenbewegungen, historische Ereignisse sowie prägende AkteurInnen der Frauen- und Geschlechtergeschichte zu thematisieren und vergegenwärtigen, sie nicht als selbstverständlich erscheinen zu lassen, sie breitenwirksam zu kommunizieren und – nicht zuletzt – sie museal zu inszenieren.

Am Beispiel der Ausstellung "Sie meinen es politisch – 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich" im Wiener Volkskundemuseum lässt sich das Zusammenspiel aus wissenschaftlicher Aufarbei-

tung, medialer und kultureller Aufmerksamkeit sowie historischer Wirksamkeit gut festmachen. Zum Jubiläum "100 Jahre Republik Österreich"⁷ im Gedenk- und Erinnerungsjahr 2018 bedurfte es von Seiten der Österreichischen Gesellschaft für Zeitgeschichte (ÖGZ), des Johanna Dohnal Archivs in Kooperation mit dem Volkskundemuseum Wien, dem Frauenmuseum Hittisau in Vorarlberg und dem Kreisky-Archiv zunächst einmal aber den konkreten Anstoß an die Politik: wenn schon 100 Jahre Republik, dann auch 100 Jahre Frauenwahlrecht. Die Ausstellung widmete sich in erster Linie den politischen Folgen dieser historischen Zäsur und verwies interaktiv auf Biografien verschiedenster bekannter und unbekannter Frauenrechtlerinnen, Politikerinnen und Pionierinnen der Frauenrechtsbewegung. Immer wieder spannte die Ausstellung dabei den Bogen zur Gegenwart und stellte den Aktualitätsbezug zu politisch, medial und gesellschaftlich geführten Debatten her, die der Vergangenheit entsprungen und noch heute geführt werden (müssen): waren etwa Prostituierte in Österreich bis 1920 vom Wahlrecht ausgeschlossen, so löst bis heute die Frage nach dem Wahlrecht von SexarbeiterInnen aus EU-Staaten auf lokaler Ebene kommunalpolitische Debatten aus (Helfert 2019, 125-137 bzw. Zechner 2019, 383-391). Zu anderen Fragen, etwa über kontroverse demokratietheoretische Thematiken, wurden die BesucherInnen eingeladen, selbst abzustimmen - etwa zum Wählen ohne Staatsbürgerschaft (hierzu etwa Dormal 2016, 378-402) oder der Frage nach verbindlichen Frauenquoten im Parlament (siehe hierzu etwa Boshammer 2013). Ein weiterer zentraler Bestandteil der Ausstellung ist die "wandernde Wahlzelle". Diese ist als "schlichtes Symbol der Demokratie"8 in Kärnten, Niederösterreich, Salzburg, Vorarlberg und Wien ausgestellt und trägt durch regionalgeschichtliche Bezüge zur Kontextualisierung des historischen Ereignisses 100 Jahre Frauenwahlrecht bei. Die Inszenierung des Jubiläums ging neben der Interaktivität vor Ort mit einem medialen Echo einher, das die Auseinandersetzung mit dem historisch-politischen Diskurs um Gleichberechtigung, Frauenrechte sowie als selbstverständlich wahrgenommene

⁷ https://www.oesterreich100.at/ – In das von der Bundesregierung zum Gedenk- und Erinnerungsjahr ernannten Jubiläum fielen neben "100 Jahre Frauenwahlrecht" auch andere Jubiläen wie das Revolutionsjahr 1848, das Jahr des

[&]quot;Anschlusses" 1938 oder die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 1948.

https://www.sn.at/salzburg/politik/die-stadt-salzburg-erinnert-an-100-jahre-frauenwahlrecht-59954194

Kämpfe und Errungenschaften der österreichischen Frauen- und Geschlechtergeschichte auf multi- und massenmedialer Ebene weitergetragen hat.9 Der Akt des Wählens an sich, der Gang zur Wahlurne, ist dabei schon symbolisch und kulturell stark aufgeladen. Die Teilnahme von Personen an solch ritualgesättigten Ereignissen (Kertzer 2006, 371)10, dargestellt hier durch die Konstruktion der "wandernden Wahlzelle", kann die Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart aufleben lassen, narrative Muster aufdecken, und zur kritischen Hinterfragung historisch-politischer Entwicklungen beitragen. Der Nutzen einer kritischen Frauen- und Geschlechtergeschichte ist laut unserer einführenden Vorannahme die Erschaffung von Narrativen, die androzentrische Wirklichkeitsrezeptionen hinterfragen und überschreiben. Will man ihre Erkenntnisse im kulturellen Gedächtnis diskursmächtig machen, so bedarf es Assmann zufolge ihre Wiederholung durch ebensolche heterogene rituelle Prozesse. Die Inszenierung des Jubiläums von 100 Jahre Frauenwahlrecht zeigt eine Möglichkeit auf, dies breitenwirksam umzusetzen. Die Ausstellung und damit zusammenhängende Vermittlungsangebote zeugen von einer multimedialen Reichweite, die sich durch die Reinszenierung an unterschiedlichen Lokalitäten reproduziert. Symbole, Objekte, Texte und Bilder, die zur einer rituellen Inszenierung herangezogen werden, tragen auch in der Frauenund Geschlechtergeschichte dazu bei, unter AktivistInnen und Interessierten einen Organisationszusammenhang zu schaffen - dabei eingesetzte Symbole und symbolische Handlungen suggerieren beispielsweise Struktur, Solidarität und emotionalen Zusammenhalt (Niederkofler, Mesner & Zechner 2011, 9). Sie unterliegen gleichermaßen wie die an die Politik gerichteten Forderungen und kontextabhängigen geschlechtsspezifischen Fragestellungen einem stetigen Wandel, sind umkämpft oder werden mit neuen Interpretationen konfrontiert. Erste Besucherzahlen sowie das mediale Echo haben den Erfolg dieses Jubiläums aufgezeigt (ein ausgewählter Teil des Pressespiegels ist im Quellenund Literaturverzeichnis zu finden). Defizite zeigen sich jedoch bei der Rezeption anderweitiger historischer Eckpunkte. So stellt beispielsweise der Frauentag zwar einen signifikanten Meilenstein der Frauen- und Geschlechtergeschichte dar, doch nicht nur in Österreich vermag er es nicht, dieselbe Form von weitreichender Solidarisierung oder Identitätsstiftung konstituieren zu können, wie es beispielsweise nun 100 Jahre Frauenwahlrecht tut. 9.903 BesucherInnen haben über einen Zeitraum von sechs Monaten allein für die Ausstellung "Sie meinen es politisch - 100 Jahre Frauenwahlrecht" für das Volkskundemuseum einen großen Erfolg verzeichnet. Zum Vergleich: in den vier Monaten Ausstellungszeit zu "Feste.Kämpfe – 100 Jahre Frauentag" im Jahr 2011 belief sich die Gesamtbesucherzahl des Museums insgesamt auf lediglich 9.315 Personen. Das bedeutet, sämtliche Vermittlungsprogramme des Museums in diesem Zeitraum 2011 konnte die Ausstellung "Frauenwahlrecht" 2019 alleine überbieten.¹¹ Seit seiner Gründung im Jahre 1911 bündelt dieser (mit Unterbrechungen) fast jährlich gefeierte Tag bis heute frauen- und geschlechterpolitische Positionen und Forderungen. Ziel des Frauentags ist es, etwa die Art der Verhandlung über geschlechtsspezifische Themen in Politik, Medien und Öffentlichkeit sichtbar zu machen (beispielsweise durch das damit verbundene Medienecho oder Demonstrationen und öffentlichen Events). Trotz alldem scheint der 8. März sich kaum in das kulturelle Gedächtnis einprägen zu wollen. Seiner geschichtspolitischen Relevanz steht wenig historisches Wissen gegenüber, wo dieser Tag doch als wichtiger Stellvertreter zur stärkeren Förderung einer lebendigen Frauen- und Geschlechtergeschichte beitragen könnte (Niederkofler, Mesner & Zechner 2011, 8). Auch Historikerin Maria Mesner spricht sich für eine stärkere Verankerung des Frauentages als "emanzipativem und partizipativem" Tag im öffentlichen Gedächtnis aus. Unterschiedliche Interpretationen des

gleich ausfällt. Doch bereits die vorliegenden Zahlen bestätigen die Stärke des Jubiläums "Frauenwahlrecht" verglichen mit "Frauentag". Zum Zeitpunkt dieses Schreibens konnten noch keine Zahlen für erstere Ausstellung in weiteren Museen erhoben werden. Die referenzierten Daten sowie ein Pressespiegel hat dankenswerterweise die Verwaltungsabteilung des Volkskundemuseums bereitgestellt.

⁹ Weiterführende Links zum Medienecho sind im Quellenverzeichnis zu finden.

¹⁰ Das Ritual ist laut David I. Kertzer als symbolisches Verhalten zu definieren, dem eine identitätsstiftende Funktion zukommt. Es ist mit Symbolen und symbolischen Handlungen durchsetzt und läuft nach etablierten Regeln ab.

Konkrete BesucherInnenzahlen für die Ausstellung "100 Jahre Frauentag" liegen nicht vor, so dass ein direkter Ver-

Tages - in Form von Veranstaltungen und Demonstrationen, Reden und Liedern, Festen und Diskussionen – halten Überraschungen bereit, bündeln Aufmerksamkeit und motivieren, mit politischen Forderungen an die Öffentlichkeit zu treten (Schiefer 2011). Geht man wiederum nach Aleida Assmann, sind Jubiläen als Denkmäler in der Zeit zu verstehen, die - ebenso wie die hier zuerst behandelte Ausstellung oder die "wandernde Wahlzelle" – der Aktualisierung der Vergangenheit dienen können (Assmann, 2005, 305ff). Geschlechterhistorische Narrative im kulturellen Gedächtnis wirkmächtig zu machen, Entwicklungen, Erfolge und Misstände aufzuzeigen, einen geschichtspolitischen Diskurs in der Öffentlichkeit anzuregen und nicht zuletzt eben jene Narrative zu überschreiben, die geschlechterdiskriminierende Verhältnisse reproduzieren, können von multimedial aufbereiteten Jubiläen und Gedenktagen profitieren. Sicherlich sind dies nur Ansatzpunkte, die das Dispositiv nicht in seiner Gesamtheit abbilden. Es handelt sich hierbei jedoch um wichtige Anstrengungen, frauen- und geschlechterhistorische Erkenntnisse in das kulturelle Gedächtnis zu integrieren. Dies wiederum bildet einen weiteren Schritt zum Ziel der Herstellung von Gleichberechtigung von Frauen und Männern im Privaten, Öffentlichen, Politischen und Medialen sowie in allen anderen Bereichen des Lebens, in denen Frauen bis heute geschlechterbedingter Diskriminierung ausgesetzt sind. Wie aktuell der Diskurs dahingehend vor allem in der Politik geführt wird, wollen wir im nächsten Kapitel erörtern.

Rezeption von Frauen in der Politik – Politische Geschichtsvermittlung im Printmedium

Wie wir zu Beginn dieses Artikels nahelegen wollten, konstituieren historische Narrative verschiedene Wahrnehmungen von Wirklichkeit, die gesellschaftliches Agieren legitimieren oder mit Bedeutung versehen können. Besonders die Politikgeschichte zeigt auf, inwieweit historische Konstrukte mit realem Handeln innerhalb politischer Institutionen korrelieren. Folgt man beispielsweise Thomas Kühne, so war die Diskrimi-

"Eine Grundannahme der Kulturgeschichte des Politischen ist, dass politisches Denken und Handeln durch narrative Muster nicht nur kommunikativ vermittelt, sondern regelrecht durch sie konstituiert wird." (Mesner, Niederkofler & Zechner 2010, 9)¹²

Das Zusammenspiel aus vorherrschenden Narrativen und politischem Aktionismus zeigt so seine gesamtgesellschaftliche Wirkungskraft. Dies ergibt Anhaltspunkte für die Frage, wohin eine lebendige Auseinandersetzung mit Frauenund Geschlechtergeschichte und eine kritische Auseinandersetzung mit dominierenden Geschichtserzählungen leiten können. Als männlich deklarierte Attribute wurden der Politik lange als inhärent zugeschrieben, die ideologische Marginalisierung von Frauen in der Politik wird von historisch begründeten Geschlechterrollen getragen. Joan W. Scott hielt so in ihrem bekannten Aufsatz "Gender: A Useful Category of Historical Analysis" etwa fest, dass das politische Feld ein sozialgeschlechtlich bestimmtes Konzept sei, da

"es aus dem Ausschluss der Frauen seine wesentliche Bedeutung und öffentliche Macht bezieht sowie den Grund [...] seiner höchsten Autorität." (Scott 1994, 63)

Folgt man wiederum Kühnes Argumentation weiter, festigen sich geschlechterdiskriminierende Narrative in Symbolen, Bildern, oder Texten. Dies bedeutet vor allem, dass sich die marginalisierte Rolle der Frau als gesellschaftliche Selbstverständlichkeit darstellt (Kühne 1998, 221). So argumentiert Mesner, dass frühe Parteipublikationen der Frauenabteilungen von ÖVP, SPÖ oder KPÖ Politik als männliches Fach insinuierten, welches es weiblichen Mitgliedern beizubringen galt (Mesner 2019, 235). Als "Transmissionsriemen" zwischen Gesellschaft und Staat (Gehmacher & Mesner 2007, 74) hatten bis spät in die

nierung von Frauen in der europäischen Politik des 19. und 20. Jahrhunderts vor allem diskursiv reglementiert (Kühne 1998, 197). Oder anders ausgedrückt:

¹² Im Rahmen der Analyse des Frauentags wurde die bis dahin durchgeführte politisch-historische Forschung so zusammengefasst.

1960er-Jahre hinein politische Parteien (neben Laienverbänden und katholischer Kirche) eine Monopolfunktion, sie waren fast ausschließlich allein für die institutionellen Strukturen und die politische Meinungsbildung zuständig.

Wenn man institutionelle Diskriminierung aufzeigt, so muss man also Korrelationen mit den damit einhergehenden Narrativen berücksichtigen, aber ebenso wie und durch wen sie fortlaufend reproduziert werden. Nun beschränken sich androzentrische Vorstellungen von Politik nicht auf das 19. oder das 20. Jahrhundert. Frauen in der Politik begegnen einer spezifischen Ambivalenz, gefestigt durch die historisch tradierte Auffassung von Politik als Männeraufgabe. Einerseits gilt in dieser Ambivalenz die Imitation eines als männlich empfundenen Auftretens oder Agierens für Politikerinnen als ausschlaggebendes Erfolgskriterium. Andererseits werden Politikerinnen als für "weiche" Gebiete der Politik zuständig wahrgenommen, etwa Sozialpolitik, Gesundheitsfragen, Gleichstellungsfragen oder Ähnliches. Sicherlich lässt sich dies ebenso auf Konstrukte des 19. Jahrhunderts zurückführen, die weibliche Mütterlichkeit und männliche Kriegsbereitschaft als ideologische Fundierungen festmachten. So wurden an der Politik partizipierende Frauen in der Zweiten Republik zuerst vor allem als Mütter adressiert (Mesner 2019, 235f), bevor sich die Wahrnehmung mit der Zeit und den Wirkungen der Frauenbewegungen ändern sollte. Man mag es als bezeichnend sehen, dass die erste österreichische Bundesministerin Grete Rehor für die soziale Verwaltung zuständig war (Thosold, 2019). Erst mit den neuen Frauenbewegungen sollte die Monopolstellung der Parteien in den Fragen um die vorherrschenden politischen Agenden hinterfragt werden (Gehmacher & Mesner 2007, 82f). Neue Studien aus Kommunikations- oder Politikwissenschaften legen nahe, dass diese Wahrnehmung von Frauen in der Politik aber weiterhin nachhallt. So zum Beispiel eine Studie von Lindsey Meeks und David Domke für den US-amerikanischen Raum, laut deren Untersuchung demokratische Politikerinnen an Sympathie gewinnen würden, wenn sie sich verstärkt "weichen Themen" widmen. Republikanerinnen wiederum haben Erfolg, solange sie traditionell männlich-konnotierten Erscheinungsmustern folgen (Meeks & Domke, 2016). In beiden Fällen wird Männlichkeit als Kriterium einer "Kernpolitik" mitgetragen, an das sich entweder angepasst werden muss, oder die vermeintlich weibliche Politik nicht innehat. Katharina Hajek und Birgit Sauer analysierten wiederum für Österreich zwei rezente Debatten und stellten gleichsam fest, dass, ähnlich wie in Großbritannien, Politikerinnen in sozial- bzw. frauenpolitischen Diskussionen auffallend öfter im Parlament zu Wort kommen, als bei anderweitigen Themen (wobei die Inhalte der Aussagen stark von den jeweiligen Parteistandpunkten geprägt sind) (Hajek & Sauer, 2019). Als wichtig erachten wir zudem, dass hier zwei unterschiedliche Aktionsräume untersucht wurden. So handelt die eine Analyse vom politischen Agieren, die andere von der Rezeption von Politik, aber beide zeugen von derselben Weise, in der sich Politikerinnen unterordnen müssen. Hier befeuern sich in einem dialektischen Prozess gesellschaftliche Vorstellungen von Frauen in der Politik und die realen politischen Rahmen, die den Erwartungen Ersterer sowohl entsprechen als diese auch reproduzieren. Diese Dialektik zeigt sich in unterschiedlichsten Handlungsräumen des Dispositivs, die es von einer fortschreitenden Disziplin der Frauen- und Geschlechtergeschichte zu erforschen und aufzuzeigen gilt.

Im vorherigen Kapitel haben wir zu illustrieren versucht, inwiefern beispielsweise Jubiläen frauen- und geschlechterhistorische Narrative im kulturellen Gedächtnis wirkmächtig machen können oder eben diese Narrative überschreiben, die mitunter das politische Handeln von Frauen einschränken. Untersucht man nun zeithistorische Diskurse und dessen Narrative, zieht man häufig Massenmedien wie Zeitungen zur Analyse heran, da auch diese sich in einem dialektischen Prozess befinden, der von historischen Wirklichkeiten zeugt. Schließlich sind auch JournalistInnen als erkennende, historische Subjekte RezipientInnen sowie ProduzentInnen von gesellschaftlichen Narrativen bzw. Wirklichkeiten - mit der Aufgabe, diese massenmedial aufzubereiten und in den öffentlichen Diskurs zu befördern. Die unterschiedlichen Narrative, die Massenmedien transportieren, spiegeln somit gesellschaftliche Mentalitäten (indirekt) wider. Sie zeigen somit beispielsweise auf, wie (mit welchen rhetorischen Mitteln, Standpunkten, Zustimmung und Ablehnung) Frauenpolitik in der Gesellschaft zu einem bestimmten Zeitpunkt verhandelt wird. Wir haben in unserer einleitenden Theorie angedeutet, dass Journalismus, als ein tragender Faktor von gesamtgesellschaftlich relevanten Diskursen, oftmals kritische Inhalte der Frauen- und Geschlechtergeschichte missen lässt. Nun haben Zeitungen anlässlich der Ernennung der ersten österreichischen Bundeskanzlerin, Brigitte Bierlein, mehrfach auf konkrete Geschichtsvermittlung zurückgegriffen. Denn dies war Anlass, Artikel zur politischen Frauengeschichte Österreichs zu veröffentlichen. So betonte ein Artikel der Wochenzeitung Falter kritisch eine fast ausschließlich konservative Zugehörigkeit von ranghohen Politikerinnen in der österreichischen Zeitgeschichte. Den nicht-konservativen Parteien wirft man wiederum vor, während der neuesten österreichischen Geschichte Frauen in politischen Funktionen unterlaufen zu haben (Hamann, 2019). In der nächstwöchigen Ausgabe kritisierten jedoch in den Leserbriefen Johanna Dorer und Mathias Marschik, dass KPÖ-Politikerin Helene Postranecky im Text übergangen wurde, die nach dem Zweiten Weltkrieg als Kommunistin eine Stelle in der Regierungspolitik bekleiden konnte (Dorer & Marschik, 2019). So wird zwar im Falter Kritik an den ebenfalls in diesem Kapitel erörterten Problematiken für Frauen in der Politik geübt, selbst wird journalistisch jedoch nachlässig gehandelt. Die im Artikel geäußerten Thesen bemängeln Politik als "Männerbastion", in der sich Frauen nur durch den Rückgriff auf konservative Werte integrieren können. Trotz dieser kritischen Haltung reproduziert der Text jedoch selbst jene Narrative, die mit dieser Problematik einhergehen: um der Deutung gerecht zu werden, dass nur konservativ agierende Frauen in der Politik Erfolgschancen erhalten, werden also - ob beabsichtigt oder nicht - Akteurinnen wie Postranecky unterlaufen. Zudem könnte man dem Artikel vorhalten, zu ignorieren, dass mit Adelheid Popp die erste Sprecherin im Parlament sozialdemokratisch war (Hauch 1998, 42) und gerade in der Ersten Republik überwiegend Sozialdemokraten weibliche Abgeordnete ins Parlament geschickt haben (Hauch 1995, 280f). Zwar fokussiert sich der Text auf spezifische Spitzenpositionen, wie jenen der PräsidentIn oder KanzlerIn, nicht unbedingt auf Abgeordnete. Dennoch handelte es sich beim Einzug der Parlamentarierinnen um einen Meilenstein in der österreichischen Politik. Der für den Text gewählte Rahmen aber begünstigt die konservative Erzählung, die zu ihrem narrativen Ausschluss führt. Massenmedien zeugen hier erneut von der zuvor besprochenen Dialektik.

Menschen sehen Politik als Männersache, der sich Frauen anzupassen haben, die Erzeuger von medialen Angeboten wiederum bestätigen die Annahme (auf unterschiedliche Weise) und machen sie zur gesellschaftlichen Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig zeugt die in diesem Beispiel gewählte Darstellung von gewissen Tropen der frühen Frauengeschichte, die im akademischen Bereich bereits als überwunden gelten. Vor allem gemeint damit ist die Hervorhebung der Besonderheit der Frau (hier, im politischen Umfeld), oder speziell ihrer Opferrolle (hier, ihre Unterwerfung durch männlich-konnotierte Normen). In der Frauenund Geschlechtergeschichte reicht es nicht mehr aus, lediglich vergessene Akteurinnen einer androzentrischen Erzählung hinzuzufügen (Kinnebrock, 2008).¹³ Das ist zwar durchaus ein erster, wichtiger Schritt, der nun zunehmend im öffentlichen Bereich stattfindet (Kainberger 2019, 8)14. Doch ein moderner Blick bedeutet, die komplexen Prozesse hinter dem Vergessen und der Formulierung von Narrativen zu verstehen. Dies kann eine, vor allem interdisziplinär ausgelegte, Frauen- und Geschlechtergeschichte anbieten. Schafft man es, dessen Erkenntnisse diskursmächtig zu machen, so können sich langsam auch medial transportierte Narrative verändern. Dabei bilden politisches Handeln, Zeitungsberichterstattungen, aber auch Diskurse, selbstverständlich erneut nur Teile des gesamtgesellschaftlichen Dispositivs ab. So wird es gegen geschlechterspezifische Marginalisierung "gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen – wirtschaftlicher, legistischer, politischer und kultureller - bedürfen." (Mesner & Gehmacher 2007, 91). Anhand dieser zwei hier behandelten Detailbereiche der österreichischen Geschichtsvermittlung sollen somit die potentiellen Vorgehensweisen und -möglichkeiten der Frauen- und Geschlechtergeschichte nahegelegt werden.

Fazit

Der Versuch, einen Nutzen der Frauen- und Geschlechtergeschichte für die Gesamtgesellschaft zu beschreiben, kann den Ansprüchen der Vielschichtigkeit und Interdisziplinarität der Disziplin, seinem divergierenden Stellenwert

¹³ Susanne Kinnebrock wiederholt in einem Artikel diese Entwicklungen und schlägt dabei mögliche Aneignungen für die Kommunikationsgeschichte bzw. die Analyse von Journalismus vor.

¹⁴ So standen beispielsweise vor Kurzem die Salzburger Festspiele im Zeichen, vergessene Frauen wieder sichtbar zu machen.

für Individuum und Kollektiv und nicht zuletzt seiner langen und ereignisreichen Historie natürlich kaum gerecht werden. Eine Geschichte der Mehrheit zu schreiben, ein Narrativ aufzuzeigen und zu kommunizieren, dass das kulturelle Gedächtnis aller Menschen - egal welchen Geschlechts - gleichermaßen prägt, bedeutet den Versuch, Gleichheit herzustellen. Gleichheit bedeutet hier gleiche Ausgangsbedingungen zu schaffen, die im Grundrecht verankert, politisch umgesetzt, und gesellschaftlich und kulturell reproduziert werden. Die Aufgabe und gleichermaßen der Nutzen einer Frauen- und Geschlechtergeschichte bedeutet hierbei aufzuzeigen, welche geschlechtsspezifischen Ungleichgewichte diesem Versuch in der Vergangenheit entgegengewirkt haben und welche dies in der Gegenwart immer noch tun. Um gesamtgesellschaftliche Gleichheit herzustellen benötigt es dementsprechend neben einer institutionalisierten und lebendigen Frauen- und Geschlechtergeschichte auch gesamtgesellschaftlicher Anstrengungen, um dies auf politischer, wirtschaftlicher, rechtlicher und kultureller Ebene zu garantieren. Um eine neue Geschichte schreiben und ein neues Narrativ prägen zu können bedarf es also auch der Einsicht, dass es keine einzelne Methode oder Theorie gibt, die der Komplexität der historischen Erfahrungen aller Frauen Ausdruck verleihen mag. Die frauenund geschlechterhistorische Disziplin muss hier erste Anstöße geben, indem sie die komplexen gesellschaftlichen Sachverhalte aufzeigt, die eine geschlechterspezifische Marginalisierung konstituieren. Will man die damit einhergehenden Narrative und als selbstverständlich empfundenen Wirklichkeiten im gesamtgesellschaftlichen Dispositiv ändern, so müssen ihre Erkenntnisse langsam diskursmächtig gemacht werden.

Bibliographie

Quellenverzeichnis

https://www.oesterreich100.at/ (Zugriff am 24.08.2019)

https://frauenvolksbegehren.at (Zugriff am 20.08.2019)

https://www.sn.at/salzburg/politik/die-stadt-salzburg-erinnert-an-100-jahre-frauenwahl-recht-59954194 (Zugriff am 25.08.2019)

Eine Auswahl der Beiträge zur #MeToo-Debatte (Zugriff am 20.08.2019)

https://www.zeit.de/thema/metoo

https://www.bbc.com/news/topics/cql0269k80xt/metoo-campaign

https://www.theguardian.com/world/metoo-movement

Eine Auswahl des Medienechos zur Ausstellung "100 Jahre Frauenwahlecht" und der "wandernden Wahlzelle (Zugriff am 20.08.2019)

Alvir, O. (2019). Frauenwahlrecht: Rechte zum Angreifen. Abgerufen von: https://www.anschlaege.at/2019/03/frauenwahlrecht-rechte-zum-angreifen/. Wien. Zugriff am 21.08.2019.

Gabler, T. (21.02.2019). Ringen für die Politik. In: Kronen Zeitung, S. 54.

Imlinger, G. (07.03.2019). Ein Aktionstag – nicht nur für Frauen. In: Die Presse, S. 12.

Linsinger, E. (2018). "Weiber, Kinder, Narren": 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich.Wien. Abgerufen von: https://www.profil.at/oesterreich/frauenwahlrecht-oesterreich-10430806. Zugriff am 26.08.2019.

Lorenz, L. (08.03.2019). Die Bubenstreiche der Frauen. 100 Jahre Frauen in der Politik: Schau im Wiener Volkskundemusuem. In: Der Standard, S. 4.

Panzenböck, S. (27.02.2019). Fürchtet euch! Sie gehen wählen! In: Falter, S. 22-23.

Rabinowich, J. (2018). "Frauenstimmen": Julya Rabinowich redet über 100 Jahre Frauenwahlrecht". Wien. Abgerufen von: https://www.woman.at/a/frauenstimmen-julya-rabinowich. Zugriff am 21.08.2019)

Schiefer, P. (2011). Der Frauentag als öffentlicher Gedächtnisort. Wien. Abgerufen von: https://medienportal.univie.ac.at/uniview/wissenschaft gesellschaft/detailansicht/artikel/der-frauentag-als-oeffentlicher-gedaechtnisort/. Zugriff am 25.08.2019.

Vogler, C. (2018). Das Rechenspiel mit dem Frauenwahlrecht. Wien. Abgerufen von: https://orf.at/stories/3099997/. Zugriff am 28.08.2019

Literaturverzeichnis

- Assmann, J. (1992). Das kulturelle Gedächtnis. Schrift, Erinnerung und politische Identität in frühen Hochkulturen. 8. Auflage. München.
- Assmann, A. (2005). Denkmäler in der Zeit. In: Münch, P. (Hg.), Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung. Essen, S. 305-314.
- Bauer, I. & Neissl, J. (Hg.) (2002). Gender Studies Denkachsen und Perspektiven der Geschlechterforschung. Innsbruck, Wien, München.
- Boshammer, S. (2013). Frauenquoten und das Problem der Diskriminierung. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 61 (5-6), S. 835-836.
- Dorer, J. & Marschik, M. (12.06.2019), Betrifft: "Von Rechts nach Oben" von S. Hamann, Falter 23/19. In: Falter, S. 4.
- Dormal, M. (2016). Wählen ohne Staatsbürgerschaft? Das Ausländerwahlrecht in der demokratietheoretischen Diskussion. In: *PVS Politische Vierteljahresschrift*, 57 (3), S. 378-402.
- Foucault, M. (1978). Dispositive der Macht. Über Sexualität, Wissen und Wahrheit. Berlin.
- Gehmacher, J. & Mesner, M. (2007). Land der Söhne. Geschlechterverhältnisse in der zweiten Republik. In: Ehalt, H.C. (Hg.), Österreich Zweite Republik. Befund, Kritik, Perspektive. Band 17. Innsbruck, Wien, Bozen.
- Gehmacher, J. (2009). Wenn Frauenrechtlerinnen wählen können... Frauenbewegung, Partei/Politik und politische Partizipation von Frauen begriffliche und forschungsstrategische Überlegungen. In: Gehmacher, J. & Vittorelli, N. (Hg.), Wie Frauenbewegung geschrieben wird. Historiographie. Dokumentation. Stellungnahmen. Bibliographien. Wien. S. 135-182.
- Hajek, K. & Sauer, B. (2019). Machen Frauen Frauenpolitik? Das Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz und die Quote für Aufsichtsräte. In: Blaustrumpf, Ahoi (Hg.), "Sie meinen es politisch!" 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung. Wien. S. 317-328.
- Hamann, S. (05.06.2019). Von Rechts nach Oben. In: Falter, S. 16.
- Hauch, G. (1995). Frauenpolitik Frauenbewegungen in der Ersten Republik. In: Tálos, E., Dachs, H., Hanisch, E. & Staudinger, A. (Hg.), *Handbuch des politischen Systems Österreichs Erste Republik* 1918-1933. Wien, S. 277-291.
- Hauch, G. (1998). Adelheid Popp. Bruch-Linien einer sozialdemokratischen Frauen-Karriere. In: Severit, F. (Hg.), *Das alles war ich. Politikerinnen, Künstlerinnen, Exzentrikerinnen der Wiener Moderne*. Wien, Köln, Weimar, S. 27-52.
- Helfert, V. (2019). Die Sittlichkeit der Staatsbürgerin. Zum Zusammenhang von Sittlichkeit und Geschlecht im Wahlrecht für die Konstituierende Nationalversammlung. In: Blaustrumpf, Ahoi (Hg.), "Sie meinen es politisch!" 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung. Wien. S. 125-137.
- Kainberger, H. (22.08.2019). Übersehene Frauen werden gewürdigt Ein Stück Salzburger Festspielgeschichte wird neu geschrieben: Wissenschafterinnen erinnern an erfolgreiche Künstlerinnen. In: *Salzburger Nachrichten*, S. 8.
- Kertzer, D.I. (2006). Ritual, Politik und Macht. In: Bellinger, A. & Krieger, D.I. (Hg.), *Ritualtheorien. Ein einführendes Handbuch*. Wiesbaden, S. 365-390.
- Kinnebrock, S. (2008). Gender matters! Oder inwieweit die Kommunikationsgeschichte von der Frauen- und Geschlechtergeschichte profitieren kann. In: Arnold, K., Behmer, M. & Semrad, B. (Hg.), Kommunikationsgeschichte: Positionen und Werkzeuge. Ein diskursives Hand- und Lehrbuch. Berlin, Münster, S. 209-234.
- Kühne, T. (1998). Staatspolitik, Frauenpolitik, Männerpolitik: Politikgeschichte als Geschlechtergeschichte. In: Medick, H. & Trepp, A. (Hg.), Geschlechtergeschichte und Allgemeine Geschichte. Herausforderungen und perspektiven. Göttingen, S. 171-231.
- Lerner, G. (1995). Frauen finden ihre Vergangenheit. Grundlagen der Frauengeschichte. Frankfurt am Main. Meeks, L. & Domke, D. (2016). When Politics is a Woman's Game: Party and Gender Ownership in Woman-Versus-Woman Elections. In: Communications Research, 43 (7), S. 895-921.
- Mesner, M. (2019). "Frauenpolitik". Zur Entstehung und Ausgestaltung eines Politikfeldes. In: Blaustrumpf, Ahoi (Hg.), "Sie meinen es politisch!" 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung. Wien, S. 233-245.

- Niederkofler, H., Mesner, M. & Zechner, J. (Hg) (2011). Frauentag! Erfindung einer Tradition.
- Paletschek, S. & Pietrow-Ennker, B. (2004). Women's Emancipation Movements in the Nineteenth Century. A European Perspective. Stanford.
- Popp, A. (1912). Gedenkbuch. Zwanzig Jahre Arbeiterinnenbewegung. Wien.
- Saurer, E. (1993). Frauengeschichte in Österreich. Eine fast kritische Bestandsaufnahme. In: *L'Homme. Europäische Zeitschrift für Feministische Geschichtswissenschaft*, 4 (2), S. 37-63.
- Scott, J.W. (1994). Gender. Eine nützliche Kategorie der historischen Analyse. In: Kaiser, N. (Hg), Selbst Bewusst. Frauen in den USA. Leipzig S. 27-75.
- Thosold, B., Österreichs erste Bundesministerin: Grete Rehor. Wien. Abgerufen von: https://www.hdgoe.at/erste-bundesministerin. Zugriff am 29.08.2019.
- Tschiggerl, M., Walach, T., & Zahlmann, S. (2019). Geschichtstheorie. Wien.
- White, H. (1986). Auch Klio dichtet oder Die Fiktion des Faktischen. Studien zur Tropologie des historischen Diskurses. Stuttgart.
- Zechner, J. (2019). "Sie meinen es politisch" 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich. Annäherungen an die Ausstellung. In: Blaustrumpf, Ahoi (Hg.), "Sie meinen es politisch!" 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich: Geschlechterdemokratie als gesellschaftspolitische Herausforderung. Wien. S. 383-391.

Maximilian BROCKHAUS und Klaus KAINZ,

(beide BA), sind interdisziplinär studierende und forschende Historiker im Masterlehrgang "Zeitgeschichte und Medien" an der Universität Wien. Beide sind als wissenschaftliche Mitarbeiter in der Lehre am Institut für Publizistik und Kommunikationswissenschaft bzw. dem Institut für Geschichte tätig. Ihre Forschungsschwerpunkte sind: Moderne kommunikationswissenschaftliche- und geschichtstheoretische Ansätze in Verbindung mit (österreichischer) Kultur- und Identifikationsgeschichte sowie historischer Aufarbeitung bzw. Geschichtspolitik.

Rezensionen

Ursula Seeber & Veronika Zwerger (Hg.): Küche der Erinnerung. Essen & Exil. Wien: new academic press, 2018, 340 Seiten.

Essen kann Erinnerungen auslösen. Spätestens seit Prousts berühmter Madeleine-Szene ist die Kopplung von Kulinarik und Gedächtnis als Topos in Literatur und Theorie fest etabliert. Bestimmte Lebensmittel und Gerichte transportieren etwa den Geschmack von Heimat, markieren kulturelle Zugehörigkeit, versetzen in die Küche der Kindheit zurück, lassen Großeltern und Eltern wiederauferstehen und evozieren Gefühle wie Sicherheit und Geborgenheit.

Doch Sehnsucht und Sentiment sind nur die eine Seite der gustatorisch-memorativen Medaille, die ein Buchtitel wie Küche der Erinnerung nahelegen könnte. Ursula Seeber und Veronika Zwerger tappen nicht in diese erwartbare Falle der Rührseligkeit: Die Kuratorinnen der Ausstellung Küche der Erinnerung. Essen & Exil der Österreichischen Exilbibliothek im Literaturhaus Wien im Herbst 2018 und Herausgeberinnen des gleichnamigen Sammelbandes fokussieren auf die politisch-existentielle Dimension des vermeintlich harmlosen, auf den privaten Raum beschränkten und jeglicher politischer Relevanz baren Themas Essen, indem sie ihm den scheinbar diametralen Gegensatz des Exils gegenüberstellen. Der Band macht die symbolische Bedeutung von Kochen und Essen vor, während und nach der Vertreibung unzähliger Menschen aus Österreich und Deutschland im Nationalsozialismus sichtbar. Die rund 45 Beiträge umfassen Berichte von ZeitzeugInnen, literarische Texte, Gedichte, Erinnerungsdokumente, Kochrezepte, aber auch eigens angefertigte theoretische, historische und literaturwissenschaftliche Aufsätze zu Themen der Ernährung während des Nationalsozialismus, Reflexionen über Archivbestände und Interviews.

Der Zeitpunkt des Erscheinens eines solchen Bandes ist keineswegs beliebig: 2018 stand im Zeichen des Gedenkens an den nationalsozialistischen "Anschluss" Österreichs an Deutschland im Jahr 1938 und die Österreichische Exilbibliothek feierte ihr 25-jähriges Bestehen. Zudem scheint Essenssymbolik seit den 1990er-Jahren in den Kulturwissenschaften und in der Wiener Museenlandschaft an Popularität gewonnen zu haben: Ausstellungen wie *Mäßig und Gefräßig*

(Museum für angewandte Kunst, MAK, 1996), Augenschmaus (Kunstforum 2010), Kosher for... Essen und Tradition im Judentum (Jüdisches Museum, Wien 2014/15) oder Peter Paul Rubens. Kraft der Verwandlung (Kunsthistorisches Museum, KHM, 2017) inszenieren Essen als Kommunikationsmedium, Symbol von Macht oder Reichtum, Erinnerungs- oder Fetischobjekt. Die Ausstellung zur Küche der Erinnerung im Literaturhaus Wien steht somit in einer kuratorischen Tradition, reichert die Ästhetik und Symbolik von Essen jedoch um den nötigen Ernst des historischen Rahmens an: So erzählen die Beiträge und Exponate von Hunger, Nahrungsmittelknappheit, Lebensmittelmarken, von der Schwierigkeit, kulinarische Traditionen des Herkunftslandes beizubehalten einerseits und loszulassen andererseits, und vom Versuch, mittels Kochen und Essen im Exilland anzukommen. Aus der theoretischen Rahmung des Bandes geht deutlich hervor, dass Essen in Exilsituationen alles andere als harmlos und privat ist. Der Beitrag des Literatur- und Archivwissenschaftlers Thomas Ballhausen fasst konzise die Thesen aus Elias Canettis groß angelegtem Essay Masse und Macht zusammen: "Alles, was gegessen wird, ist Gegenstand der Macht" - Nahrungsmittel, Verpflegung, Notversorgung, Überfluss, Hunger und Essvermögen werden eingesetzt, um Autorität zu etablieren und Machtpositionen zu konsolidieren. Wenn Macht mit Reichtum und Abundanz gleichgesetzt werden, sind die Hungrigen ohnmächtig und können instrumentalisiert werden. Diese Dynamik strukturiert, Canetti zufolge, das menschliche Zusammenleben auf krude Weise. Es verwundert nicht, dass Krieg, Flucht, Armut und Exil, wie Nationalsozialismus und Holocaust sie hervorgebracht haben, brutale Selbsterhaltungsmechanismen freigelegt haben und Nahrung im Kampf ums Überleben zum Politikum wird. Dies belegt auch Walter Mehrings kurzer Text Die Diät des Berufes (1937), der sich satirisch mit der Ernährung von Hitler und Mussolini auseinandersetzt und zur Skepsis mahnt, wenn Machtmenschen sich mit strikter Enthaltsamkeit, disziplinierter Strenge und "lebensschonendem" Vegetarismus brüsten. Im Aufbau zeichnet der Band lose die Chronologie einer Flucht nach: Konsumkulturen vor 1938 bilden den ersten Schwerpunkt; Die jüdischen Schriftsteller Egon Schwarz, Eric Sanders, Joseph Roth und Walter Mehring erzählen von

Familienbräuchen, jüdischen Speisegesetzen und Stammlokalen. Das Wiener Kaffeehaus avanciert hierbei zum Sehnsuchtsort par excellence – zum Treffpunkt für LiteratInnen und Intellektuelle, Reiche wie Arme, wo über Theater und Politik einerseits, andererseits über Zwetschkenröster und Kompott debattiert wurde, wie der Kulturhistoriker Hannes Etzlstorfer in seiner Synopse unterschiedlicher Kaffeehaus-Texte darlegt. Der Beitrag der Literaturwissenschaftlerin Heike Klapdor leitet einen ersten Bruch zur heiteren Kaffeehauskultur ein: Sie untersucht die teils humoristischen Texte zu den Automatenbuffets. die in den frühen 1930ern die gemütliche Kaffeehausatmosphäre durch Selbstbedienung und Beschleunigung abzulösen drohten.

Doch das Ende der Kaffeehäuser führten nicht die automatisierten Selbstbedienungscafés herbei, sondern das Erstarken des Nationalsozialismus: Stammgäste und Wirte/innen, KaffeehausliteratInnen und die gesamte jüdische Klientel wurden auseinandergerissen. Berührend schildert Lore Segal, die nach England und später in die USA emigrierte, den Zwiespalt, den sie während der Flucht ins Exil im Kindertransport erlebte: Das Mädchen bringt es nicht über sich, sich von einer unkoscheren, aber nicht mehr ganz frischen Knackwurst, welche die Mutter ihm heimlich als letztes Liebespfand vor der Abfahrt mitgegeben hat, zu trennen, schämt sich für den Gestank und riskiert die Freundschaft der anderen Mädchen und die Aufnahme in einer jüdisch-orthodoxen Gastfamilie. Heimweh und Sehnsucht nach der Mutter werden in die vielen Gedanken über die verdorbene Knackwurst übersetzt, deren Entsorgung einem Verrat an der Familie gleichkäme.

Berichte über spärliches Essen und nagenden Hunger auf Transportschiffen, in Internierungslagern und im Widerstand sowie Mangel und Verpflegung auf der Flucht bilden das Kernstück des Bandes. Das Grauen des Erlebten und die Angst vor der ungewissen Zukunft werden über die Skepsis vor unbekanntem Essen, etwa dem Ekel der EuropäerInnen vor Kichererbsen in Spanien, Frankreich und Nordafrika mitteilbar. Bezeichnend ist, wie der Literaturwissenschaftler Georg Pichler feststellt, dass Essen in den meisten Zeugnissen zu Lageraufenthalten auf den ersten Blick als Nebenthema auftritt, als "ein notwendiges Übel, das der Lebenserhaltung dient, meist zu wenig ist, fast nie so gut ist, wie es sein sollte" (87) – bei sorgfältiger Sichtung aller Dokumente zeigt sich jedoch die Signifikanz von Nahrung auch und gerade in Situationen, in denen das blanke Überleben weit vor kulinarischem Luxus steht: So wird beispielsweise die Erinnerung an Mehlspeisen, Kaiserschmarrn, Apfelstrudel oder "Topfentatscherlnpowidlgolatschen" (7) für exilierte ÖsterreicherInnen zur einenden Rückversicherung einer verlorenen Nationalidentität und zeugt zugleich vom Bemühen, sich mit genuin österreichischer Kulinarik vom reichsdeutschen Schreckbild abzugrenzen und als eigenes Land zu definieren. Wo Sprache versagt, scheinen die Beiträge des Abschnitts auszudrücken, muss auf das wortlose Orale, Essen, zurückgegriffen werden, um den Schrecken der neuen Situation zu fassen.

Mehlspeisen, Strudelkünste und Familienrezepte sichern in der Fremde aber auch das Überleben vieler österreichischer Geflüchteter. Die Beiträge des Themenkomplexes "Fremde Küche / Eigene Küche" zeigen, wie mutig und originell vor allem Emigrantinnen

"Küche und Kochen zur Grundlage ihres Lebensunterhalts im Exil machten [...]. In aller Welt versuchten die Flüchtlinge, Gaststätten in Stil und Atmosphäre des mitteleuropäischen Kaffeehauses neu zu schaffen." (12)

Vielen Frauen, die in der alten Heimat "keinen Kochlöffel angerührt" (239) hatten, eröffnete die mit der Migration einhergehende soziale Deklassierung "sogar neue Möglichkeiten des "Lebensentwurfs" (185). Ein Mosaik aus Texten und Bildern gewährt Einblicke in die Orte der Gastlichkeit im Exil, die zur Zufluchtsstätte vertriebener EuropäerInnen werden:

"Dies hatte etwas mit dem Heimweh und seiner Überwindung zu tun. Wenn man so aß, wie man's zu Hause gewohnt war, dann war man nicht ganz von der Fremde verschlungen und verzehrt" (239),

reflektiert Carl Zuckmayer. Ausschnitte aus Kochbüchern für neu angekommene Jüdinnen in Israel, allen voran die Haushaltsratgeber Erna Meyers, Umrechnungstabellen zwischen europäischen und amerikanischen Maßeinheiten, Briefe mit Kochrezepten und Erinnerungen an ratlose Situationen in fremden Küchen demonstrieren warmherzig die Anpassungsstrategien, mittels derer exilierte Frauen sich im neuen Land ernähren, integrieren und behaupten konnten: Kitty Schrott füllt Marillenknödel auf

Mauritius mit Guaven, Topfenstrudel wird mit isländischem Skyr zubereitet, Franziska Tausig ersetzt das Kalbfleisch im Schnitzel in Shanghai durch Thunfisch, und der "Geschmack der bolivianischen Passionsfrucht Tumbo wird in den der Stachelbeere [...] "übersetzt" (8). Der Ideenreichtum lässt beim Lesen schmunzeln, doch auch den Erfolgsgeschichten belebter Gaststätten in Exilländern, die zum Treffpunkt europäischer MigrantInnen werden, ist der bittere Nachgeschmack des Vertriebenseins, der Fremdheit und der Angst eigen. Tragikomisch liest sich daher der Schlagertext "Ja, wenn a Cafeteria a Kaffeehaus wär', dann wär das Leben in Manhattan gar nicht schwer" (244), worin Jimmy Berg das Heimweh humoristisch verpackt und die Wiener Gemütlichkeit dem American Way of Life gegenüberstellt.

Den Konflikt zwischen verschiedenen Essensund Lebensweisen bekommen nicht nur die Emigrierten selbst zu spüren, sondern auch deren Nachkommen, die sogenannte Zweite Generation, welcher der letzte thematische Abschnitt des Bandes gewidmet ist. Kindern von vertriebenen Menschen im Exil fehlt der Bezug zu den europäischen Herkunftsländern. Die österreichischen Rezepte ihrer Eltern können als liebenswürdige Familieneigenheiten aufgefasst und tradiert werden, wie es etwa Jill Knight Weinberger mit dem Nusskipferl-Rezept ihrer Schwiegermutter tut (307). Gleichzeitig bringen jedoch viele Angehörige der Zweiten Generation in eigens für die Ausstellung geführten Interviews, die paraphrasiert das Finale des Bandes darstellen, zum Ausdruck, dass sie die

"Koch- und Speisesitten der Eltern als zusätzliche Stigmatisierung in ihrem Flüchtlingsdasein empfanden und dies kompensierten, indem sie die Landessprache besonders schnell erlernten, sich einen perfekten Habitus des Gastlandes aneigneten oder neue Traditionen in der Familie einforderten wie Christmas Pudding statt Apfelstrudel zu Weihnachten." (9)

Damit wird dem Sehnsuchtsort Essen ein Bewusstsein von Alterität hinzugefügt, das zur stärkeren Abgrenzung von der Vergangenheit der Eltern mittels Assimilation und Integration in die neue Heimat führt. Der Autorin des Interviewbeitrags, der Komparatistin Claudia Gehringer, zufolge soll ein den Band ergänzender Film die Interviews präsentieren, um der Diversität der Aussagen, dem Witz und Charme der Intervie-

wten und dem differenzierten Blick auf Essen, Kochen, Heimat und Exil Rechnung zu tragen, die in den Sekundärtexten der Publikation nur ansatzweise behandelt werden konnten.

In der Schwierigkeit, ein vielfältiges Großcorpus an Primärtexten, Bildmaterialien und schriftlichen wie mündlichen ZeitzeugInnenberichten zu systematisieren und zu reflektieren, liegt denn auch die einzige Schwäche des umfassenden und attraktiv gestalteten Bandes. Die eigens angefragten Sekundärbeiträge, teils von namhaften KulturtheoretikerInnen wie Anne-Rose Meyer, können mit der Fülle der literarischen und autobiographischen Beiträge nicht immer mithalten und bleiben neben den O-Tönen oft farblose Zusammenfassungen, deren Vollständigkeitsanspruch auch name-droppings und Nacherzählungen in Kauf nimmt. Dies trifft glücklicherweise nicht auf alle historisch-literaturwissenschaftlichen Aufsätze des Bandes zu: Hannes Etzlstorfer, Patrick Farges und Helga Embacher gelingt es, verschiedene Zeugnisse vom Einkaufszettel bis zum Roman ansprechend, ergreifend, angenehm lesbar und dennoch historisch präzise aufzubereiten, sodass ihre wissenschaftlichen Untersuchungen die textlichen und bildlichen Exponate fruchtbar ergänzen und den Blick auf die Fotos, Briefe, Kurzgeschichten und Zeitungsausschnitte durch Theorie und Fakten anreichern. Die Anordnung der Beiträge, die Abwechslung zwischen heiteren und ernsten, kurzen und längeren Texten, die Fülle an Bildmaterial und die Präsentation verschiedenster Perspektiven auf das reichhaltige und überaus lohnende Thema lassen diesen Kunstfehler jedoch verblassen und die Lektüre zum anregenden Genuss und zum gedanklichen Anstoß werden.

Sophie Emilia Seidler, Wien

Irmtraud Ubbens: 1918/1919. Das alte Deutschland ist nicht mehr. Das Ende einer Epoche und das erste Jahr der Republik im Feuilleton der Vossischen Zeitung. Bremen: edition lumière, 2018, 227 Seiten

Am Beispiel der bürgerlich-liberalen Vossischen Zeitung möchte Irmtraud Ubbens im vorliegenden Band

"aus der zusammenhangslosen chronolo-

gischen Folge der Feuilleton-Texte ein[en] zusammenhängende[n] Überblick, ein geordnetes Zeitbild, ein Panorama der ersten Monate der Republik entstehen" (13)

lassen - es sei vorweggenommen, dass ihr dies gelungen ist. Dieses Panorama setzt sich aus neun thematischen Einzelbildern zusammen, die Ubbens aus Feuilletons in der frühen Phase der Weimarer Republik extrahiert: zum Kriegsende; zur Revolution; zum politischen Wandel; zum Alltagsleben; zur Rolle der Frau; zu Bildung, Erziehung und Wissenschaft; zur Kunst; zum Theater und zur Literatur; zu übergreifenden (abstrakten) Themen und Motiven der Zeit. Dabei macht Ubbens durchaus auf die Subiektivität der Feuilletons – die zugleich als Stärke daherkommt – aufmerksam. Als Beispiel für diese Subjektivität sei auf den Ausschnitt einer Kriegserzählung von Friedrich Kroner hingewiesen. Die Vossische Zeitung durfte sie in den letzten Kriegsmonaten zensurbedingt nicht veröffentlichen, druckte den Text dann aber 1919 ab:

"Wir sind keine Menschen mehr. Hoffnung, Glaube, Sehnsucht, Heimat: Gedankenplunder in vertrockneten Gehirnen. Nur der Tod lebt, er mit uns, wir mit ihm. Auf jedem Trichterrand sitzt er und heult im Gelächter der Lust unser Leben in die Hölle hinab. Wir kriechen an ihm vorbei, auf Händen und Füßen, den Befehl auf verdorrten Lippen." (31)

Bereits am 12. November 1918 verschwand die königliche Privilegierung aus dem Untertitel der Vossischen Zeitung. Nunmehr war in der zweiten Zeile des Zeitungskopfs zu lesen: "Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen" (17). Doch der politische und gesellschaftliche Wandel rief im Feuilleton der Zeitung - dessen Chef Stefan Großmann bekannte, er sei "als waschechter Sozialist kein waschechter Genosse" gewesen (13) - durchaus ambivalente Reaktionen der zumeist bildungsbürgerlichen Beiträger-Innen hervor. Drei Beispiele müssen genügen: (1) Die einen riefen mahnend dazu auf, man möge im Friedensschluss von Versailles "den Anfang einer neuen Zeit, [...] eines besseren, festeren und glücklicheren Deutschlands" erblicken; den anderen stürzte der Frieden wolfsgleich ins Deutsche Reich (67). (2) Einerseits wurde eine Rede Max Plancks abgedruckt, in der er betonte, man habe sich "mit Stolz Königlich/Preußische Akademie der Wissenschaften genannt" (108).

Anderseits charakterisierte Willy Hellpach das alte Hochschulwesen als "System der Entgeistigung", als System der "kastenfhafte[n] Abschließung" (109) – gegen ein exklusives Bildungsverständnis wendete sich auch Fritz Hoeber, wenn er unter dem Schlagwort "Kultursozialismus" von der Privatindustrie die Einrichtung von Bibliotheken für ihre Angestellten und FabrikarbeiterInnen forderte (113). (3) Anlässlich der verfassungsgebenden Nationalversammlung bemängelte Karlernst Knatz am Innenraum des Weimarer Nationaltheaters: Es

"verschwinden in dem riesig hohen, aber an Fläche kleinen Raum die eigentlichen Träger der Demokratie, die Abgeordneten, und allzu aristokratisch wird der Blick auf die Bühne, das heißt auf die Regierung und den zufälligen Redner gerissen." (71)

In anderen Feuilletons galt das Demokratische als Schwäche, nachgeborene LeserInnen lassen romantisch und mystisch verklärte Forderungen nach einem starken Führer betroffen zurück:

"Die Nation ist ein lebendiger Organismus [...]. In diesem Sinne hat jede Zeit, jedes Volk die Führer, die sie verdienen. Wenn aber eine Nation Helden nicht gebären kann, so ist es ein Zeichen, daß sie selbst nicht heldisch empfindet." (192)

Letztendlich kann das vorliegende Buch als Zeugnis für den hohen Stellenwert der inneren Pressefreiheit bei der Vossischen Zeitung gelesen werden, oder wie es Stefan Großmann 1931 formulierte (13): "Ich habe mit meiner Feder eigentlich nie 'gedient'." Es stellt aber auch die Frage nach, an dieser Stelle zitiert Ubbens Kurt Sontheimer, den "allzu Liberalen [...] in den Redaktionsstuben der großen bürgerlichen Zeitungen" (190). Das von ihr dargelegte Panorama offenbart jedoch nicht nur vielfältige Perspektiven auf innerdeutsche Angelegenheiten, sondern zeigt auch, dass das Feuilleton den Blick über die Grenze hinaus schweifen ließ. Gegenstand der Betrachtung war dann zuvörderst das ehemalige Habsburgerreich. Irmtraud Ubbens rundet den lesenswerten Band mit 63 Kurzbiographien der zitierten FeuilletonbeiträgerInnen ab.

Simon Sax, Bremen

Holger Schramm, Christiana Schallhorn, Holger Ihle & Jörg-Uwe Nieland (Hg.): Großer Sport, große Show, große Wirkung? Empirische Analysen zu Olympischen Spielen und Fußballgroßereignissen. Köln: Herbert von Halem Verlag, 2018, 292 Seiten.

Der von Holger Schramm, Christiana Schallhorn, Holger Ihle und Jörg-Uwe Nieland herausgegebene Sammelband hält, was er im Titel "Großer Sport, große Show, große Wirkung?" verspricht. Hier wird tatsächlich – auch im übertragenen Sinne – "großer Sport" geboten. Dem Herausgeber*innenteam sowie den Autor*innen ist entsprechend nur zu wünschen, dass er auch die "große Wirkung" erfährt, die er verdient.

Der Band, der auf die 2. Jahrestagung der DGPuK-Ad-Hoc-Gruppe "Mediensport und Sportkommunikation" (im September 2016 in Würzburg) zurückgeht, versammelt zehn Beiträge, die sich mit unterschiedlichen Facetten von Sportkommunikaton beschäftigen. Dabei dreht sich die Analyse jeweils - und das ist die große Klammer des Bandes - um die Kommunikation rund um sportliche Großereignisse. Im Unterschied zu vielen anderen Herausgeberbänden, die oftmals auch Überblicksartikel liefern oder stark datengetriebene Deskriptionen eines Gegenstands beinhalten, liefert das vorliegende Buch theoretisch inspirierte empirische Studien, die ausnahmslos auch in wissenschaftlichen Fachzeitschriften gut aufgehoben gewesen wären. Es ist eine nicht zu überschätzende Leistung der Herausgeber*innen sowie ein Zeichen des thematischen Commitments der Autor*innen, dass die einzelnen Studien nicht in der unüberschaubaren Zeitschriftenlandschaft verloren gehen, sondern hier gemeinsam eine eindrucksvolle Leistungsschau von Forschung zur Sportkommunikation bieten.

Dabei – so betonen die Herausgeber*innen in ihrem Vorwort – ist es gar nicht das Ziel des Buches, "einen Überblick über den Forschungsstand zur Sportkommunikation zu geben" (S. 14). Und tatsächlich findet hier nicht die unzähligste Inhaltsanalyse der Social-Media-Kommunikation durch Sportakteure ihren Platz; auch andere Aspekte der strategischen Sportkommunikation werden allenfalls angeschnitten. Dennoch gelingt es dem Band, die thematische, theoretische und methodische Vielfalt der Sportkommunikationsforschung zu demonstrieren und gleichzeitig die Kohärenz des Gegenstands darzustel-

len. Dass dieser Drahtseilakt zwischen Vielfalt einerseits und Kohärenz andererseits gelingt, liegt auch an der ausgezeichneten inhaltlichen Einführung durch die Herausgeber*innen. Überzeugend arbeiten sie heraus, inwiefern sich Sportgroßereignisse dazu eignen, verschiedene Akteure von Sportkommunikation wie Sportler, Gastgeberstädte/Gastgeberländer, Publikum, Sportverbände und Medien in den Fokus der (kommunikations-)wissenschaftlichen Analyse zu rücken. Sportgroßereignisse, so argumentieren die Herausgeber*innen schlüssig, sind darüber hinaus auch deshalb lohnenswerter Gegenstand, weil sie ein "enormes Wirkpotenzial [haben] - auch jenseits des Sports" (12). Und so stellt der Band nicht nur nach innen eine theoretische und methodische Leistungsschau der Sportkommunikationsforschung dar - er eignet sich auch als Leistungsschau gegenüber Skeptikern, die an der Legitimität einer DG-PuK-Ad-Hoc-Gruppe (die 2018 zur DGPuK-Fachgruppe wurde) zweifeln mögen. Denn unter anderem durch die wiederholte Adressierung sportpolitischer Themen zeigt sich in dem Band eindrucksvoll, dass eine Analyse von Sportkommunikation weit über den Mediensport und Sportmedien hinausreicht.

Konkret ist der Band in drei größere Abschnitte gegliedert. Im ersten Schritt wird in vier Aufsätzen "Licht und Schatten von Sportgroßereignissen" thematisiert. Hier geht es um die Gründe für die ablehnende Haltung der Bevölkerung zu Olympia-Austragungen (Daniel Beck, Holger Ihle und Jörg-Uwe Nieland), die Relevanz von Terror in der Berichterstattung und Publikums-Fußballeuropameisterschaft gesprächen zur 2016 (Anne-Christin Hoffmann), die öffentliche Wahrnehmung von Brasilien, dem Austragungsort der Fußball-WM der Männer 2014 und der Olympischen Sommerspiele 2016 (Christiana Schallhorn) sowie die Thematisierung gesellschafts- und sportpolitischer Themen bei der Übertragung von eben jenen Olympischen Sommerspielen (Christopher Starke, Marco Lünich, Frank Marcinkowski, Pero Dosenovic und Felix Flemming). Deutlich zeigt sich hier, dass eine Beschäftigung mit Sportkommunikation längst nicht auf die wissenschaftliche Analyse eines unterhaltsamen Hobbys beschränkt bleiben muss - über den Sport geraten viele gesellschaftlich hoch brisante Themen in den Blick. Dieser Eindruck setzt sich auch im zweiten Abschnitt fort, der mit "Akzeptanz und Ignoranz von Sportgroßereignissen" überschrieben ist. Hier fokussieren die Autor*innen auf die Publikumserwartungen an eine (kritische?) Sportberichterstattung (Felix Flemming, Pero Dosenovic, Frank Marcijnkowski, Marco Lünich, Christopher Starke), die Berichterstattung über paralympische Spiele (Elke Kronwald und Thomas Döbler) sowie die Relevanz der Mediennutzung beim Erfolg in Tippspielen, einem Phänomen, das während Sportgroßereignissen weit über den Kreis von Sportinteressierten hinausreicht (Markus Schäfer, Jörg Hassler, Daniel Weber, Gabriel Belinga Belinga und Sascha Himmelreich). Im letzten Abschnitt nimmt das Buch dann die "Inszenierung und Kommentierung von Sportgroßereignissen" in den Blick. Auch hier wird deutlich mehr geliefert, als es Sammelbandbeiträge sonst oftmals tun: Die ersten beiden Beiträge arbeiten komparativ und vergleichen die Inszenierungsmuster des Champions-League-Finals 2015 (Jasper A. Friedrich, Hans-Jörg Stiehler und Holger Ihle) sowie Live-Kommentare von der Fußballeuropameisterschaft 2016 (Thomas Horky, Christoph G. Grimmer, Marianna Baranovska, Honorata Jakubowska und Barbara Stelzner) in fünf bzw. vier Ländern. Ungewöhnlich auch der Gegenstand des letzten Beitrags: Hier wird reddit auf nationale Stereotype in der Online-Kommunikation zur Fußballeuropameisterschaft 2016 untersucht (Dennis Lichtenstein und Jonas Kaiser). Dass die beiden Autoren hier eine Topic-Modeling-Analyse durchführen, steht nur stellvertretend für die oft ambitionierte, immer aber angemessene methodische Herangehensweise in den zehn Studien. Gearbeitet wurde mit quantitativen Inhaltsanalysen, Online-Befragungen (auch im Paneldesign), einer Conjoint-Analyse und (allerdings nur in einem Beitrag) einer qualitativen Inhaltsanalyse.

Ohne hier auf die Studien im Detail eingehen zu wollen, ist anzumerken, dass es in der Natur der Sache liegt, dass sich die Güte im Detail unterscheiden mag – allerdings spielen diese qualitativen Unterschiede ausnahmslos in der ersten Liga.

In der Natur der Sache liegt es auch, dass selbst der herausragendste Sammelband nicht alle Wünsche erfüllen kann und die Herausgeber*innen Selektionsentscheidungen treffen müssen. Wenn man einen Makel sucht, dann liegt der womöglich in dem Fokus auf Darstellung und Rezeption und einer weitgehenden Vernachlässigung der strategischen Kommunikation (von Athlet*innen, Sportverbänden, Gastgebern, Politik) rund um Sportgroßereignisse. Das hätte dem Band eine weitere interessante Facette hinzugefügt und die Anschlussfähigkeit an etablierte Gegenstände der Kommunikationswissenschaft noch stärker demonstriert. Außerdem wäre ein weiterer, abschließender Beitrag möglich gewesen: Da das Buch derart kohärent gestaltet ist und die einzelnen Studien somit auch zusammengenommen als Gesamtwerk Mehrwert ergeben, hätte ich mich über ein resümierendes Kapitel gefreut, in dem die Herausgeber*innen die Learnings zusammenfassen. Ein solches Kapitel gibt es leider nicht.

Diese Detailkritik mindert den exzellenten Gesamteindruck jedoch nicht. Dieser Gesamteindruck gilt nicht nur für die "Pflicht" der einzelnen Beiträge, sondern auch für die "Kür". Dass der Herbert von Halem Verlag wunderschöne Bücher macht, ist im Fach wohl unumstritten. Hier spendiert er sogar einen festen Einband, sodass sich inhaltliche und optische Wertigkeit perfekt entsprechen. Das Buch ist darüber hinaus hervorragend redigiert. Und ein kleines Detail beweis, mit welcher Liebe die Herausgeber*innen sich dem Gegenstand gewidmet haben: Die Überschriften der Beiträge in den einzelnen Kapiteln folgen sprachlich immer der gleichen Logik. Im ersten Kapitel, haben wir ein "Zwischen [Unterstützung, Sport, Karneval, Politik] und [Widerstand, Terror, Korruption, Sporterleben]", im zweiten Kapitel ein "Von [Unterhaltung, Außenseiter, Fußballexperten] bis/zum/und [Kritik, Spitzenreiter, Fußballlaien]" und im dritten Kapitel ein "Mit [Routine, Information, Lust] und [Innovation, Pathos, Leidenschaft].

Zusammengenommen liegt hier eine vielfältige und doch kohärente Leistungsschau der empirischen Forschung zur Sportkommunikation vor, die deutlich die gesellschaftliche Relevanz des Gegenstands nachweist. Die versammelten Studien haben hohes Niveau, und die Arbeit der Herausgeber*innen ist in jeder Hinsicht kenntnisreich, sorgfältig und detailverliebt. Daher gibt weder in A- noch in B-Note Anlass für Abzüge. Dieses Buch ist wirklich "große Show".

Daniel Nölleke, Wien

Empfehlung



Herbert von Halem Verlag



WOLFGANG DUCHKOWITSCH / FRITZ HAUSJELL / HORST PÖTTKER / BERND SEMRAD (Hrsg.)

Journalistische Persönlichkeit. Fall und Aufstieg eines Phänomens

Öffentlichkeit und Geschichte, 3 2009, 488 S., 2 Tab., Broschur, 213 x 142 mm, dt. EUR(D) 29,50 / EUR(A) 30,20 / sFr. 49,60 ISBN 978-3-938258-82-8

Anlässlich der Emeritierung von Wolfgang R. Langenbucher (Wien) wurde im Oktober 2006 den Wechselbeziehungen zwischen Journalismus, Person und Werk nachgespürt. Davon ausgehend kommen in diesem Sammelband Autorinnen und Autoren aus Wissenschaft und journalistischer Praxis zu Wort, um den Stellenwert von Persönlichkeit im Journalismus, den Werkcharakter von journalistischen Leistungen sowie deren Kanonisierung zu erörtern.

>Journalismus< wird in diesem Band als spezifische Kulturleistung verstanden. Entgegen der herrschenden Lehre erlangen dann (wieder) Personen und ihre Biografie wissenschaftliches Interesse. Dabei gilt es auch journalistische Werke als solche (wieder) zu entdecken, die alles andere als tagesgebunden sind und die deshalb nicht einfach der Literatur (und ihrer Wissenschaft) zugeordnet werden sollten.

So mag das Postulat von Max Weber aus dem Jahre 1919 eingelöst werden, dass »eine wirklich gute journalistische Leistung mindestens so viel »Geist« beansprucht wie beispielsweise irgendeine Gelehrtenleistung«, damit unterschieden werden kann von den täglichen Mediendienstleistungen – Journalismus stellt einen stabilen Eigenwert moderner Gesellschaften dar.

http://www.halem-verlag.de

info@halem-verlag.de

Österreichische Post AG Info. Mail Entgelt bezahlt

Verein "Arbeitskreis für historische Kommunikationsforschung" Währinger Straße 29, 1090 Wien